Peter Schmid

Reichssteuern, Reichsfinanzen und Reichsgewalt in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts

I. Vorbemerkungen

1. Forschungsüberblick

Der Sachkomplex Reichssteuern und Reichsfinanzen der frühen Neuzeit gehört sicherlich nicht zu den Themenbereichen, die es vermochten, die Vorliebe der historischen Forschung auf sich zu lenken. Es fehlte zwar nicht an der Erkenntnis und Einsicht, daß sich aufgrund dieser beiden Themen neue Zugangsmöglichkeiten zur Reichspolitik und zur Reichsverfassung eröffnen ließen¹, aber so recht in Gang kommen wollte die Arbeit auf diesem Gebiet dennoch nicht. Das kann zum einen mit der Schwierigkeit, das entsprechende Material zu finden, zu sichten und zu deuten, zusammenhängen und mag zum andern auch mit einer anders ausgerichteten historischen Fragestellung zu erklären sein. In den letzten Jahren läßt sich hierin jedoch ein erkennbarer Wandel verzeichnen. Vor allem auf dem Gebiet der landesgeschichtlichen Forschung wurden Untersuchungen angestellt mit dem Ziel, die Finanzen des werdenden Territorialstaates zu erfassen und ihren entscheidenden Stellenwert im Prozeß der Staatswerdung der Territorien aufzuzeigen². Was den Bereich der Reichs-

¹ J. Chmel schrieb bereits 1843: „Die finanziellen Verhältnisse geben durchaus allein den Schlüssel zu den Begebenheiten; und doch wird dies bisher noch so wenig anerkannt. Was sollte ein pragmatischer Geschichtsschreiber für umfassende Kenntnisse von diesen Verhältnissen haben! Aus wieviel verschiedenen Notizen, Rechnungen, Belegen muß erst ein befriedigendes Bild dieser finanziellen Verhältnisse zusammengesetzt werden! Ich wenigstens erachte diese Verhältnisse für sehr wichtig. Man kann über Recht und Billigkeit, über den Kampf der Interessen gar nicht urtheilen ohne genaue Einsicht in diese Finanzangelegenheiten, und wie weit ist man noch von einer solchen Kenntnis fern!“ Zitiert bei R. Ehrenberg, *Das Zeitalter der Fugger. Geldkapital und Creditverkehr im 16. Jahrhundert*, Bd. 1 (1912) IV; im folgenden zitiert: Ehrenberg, Fugger I.

² Stellvertretend seien hier nur aufgeführt G. Oestreich, *Ständetum und Staatsbildung in Deutschland*, in: Ders., *Geist und Gestalt des frühmodernen Staates. Ausgewählte Aufsätze* (1969) 277–289; im folgenden zitiert: Oestreich, *Ständetum und Staatsbildung*; K. Krüger, *Finanzstaat Hessen 1500–1567. Staatsbildung im Übergang vom Domänenstaat zum Steuerstaat* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 24,5. Quellen und Darstellungen zur Geschichte des Landgrafen Philipp des Großmütigen) (1980); im folgenden zitiert: Krüger, *Finanzstaat Hessen*. Dort Überblick über die Forschung zu den Finanzen einzelner Territorien S. 4–8. W. Ziegler, *Studien zum Staatshaushalt Bayerns in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Die regulären Kammereinkünfte des Herzogtums Niederbayern 1450–1500* (1981). Dort auch weitere Literatur.

steuern und Reichsfinanzen betrifft, so ist man zwar zunächst noch weitgehend auf Untersuchungen aus dem Ende des letzten und dem Beginn unseres Jahrhunderts angewiesen³, doch wurde auch hier in den vergangenen Jahren ein Neuansatz unternommen⁴. Für diese Forschungssituation darf wohl die Tatsache mitverantwortlich gemacht werden, daß in der historischen Forschung die Behandlung der Landesgeschichte gegenüber der Beschäftigung mit der Reichsgeschichte eine gewisse Vorrangstellung eingenommen hat. Zu berücksichtigen ist dabei aber auch, daß die Entwicklung im Bereich der Finanzen und Steuern im Reich und in den Territorien unterschiedlich verlaufen ist und daß daher eine Beschäftigung mit Reichsfinanzen und Reichssteuern keine ähnlichen Ergebnisse wie bei den Länderfinanzen erwarten ließ, so daß auch von daher ein gewisser Impetus fehlte, sich damit auseinanderzusetzen.

2. Ziel der Untersuchung

In den folgenden Ausführungen sollen nicht die Einzelheiten der verschiedenen Steuer- und Finanzprojekte aus der Zeit vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts aufgeführt werden. Es sollen vielmehr folgende übergeordnete Fragen mit den dazugehörigen Unterfragen aufgegriffen werden: mit welchen finanziellen Anforderungen sah sich das Reich konfrontiert? Wie war es um die Finanzen und das Finanzsystem des Reiches bestellt? War das Reich auf dem Weg, ein Finanz- bzw. Steuerstaat zu werden? Welche Voraussetzungen und Bestrebungen waren dazu gegeben und welche Hindernisse standen einer Verwirklichung im Wege? Was wurde schließlich erreicht und welche Konsequenzen ergaben sich daraus für die Verfassung des Reiches, insbesondere für die Reichsgewalt?

³ Vgl. z. B. E. Gothein, *Der Gemeine Pfennig auf dem Reichstage von Worms* (Phil. Diss. 1877); im folgenden zitiert: Gothein, *Gemeiner Pfennig*; J. Müller, *Veränderungen im Reichsmatrikelwesen um die Mitte des 16. Jahrhunderts*, in: *Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben und Neuburg* 23 (1896) 115–176; im folgenden zitiert: Müller, *Reichsmatrikelwesen*; Ders., *Das Steuer- und Finanzwesen des H. R. Reiches im XVI. Jahrhundert*, in: *Neue Jahrbücher für das klassische Altertum, Geschichte und deutsche Literatur* 5 (1902) 652–678; im folgenden zitiert: Müller, *Steuer- und Finanzwesen*; K. E. H. Müller, *Reichssteuern und Reichsreformbestrebungen im 15. und 16. Jahrhundert* (1880); im folgenden zitiert: Müller, *Reichssteuern*; J. Sieber, *Zur Geschichte des Reichsmatrikelwesens im ausgehenden Mittelalter (1422–1521)* (Leipziger Historische Abhandlungen XXIV) (1910); im folgenden zitiert: Sieber, *Reichsmatrikelwesen*; A. Teicke, *Reichssteuerbestrebungen unter Karl V.* (Phil. Diss. Leipzig 1910); im folgenden zitiert: Teicke, *Reichssteuerbestrebungen*.

⁴ E. Isenmann, *Reichsfinanzen und Reichssteuern im 15. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 7 (1980) 1–76, 129–218; im folgenden zitiert: Isenmann, *Reichsfinanzen*; W. Schulze, *Reich und Türkengefahr im späten 16. Jahrhundert. Studien zu den politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einer äußeren Bedrohung* (1978); im folgenden zitiert: Schulze, *Reich und Türkengefahr*; Ders., *Die Erträge der Reichssteuern zwischen 1576 und 1606*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands* 27 (1978) 169–185; im folgenden zitiert: Schulze, *Erträge der Reichssteuern*; Ders., *Reichstage und Reichssteuern im späten 16. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 2 (1975) 43–58; im folgenden zitiert: Schulze, *Reichstage und Reichssteuern*; W. Steglich, *Die Reichstürkenhilfe in der Zeit Karls V.*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* 11 (1972) 7–55; im folgenden zitiert: Steglich, *Reichstürkenhilfe*.

II. Neue finanzielle Anforderungen an das Reich

Allgemein läßt sich seit dem 15. Jahrhundert und verstärkt im 16. Jahrhundert eine Intensivierung des „Staatsbetriebes“ feststellen⁵, mit der finanzielle Anforderungen in einem bis dahin unbekannten Ausmaß einhergingen. Das Reich war hiervon in zwei Bereichen, nämlich denen der Friedenssicherung nach innen und nach außen betroffen.

1. Militärischer Bereich

Zuerst und in stärkstem Maße machte sich diese neue Beanspruchung auf dem Gebiet der äußeren Friedenssicherung im Bereich des Heerwesens⁶ bemerkbar. Die Hussitenkriege, die Kriege Karls von Burgund, die Kriege gegen Matthias Corvinus und vollends die Auseinandersetzungen mit Frankreich und mit den Türken zeigten überdeutlich die Unbrauchbarkeit des überkommenen feudalen Reichsaufgebots. Die veränderte Taktik und die neuartige Bewaffnung mit Feuerwaffen, insbesondere mit Artillerie verlangten die Ablösung der Ritterheere durch Söldnertruppen, die in der neuen Kampfweise geübt waren und deren Ausrüstung den neuen Qualitätsanforderungen entsprach⁷. Hatten die Ritterheere dem Reich deshalb, weil sich die zuziehenden Ritter selbst auszurüsten und zu unterhalten hatten, wenig Kosten verursacht, so wurden jetzt Soldzahlungen und Ausrüstungskosten von gewaltigen Ausmaßen fällig. Ein paar Beispiele sollen dies verdeutlichen. So betrug ein Römermonat in seiner Nominalstärke von 20 000 Fußknechten und 4000 Reisigen 120 000 fl. bzw. 128 000 fl. an

⁵ Vgl. dazu vor allem *O. Hintze*, Wesen und Wandlung des modernen Staates (1931), in: *Ders.*, Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, hg. von *G. Oestreich* (31970) 470–496; *Ders.*, Die Entstehung des modernen Staatslebens (1932), ebd. 497–502.

⁶ Zu den Veränderungen in der Heeresverfassung im 15. Jahrhundert und ihren Auswirkungen vgl. *O. Hintze*, Staatsverfassung und Heeresverfassung, in: *Ders.*, Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, hg. von *G. Oestreich* (31970) 52–83, bes. 67 ff.; *H. Delbrück*, Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte, Bd. 4 (1920) 3–16, 276; *H. Febr*, Das Waffenrecht der Bauern im Mittelalter, Teil 2, in: ZRG GA 38 (1917) 1–114, bes. 46 ff., 76 ff.; *F. Hartung*, Staatsverfassung und Heeresverfassung, in: *Ders.*, Volk und Staat in der deutschen Geschichte, Gesammelte Abhandlungen (1940) 28–40; *H. Aubin*, Wehrkraft, Wehrverfassung und Wehrmacht in der deutschen Geschichte (1937); *G. Oestreich*, Zur Heeresverfassung der deutschen Territorien von 1500–1800. Ein Versuch vergleichender Betrachtung, in: Forschungen zu Staat und Verfassung. Festgabe für *F. Hartung*, hg. von *R. Dietrich* und *G. Oestreich* (1958) 419–440; *C. H. Hermann*, Deutsche Militärgeschichte (1966).

⁷ Ferdinand I. begründete beispielsweise 1531 den Böhmen gegenüber seine Forderung nach Geld mit dem Hinweis auf die notwendige Standardisierung und Qualität der Ausrüstung. Er sei dann nicht gezwungen, von verschiedenen Orten „ungleiches Zeug“ anzunehmen. Vgl. *C. Turetschek*, Die Türkenpolitik Ferdinands I. von 1529 bis 1532 (Dissertationen der Universität Wien 10) (1968) 281; im folgenden zitiert: *Turetschek*, Türkenpolitik. Vgl. auch Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. 2, bearbeitet von *A. Wrede* (21962) Nr. 48 S. 399; im folgenden zitiert: RTA JR II.

reinen Soldkosten⁸. Offiziellen Berechnungen und Schätzungen zufolge beliefen sich die Kosten für eine „beharrliche“ Türkenhilfe auf eine jährliche Summe zwischen 1,8 Millionen fl., 3 Millionen fl. und 3,6 Millionen fl., wobei im Jahr 1542 bei der Bewilligung dieser Hilfe von 3 Millionen fl. ausgegangen wurde⁹. Die Kosten einer Kriegsausrüstung von durchschnittlicher Größe mit Sold für 6 Monate – die Ausgaben für Proviant, Troß und andere Erfordernisse nicht berücksichtigt – bewegten sich um 560 000 fl.¹⁰ Für Ausrüstung – ohne Kanonen – und Besoldung von 10 000 Fußknechten für 3 Monate waren ca. 226 000 fl. aufzubringen¹¹. Selbst für kleinere Truppenaufgebote wurden noch stattliche Summen fällig, wie etwa 1522, als man für den Unterhalt von 3000 Fußknechten für 3 Monate 40 000 fl. berechnete. Hinzu kamen – um die zusätzlichen Ausgaben für Artillerie zu verdeutlichen – bereits für diese kleine Truppe für Beschaffung und Unterhalt der Artillerie Kosten von monatlich 8670 fl.¹² Schließlich fielen allein für den Proviant eines Heeres von 40 000 Mann zu Fuß und 6000 zu Pferd nach Kalkulationen von 1532 für 3 Monate Kosten von ca. 100 000 fl. an¹³. Diese Beispiele mögen genügen, um zu verdeutlichen, welche enormen Summen durch die Veränderungen im Heerwesen auf das Reich zukamen, zumal diese Kosten zudem im Laufe des 16. Jahrhunderts ständig stiegen¹⁴.

⁸ Der Unterschied ergibt sich aus dem Anstieg des Soldes für einen Reiter von 10 fl. auf 12 fl. pro Monat.

⁹ Christof Fürer aus Nürnberg berechnete 1529 in einer Aufstellung für Ferdinand I. auf der Basis von 18 000 Knechten und 6000 Reitern 1,8 Millionen fl. pro Jahr. Vgl. Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. 7, bearbeitet von J. Kühn (²1963) Beilage Nr. 122 a S. 1224–1229; im folgenden zitiert: RTA JR VII. Das Gutachten des kleinen Ausschusses des zweiten Nürnberger Reichstages von 1523 hielt 30 000 Knechte und 5000 Reiter mit Kosten von 3 Millionen fl. für erforderlich. Vgl. Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. 3, bearbeitet von A. Wrede (²1963) Nr. 72 S. 375; im folgenden zitiert: RTA JR III. Landgraf Philipp von Hessen veranschlagte den Bedarf auf mindestens 50 000 Knechte und 10 000 Reiter sowie Hilfstruppen. Die Unterhaltskosten für 6 Monate – Geschütze, Pulver und Verpflegung nicht berücksichtigt – schätzte er auf 3,6 Millionen fl. Vgl. E. Brandenburg (Hg.), Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen, Bd. 1 (1900) Nr. 403; im folgenden zitiert: Brandenburg, Politische Korrespondenz I; 1532 wurden die Soldkosten für 40 000 Mann zu Fuß und 8000 zu Pferd für 6 Monate auf 1843 200 fl. berechnet. Vgl. K. Oberleitner, Österreichs Finanzen und Kriegswesen unter Ferdinand I. vom Jahre 1522 bis 1564, in: Archiv für Kunde österreichischer Geschichtsquellen 22 (1860) 53; im folgenden zitiert: Oberleitner, Österreichs Finanzen.

¹⁰ Vgl. Ebrenberg, Fugger I 13. Vgl. auch Turetschek, Türkenpolitik 32: 1529 sollten die habsburgischen Länder einschließlich Böhmens und Ungarns 645 000 fl. für 15 000 Mann zu Fuß und 2700 zu Pferd sowie Ausrüstung aufbringen.

¹¹ Nach einer Aufstellung, die im Juni 1529 am Hofe Margaretes angefertigt wurde, beliefen sich die Kosten genau auf 225 994 fl. Vgl. W. Bauer und R. Lacroix (Hg.), Die Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 2: Familienkorrespondenz 1527–1530 (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 30, 31) (1937–1938) 436; im folgenden zitiert: Bauer-Lacroix, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 2.

¹² RTA JR III Nr. 18 III S. 111; Nr. 18 IV S. 115.

¹³ Vgl. Turetschek, Türkenpolitik 273.

¹⁴ Der Monatssold für einen Fußknecht blieb mit 4 fl. vom Ende des 15. Jahrhunderts bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts konstant. Der Monatssold für einen Reiter wurde hingegen in derselben Zeit von 8 fl. über 10 fl. auf 12 fl. angehoben. Die Kosten für den Unterhalt des Reichsfeldhauptmanns stiegen in dieser Zeit auf das Doppelte an. 1500 betrugen die jährlichen Kosten da-

2. Reichsinstitutionen

Derart spektakuläre Summen waren im Bereich der Friedenssicherung nach innen zwar nicht zu erbringen, doch stellten die hier für das 1495 begründete Reichskammergericht und für die von 1500 bis 1502 und von 1521 bis 1530 bestehenden Reichsregimenter anfallenden Kosten kontinuierliche oder langfristige Belastungen dar. Nachdem man 1500 dazu übergegangen war, die Sportulen abzuschaffen und das Gericht regulär zu besolden, hatte das Reich für das Kammergericht je nach Besetzung der Beisitzerstellen zwischen 8300 fl. und 9500 fl. im Jahr aufzubringen¹⁵. Hinzu kamen noch die jährlichen Aufwendungen für das Reichsregiment in Höhe von 4600 fl.¹⁶ 1504/05 und 1507 stiegen die Kosten für das Reichskammergericht bereits auf 11 600 fl. bzw. annähernd 12 000 fl. an¹⁷ und schnellten bei der Neubegründung von Reichsregiment und Kammergericht im Jahr 1521 sprunghaft auf insgesamt 50 000 fl. für beide Institutionen zusammen empor¹⁸. Bei diesen Summen handelte es sich um reine Lohnkosten. Für den Geschäftsgang und für eine effektive Exekution der gefällten Urteile reichten diese Gelder jedoch nicht aus. Um diese Bedürfnisse decken zu können, hielt das Reichsregiment 1523 ein sicheres jährliches Einkommen

für 51 984 fl. Vgl. Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abscheide, Welche von den Zeiten Kayser Conrads des II. bis jetzo, auf den Teutschen Reichs-Tagen abgefasset worden ... hg. von J. J. Schmauss und H. C. von Senckenberg, Bd. 2 (1747) 87; im folgenden zitiert: NS II. 1532 beliefen sie sich bereits auf monatlich 11 273 fl. Vgl. Oberleitner, Österreichs Finanzen 53 ff.; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, Bd. 1 (1517–1530), hg. von H. Virk, (Urkunden und Akten der Stadt Straßburg, 2. Abteilung) (1882) Nr. 835 S. 538; im folgenden zitiert: Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I.

¹⁵ 1495 sollte der Unterhalt hauptsächlich aufgrund der Sportulen bestritten werden. Vgl. Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., Bd. 5, bearbeitet von H. Angermeier (1981), Nr. 342 III Art. 19 S. 404; im folgenden zitiert: RTA MR V; NS II 68; Müller, Steuer- und Finanzwesen 655.

¹⁶ Vgl. NS II S. 59 Art. 18. Die Fürsten erhielten für ihre Tätigkeit am Reichsregiment keinen Sold.

¹⁷ H. Gollwitzer, Unbekannte Versuche einer Erneuerung des Königlichen Kammergerichts in den Jahren 1505–1506, in: HZ 179 (1955) 255–271, bes. 270; im folgenden zitiert: Gollwitzer, Unbekannte Versuche; J. H. Harpprecht, Staats-Archiv des kaysrl. und des H. Röm. Reichs Cammer-Gerichts oder Sammlung von gedruckten und mehrentheils ungedruckten actis publicis, Archival-Urkunden, kaysrl. Rescripten, Verordnungen, Praesentationis- und Visitationis-Handlungen etc. Bd. III (1759) 405, 423; im folgenden zitiert: Harpprecht III; Teicke, Reichssteuerbestrebungen 60.

¹⁸ Man berechnete den Sold für den Präsidenten und die Beisitzer des Reichsregiments auf 28 508 fl. und für das Kammergerichtspersonal auf 13 100 fl., was einer Summe von 41 608 fl. entsprach. Wegen der zusätzlich noch anfallenden Kosten schlug der Ausschuß dem Reichstag vor, bei der Erstellung der Matrikel von einem Bedarf von 50 000 fl. auszugehen. Vgl. RTA JR II Nr. 52 S. 405–408; Nr. 222 S. 908. Vgl. auch Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 86, 87 S. 48–50. Andere Schätzungen bewegten sich zwischen den Grenzwerten von 40 000 fl. und 60 000 fl. Vgl. RTA JR II Nr. 98 S. 720; Nr. 230 S. 921, 924. Die Matrikel erbrachte numerisch 51 269 fl. Vgl. Teicke, Reichssteuerbestrebungen 64 m. Anm. 14. Die später tatsächlich bezahlte Summe belief sich auf 40 000 fl. Vgl. W. Bauer (Hg.), Die Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1: Familienkorrespondenz bis 1526, (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 11) (1912) Nr. 21 Art. 14; Nr. 85 Art. 1; im folgenden zitiert: Bauer, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1.

von 200 000 fl. für unerlässlich¹⁹. 1530 waren dann, bedingt durch die Erhöhung der Beisitzerstellen und ihre höhere Besoldung an die 14 000 fl. für die laufende Entlohnung des Kammergerichtspersonals und zusätzlich noch 4000 fl. für die Besoldung der außerordentlichen Beisitzer erforderlich²⁰. Im Jahr 1548 schließlich wurde der Kammerzieler auf 20 176 fl. festgelegt²¹. Es kam also nicht von ungefähr, daß zu Beginn der Neuzeit allgemein vom Geld als vom „nervus rerum gerendarum“ gesprochen wurde²².

3. Versagen des bisherigen Finanzsystems

Reichten die dem Kaiser aus dem Reich zufließenden Einkünfte aus Städtesteuern, Judensteuern, Zöllen, Gerichtsgebühren und Verpfändungen von Reichsgut in Höhe von maximal 10 000 fl. pro Jahr bei weitem nicht mehr dazu aus, allein den laufenden Unterhalt des Königshofes von ca. 220 000 fl. zu decken und die Schuldzinsen in ähnlicher Höhe zu begleichen²³, so mußten sie bei der Lösung der neuen Finanzprobleme völlig versagen. Diese neuen finanziellen Erfordernisse waren nicht mehr durch kurzfristige Finanzaktionen zu bewältigen. Es handelte sich hier nicht um momentane, kurz- oder mittelfristig zu lösende Finanzierungsprobleme, vielmehr wurde offenkundig, daß das bisherige Finanzsystem des Reiches an seine Grenzen gestoßen war, daß

¹⁹ Vgl. RTA JR III Nr. 119 S. 764; Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. 4, bearbeitet von A. Wrede (²1963) Nr. 65 S. 377; im folgenden zitiert: RTA JR IV.

²⁰ Vgl. NS II S. 318/9 Art. 76, 80, 82.

²¹ Vgl. Müller, Steuer- und Finanzwesen 661; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, Bd. 4, 2 (1546–1549), hg. von H. Gerber (Urkunden und Akten der Stadt Straßburg, 2. Abteilung) (1933) Nr. 765 S. 939–941: es ist von 21 000 fl. die Rede; im folgenden zitiert: Politische Correspondenz der Stadt Straßburg IV, 2.

²² Karl V. sprach davon, „que l'argent est le nerf et force de la guerre, et sans lequel l'on ne peut faire ne entretenir armées ni exercites“. Bauer, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1, Nr. 56 Art. 3.

²³ O. Schmidt, Die Reichseinnahmen Ruprechts von der Pfalz (Leipziger Historische Abhandlungen 30) (1912) 100 hat die Einkünfte Ruprechts auf durchschnittlich 17 500 fl. im Jahr berechnet. Sigmund bezifferte seine Einkünfte auf jährlich 13 000 fl. Vgl. Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund, Bd. 7, hg. von D. Kerler (²1956) Nr. 125 S. 181. Konkrete Zahlen für die spätere Zeit liegen nicht vor. 1463 spricht Martin Mair davon, daß „das reich kain gelt und nützung hat davon man den frid hanthaben vnd die gericht ordentlich besetzen hallten vnd einbringen müß“. F. Palacky (Hg.), Urkundliche Beiträge zur Geschichte Böhmens und seiner Nachbarländer im Zeitalter Georg's von Podiebrad (1450–1471) (Fontes Rerum Austriacarum II, 20) (1860) Nr. 310 S. 316; im folgenden zitiert: FRA II, 20. Karl V. spricht 1530 davon, er habe nichts vom Reich. Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 828 S. 528. In einem brandenburgischen Projekt von 1546 zur Wiederherstellung der kaiserlichen Macht heißt es bezüglich der Einkünfte des Kaisers, „das er gar nach khain Einkhomen, sonnder schier allain der Bloß Nam, Eer, Oberkhayt vnnnd hochhayt emfor Stheett“. L. von Ranke, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation, hg. von P. Joachimsen, Bd. 6 (1933) 165; im folgenden zitiert: Ranke, Deutsche Geschichte VI. 1549 beliefen sich die Kosten der Hofhaltung Ferdinands I. auf 222 443 fl. Vgl. Oberleitner, Österreichs Finanzen 90. König Maximilian hinterließ ca. 2,3 Millionen fl. Schulden. Ferdinand I. hinterließ 4,8 Millionen fl. Schulden, für die über 300 000 fl. an Zinsen fällig waren. Vgl. A. Huber, Studien über die finanziellen Verhältnisse Österreichs unter Ferdinand I., in: MIOG Erg. Bd. 4 (1893) 213. Zu den verschiedenen in der neueren Forschung unternommenen Untersu-

es sich um eine tiefgreifende Krise des Finanzsystems überhaupt handelte²⁴. Der alte Grundsatz, der König möge von dem Seinen leben, also die Finanzierung der staatlichen Aufgaben allein aus den Reichseinkünften bestreiten, galt schon nicht mehr im 15. Jahrhundert und ließ sich erst recht nicht mehr im 16. Jahrhundert aufrechterhalten. Es mußten neue Wege zur Beschaffung der erforderlichen Geldmittel beschritten werden. Dieses Problem beschäftigte fast jeden Reichstag seit 1422 mit zunehmender Dringlichkeit und wurde daher meistens noch vorrangig vor dem Thema Reformation behandelt.

4. Bemühungen um eine Neuordnung des Finanzsystems

a) Ansatzmöglichkeiten

Das einzige Mittel, das in dieser Situation helfen konnte, schienen Steuern zu sein. Auch wenn die Einsicht in die Notwendigkeit von Steuern vorhanden war, so war es dennoch ein äußerst schwieriges Unterfangen, diese Einsicht in die Tat umzusetzen²⁵. Einen Ansatzpunkt zur Rechtfertigung von Steuerforderungen bot im Bereich der Kriegsfinanzierung das überkommene Instrument der Notsteuer, das die Möglichkeit eröffnete, in ganz bestimmten Notfällen die Lehensträger – allerdings nach vorherigen Verhandlungen – zur Steuer heranzuziehen²⁶. Die Kriege gegen die Hussiten und die Türken boten eine geeignete Gelegenheit, um daran anzuknüpfen, denn zur Notsitua-

tionen zur Finanzlage des Reiches allgemein vgl. *T. Mayer*, Geschichte der Finanzwirtschaft vom Mittelalter bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, hg. von *W. Gerloff* und *F. Neumark*, Bd. 1 (1952) 242 f.; im folgenden zitiert: *Mayer*, Geschichte der Finanzwirtschaft; *G. Droge*, Spätmittelalterliche Staatsfinanzen in Westdeutschland, in: *H. Kellenbenz* (Hg.), Öffentliche Finanzen und privates Kapital im späten Mittelalter und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Forschungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 16) (1971) 5–13; *F.-W. Henning*, Das vorindustrielle Deutschland 800 bis 1800 (1974) 120; *E. Klein*, Geschichte der öffentlichen Finanzen in Deutschland (1500–1870) (1974) 5 ff.; im folgenden zitiert: *Klein*, Öffentliche Finanzen. Einen Überblick über die Einkünfte aus den verschiedenen Finanzquellen gibt *Isenmann*, Reichsfinanzen 19–70. Vgl. auch *G. Landwehr*, Die Verpfändung der deutschen Reichsstädte im Mittelalter (Forschungen zur deutschen Rechtsgeschichte 5) (1967).

²⁴ Darauf hat zuerst mit Nachdruck *J. A. Schumpeter*, Die Krise des Steuerstaates (1918), in: *Ders.*, Aufsätze zur Soziologie (1953) 1–71 hingewiesen; im folgenden zitiert: *Schumpeter*, Krise des Steuerstaates.

²⁵ Vgl. dazu etwa die verschiedenen Vorschläge zur Finanzierung von Reichsregiment und Kammergericht ohne eine Steuer RTA JR VII Beilage Nr. 106 S. 1153/4; Beilage Nr. 122 S. 1224; *J. Kühn*, Die Geschichte des Speyrer Reichstags 1529 (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 47) (1929) 99 ff.; im folgenden zitiert: *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529.

²⁶ Vgl. *C. Bauer*, Mittelalterliche Staatsfinanz und internationale Hochfinanz, in: HJb 50 (1930) 28; *W. Gerloff*, Steuerwirtschaftslehre, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, hg. von *W. Gerloff* und *F. Neumark*, Bd. 2 (1956) 239–325, bes. 264 zeigt auf, daß die Steuer im 15. und 16. Jahrhundert keine selbstverständliche Sache war. Vgl. allgemein dazu *M. Wachenhausen*, Staatsausgabe und öffentliches Interesse in den Steuerrechtfertigungslehren des naturrechtlichen Rationalismus. Ein dogmengeschichtlicher Beitrag zur Rationalität des modernen Staates in seinem Verhältnis zum Individuum (Schriften zur Verfassungsgeschichte 16) (1972) 15, 30, 42 ff., 74 ff.; im folgenden zitiert: *Wachenhausen*, Staatsausgabe; *Krüger*, Finanzstaat Hessen 16.

tion des Reiches kam als Rechtfertigungsgrund die Bedrohung des Glaubens und der Christenheit hinzu, so daß sich zusätzlich die Verpflichtung zum Glaubenskrieg ergab, der sich kein Christ billigerweise entziehen konnte²⁷.

Weitaus problematischer gestaltete sich dagegen die Beschaffung von Geld für den Unterhalt von Reichsregiment und Reichskammergericht, denn hier konnte man auf kein Vorbild zurückgreifen. Zudem standen sich in dieser Frage zwei gegensätzliche Meinungen gegenüber. Die eine ging davon aus, es sei Aufgabe des Kaisers, mit eigenen Mitteln für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung im Reich zu sorgen²⁸. Die andere vertrat den Standpunkt, der Kaiser sei dazu nicht verpflichtet²⁹. Erst nach und nach und unter erheblichen Widerständen konnte sich auch in diesem Bereich die Idee des Gemeinwohls als Rechtfertigungsgrund für Steuerforderungen Anerkennung verschaffen³⁰.

²⁷ Der Krieg gegen die Türken galt allgemein als Christenpflicht. Vgl. etwa den Reichsabschied von 1542 „so soll sich doch in diesem Christlichen guten Werck niemand widern, noch Ir- rung oder Verhinderung zu machen unterstehen, in Bedenckung, daß allen Ständen, als Christlichen Gliedern des Heiligen Reichs, die Rettung unsers Christlichen Glaubens und Vatterlands Teutscher Nation, unvermeidlich zustehet und daß auch solches ... niemand unträglich seyn würde“. NS II S.449 Art.16. Die Türkensteuer wird als „christlich wergelt“ (RTA JR III 300) oder als „ein notturfug werk“ bezeichnet und verpflichtet daher zur Leistung. Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr.718 S.440. Vgl. auch z.B. RTA JR VII Beilage Nr. 141 S.1271; NS II S.455 Art. 57; Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Sigmund, Bd.9, hg. von D. Kerler (²1956) Nr.76, 77, 105, 188; Isenmann, Reichsfinanzen 154 ff. hebt besonders den Charakter des Glaubenskrieges als Begründung für die Gewährung von Steuern hervor.

²⁸ Vgl. dazu die Antwort des Reichstagsausschusses vom 10.4.1522 auf die Vorschläge zur Finanzierung des Unterhalts von Reichsregiment und Reichskammergericht durch eine allgemeine Steuer. „... das die auflag desselben, wie geringe die beschicht, zu unterhaltung friedens und rechtens im reich bei dem gemeinen man aller herschaft nit allein beschwerlich, sonder auch gering geacht werde; dan ein jeder underthan si vorhin seiner herschaft mit grosser steuer und leibsbethe, auch beschwerlicher dinst, atzung, fron, volg, zinsen, gulten und anderm verpflichtet, davon er vermeint, pillich von derselben seiner herschaft geschützt und geschirmt werden, auch recht bei ir finden und haben, und das ein Romischer keiser fried und recht im reich zu halten fur sich selbs schuldig sein soll“. RTA JR III Nr.25 II S.143. Auch Hannart berichtet am 26.4.1524 an Karl V., die Stände lehnten eine Finanzierung von Reichsregiment und Kammergericht mit der Begründung ab, sie seien dazu nicht verpflichtet. Vgl. K. Lanz, Correspondenz des Kaisers Karl V., Bd.1 (1844) Nr.55 S.118–134; im folgenden zitiert: Lanz, Correspondenz I.

²⁹ Vgl. den von Dr. Martin Mair entworfenen Fürstenbundplan von 1463: „It. nach dem das reich kain gelt vnd nützung hat davon man den frid hanthaben vnd die gericht ordentlich besetzen hallten vnd einbringen müß vnd auch der kaiser nicht schuldig ist solichs von seinen eigen vnd erblichen lannden aussrichten, so ist ain wege das zu hanthabung des frids vnd der gericht ain yeder mensch im reich der XIII jar alt ist des jars ein grossen geben sol“. FRA II, 20 Nr.310 S.316.

³⁰ Vgl. W. Gerloff, Die Rechtfertigung der Besteuerung, in: Beiträge zur Finanzwissenschaft, Bd.2 (1928) 156 ff.; Isenmann, Reichsfinanzen 137–154 geht auf die Stellungnahme der Reichsreformprojekte und -schriften des 15. Jahrhunderts zu dieser Frage ausführlich ein. 1495 sollte der Unterhalt des Reichskammergerichts in erster Linie durch die Sportulen gedeckt werden. Vgl. RTA MR V Nr.342 III Art.19 S.404. 1500 sollte die Reichssteuer zum Unterhalt von Reichsregiment und Kammergericht herangezogen werden. Vgl. NS II S.68, 82. 1505 übernahm Maximilian die Kosten für das Reichskammergericht. Vgl. NS II S.102. 1507 wurde die Matrikel nur als Übergangslösung angesehen. Vgl. NS II S.144 Art.20 ff. Von 1521 bis 1530 suchte man nach einer

b) Schwierigkeiten

Auch wenn so die theoretische Rechtfertigung für Steuerforderungen gegeben war, so stellten sich dennoch einer Bewilligung von Steuern beträchtliche Schwierigkeiten entgegen. Den Steuern haftete nämlich das Signum der politischen Abhängigkeit und der Unfreiheit an, da es eine weitverbreitete Auffassung war, sie seien Bürgern und Untertanen, aber keinesfalls den Fürsten und dem Adel zuzumuten³¹. Das führte dazu, daß sich die Stände im 15. Jahrhundert aus prinzipiellen Erwägungen gegen diese „unerhörte Neuerung“ wehrten, hinter der sie den Versuch argwöhnten, einen ewigen Tribut, einen ewigen Zins und eine ewige Servitut, kurz Zustände wie in Frankreich einzuführen. Im 16. Jahrhundert kam noch das Mißtrauen hinzu, der Kaiser könne Geld leichter zweckentfremden als eine Hilfeleistung in Form von Truppen³². Das Ergebnis davon war, daß bis ins ausgehende 15. Jahrhundert hinein ausnahmslos alle Steuerprojekte zum Scheitern verurteilt waren und daß auch in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts die Stände im Zweifelsfall lieber für Truppenhilfe und gegen eine Steuerleistung votierten.

c) Erste Erfolge

Ein erster Erfolg im Sinne des Steuergedankens gelang im Jahr 1486, als erstmals eine Steuer, und zwar in Form einer Geldmatrikel bewilligt wurde. Bezeichnenderweise lehnten die Stände zwar zunächst die von Friedrich III. geforderte Geldmatrikel von ca. 530 000 fl. ab, stellten dann aber aus Gründen einer raschen Durchführung der Hilfe bares Geld für den Unterhalt eines Heeres von 34 000 Mann auf vier Monate in

endgültigen Regelung der Finanzierung des Unterhalts für Reichsregiment und Kammergericht, ohne dafür zum Mittel der Besteuerung greifen zu müssen. Die Matrikel war nur als vorläufige Lösung gedacht. Vgl. RTA JR II Nr. 51 ff. S. 403 ff. Vgl. auch *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 99 ff.

³¹ Haug von Werdenberg trat 1480 dem Gerücht, das er als Vorwurf auffaßte, „das man das gelt sucht“, mit der feinen Differenzierung entgegen, der Kaiser suche nicht Geld, sondern Hilfe. Die Hilfe könne aber nur in Truppen bestehen, wozu man freilich Geld brauche. Vgl. *K. Küffner*, Der Reichstag von Nürnberg anno 1480 (1892) 41 f. Vgl. den Widerstand der Reichsritterschaft gegen die Besteuerung, die in der Steuer einen Angriff auf ihren Stand insgesamt sah. RTA MR V Nr. 1700–1715 S. 1234–1258; RTA JR II Nr. 57 S. 446. Vgl. allgemein *V. Press*, Kaiser Karl V., König Ferdinand und die Entstehung der Reichsritterschaft (Institut für europäische Geschichte Mainz, Vorträge 60) (1976); im folgenden zitiert: *Press*, Reichsritterschaft.

³² Vgl. Einspruch des Bischofs von Freising gegen die Kriegssteuer von 1480: „der gemein man hatt sorg, wo man solchen anslag furneme, es wurde ewiger tryebut darauf, als zu Franckreich ist geschehenn“, zitiert bei *Isenmann*, Reichsfinanzen 135; ähnlich in Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., Bd. III, 2, hg. von *E. Bock* (1973) Nr. 274 a S. 1058; RTA MR V Nr. 1797 S. 1511; *J. Janssen* (Hg.), Frankfurts Reichsrespondenz nebst andern verwandten Aktenstücken von 1396–1519, Bd. 2 (1872) Nr. 1010. 1521 wurde die Romzugmatrikel in Form einer Geldmatrikel ausdrücklich zurückgewiesen, „daß man solch hielt an leuten und nit an gelt thun sal, domit kein finanz in dem gesucht werde“. Karl V. mußte sich verpflichten, „das di hilf an leuten und nit an geld beschee, und das E. kai. Mt. nimant darüber weiter dringe, das geld fur die leut zu schicken oder zu geben“. RTA JR II Nr. 222 S. 908; Nr. 45 S. 394; Nr. 47 S. 398; Nr. 48 S. 399; Nr. 101 S. 739. Zu 1530 vgl. *K. E. Förstemann* (Hg.), Urkundenbuch zur Geschichte des Reichstags zu Augsburg im Jahr 1530, Bd. 2 (1835) Nr. 241 S. 676–683, bes. 677; im folgenden zitiert:

Aussicht³³. Der Gedanke einer allgemeinen Besteuerung der Reichsuntertanen wurde erstmals mit dem Gemeinen Pfennig von 1495 Realität, zu dessen Einsammlung im ganzen Reich ernsthafte Anstrengungen unternommen wurden. Das Jahr 1495 darf insofern als ein erster Höhepunkt in der Steuerentwicklung angesehen werden, als neben dem Gemeinen Pfennig auch eine Eilende Hilfe in Höhe von 100 000 fl. bewilligt und zum größten Teil bezahlt wurde und außerdem von den Ständen zusätzlich eine Bürgschaft für eine weitere Summe von 150 000 fl. übernommen wurde³⁴. Nach diesem Höhepunkt folgte in den Jahren 1500, 1505 und 1507 insoweit ein gewisser Rückschlag, als man von der reinen Steuerveranlagung abrückte und es mit einem eigentümlichen Mischsystem aus Steuerleistung und Truppenstellung versuchte³⁵, um dann allerdings in den Jahren 1510 und 1512 wieder zur Geldmatrikel und zum Gemeinen Pfennig zurückzukehren³⁶. Geldmatrikel und Gemeiner Pfennig wurden im weiteren Verlauf der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts die bestimmenden Steuerformen, wobei, was die Häufigkeit der Bewilligung betrifft, die Matrikel eindeutig dominierte.

Förstemann II; Valentin von Tetteleben, Protokoll des Augsburger Reichstages von 1530, hg. von *H. Grundmann*, (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 4) (1958) 177 ff.: „doch das neyn geldt, beßundern leuthe gegeben wurde, doemydt das geldt nicht verswinde und nichz usgericht wurde“. Im folgenden zitiert: *Tetteleben*. Vgl. auch Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 718 S. 440; RTA JR VII Beilage Nr. 74, 80 S. 1088, 1094; *Bauer*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1 Nr. 65 Art. 9; *A. Westermann*, Die Türkenhilfe und die politisch-kirchlichen Parteien auf dem Reichstag zu Regensburg 1532 (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte 25) (1910) 100 ff., 206 ff.; im folgenden zitiert: *Westermann*, Türkenhilfe; *K. Klüpfel* (Hg.), Urkunden zur Geschichte des Schwäbischen Bundes, Bd. 2 (1846) 25, 92 ff.; im folgenden zitiert: *Klüpfel II*; *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 86; *Turetschek*, Türkenpolitik 216 ff., 273; *Müller*, Reichssteuern 24, 31; *G. Mentz*, Johann Friedrich der Großmütige 1503–1554, Bd. 2 (Beiträge zur neueren Geschichte Thüringens 1) (1908) 317; im folgenden zitiert: *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 2. Auch die Sorge vor einem Aufbruch in der Bevölkerung bei Steuerbelastungen spielte gelegentlich eine Rolle. Vgl. RTA JR VII Beilage Nr. 12 S. 987 f.; Nr. 15 S. 990 f.; Nr. 81 S. 1097 f. Mitunter wurde die Truppenhilfe als effizienter als eine Steuer erachtet. Vgl. RTA JR VII Beilage Nr. 13 S. 988 f.; Nr. 81 S. 1097.

³³ Vgl. *J. J. Fugger*, Spiegel der Ehren des höchstlößlichen kayser- und königlichen Erzhauses Österreich (1668) 952; Vgl. auch Neue und vollständigere Sammlung der Reichs-Abschiede, Welche von den Zeiten Kayser Conrads des II. bis jetzo, auf den Teutschen Reichs-Tägen abgefasset worden ..., hg. von *J. J. Schmauss* und *H. C. von Senckenberg*, Bd. 1 (1747) Nr. LXI a S. 271–273; im folgenden zitiert: NS I. Im Endeffekt wichen die beiden Summen kaum voneinander ab.

³⁴ Vgl. RTA MR V Nr. 359–456 S. 468–569; Nr. 1615–1699 S. 1190–1233.

³⁵ 1500 sollten Kurfürsten und Fürsten Mannschaften stellen, Klerus, Städte und gemeine Leute dagegen Geld zahlen. Vgl. NS II S. 60–62 Art. 24–49; *G. Seiler*, Der gemeine Pfennig eine Vermögensabgabe vor 500 Jahren, in: Frankfurter Zeitgemäße Broschüren NF XXXII (1913) 252. 1505 wurde vorgesehen, daß jeder Stand, der für 10 fl. keine Reiter anwerben könne, das entsprechende Geld zahlen solle. Vgl. NS II S. 102 Art. 4. 1507 wurde eine Kombination aus Geld- und Mannschaftsleistung hergestellt. Vgl. NS II S. 104–111, S. 112 Art. 1; *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 77.

³⁶ Vgl. zu 1510 NS II 132–136; *Harpprecht III* 238, 239 ff. Zu 1512 vgl. NS II 138–141. Allgemein siehe *Isenmann*, Reichsfinanzen 195 f.

III. Finanz- bzw. Steuerstaat

Es stellt sich nun die Frage, war damit zu Beginn des 16. Jahrhunderts der Weg in *Richtung* auf einen Finanz- bzw. Steuerstaat geebnet? Waren Matrikel und Gemeiner Pfennig und das von ihnen bestimmte Steuer- und Finanzsystem geeignet, auch im Reich eine Entwicklung einzuleiten, wie sie sich zur gleichen Zeit in den Territorien anbahnte? Kann man auch im Reich von greifbaren Bestrebungen sprechen, die öffentlichen Finanzen und ihre Beschaffung in den Vordergrund des Gemeinwesens zu stellen und die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben durch *geordnete* und *ausreichende* Finanzen auf dem Weg über Steuern *langfristig* zu sichern? Kurzum, gab es Tendenzen, dem Reich das Recht zuzugestehen, sich seine Finanzen in *eigener* Verantwortung zu beschaffen, sie nötigenfalls unter Zwangsmitteln beizutreiben und sich eine eigene Finanzverwaltung zu geben?³⁷ Die Antwort auf diese Fragen ist weitgehend bekannt. Man hat davon auszugehen, daß es zwar zum Teil durchaus erfolversprechende Ansätze gegeben hat, daß es aber allenfalls zu rudimentären Ansätzen eines Finanz- bzw. Steuerstaates gekommen ist. Von einer Finanzhoheit oder Finanzgewalt des Reiches kann dabei nicht im entferntesten die Rede sein. Im folgenden soll nun zunächst aufgezeigt werden, in welchem Maße die beiden Hauptsteuerformen Matrikel und Gemeiner Pfennig sowie das Steuer- und Finanzsystem in seiner Gesamtheit zu diesem Tatbestand beigetragen haben.

1. Matrikel

Was die Beschaffung der nötigen Gelder betrifft, so läßt sich für den behandelten Zeitraum zwischen Matrikel und Gemeinem Pfennig eine Art Aufgabenteilung feststellen. Die Matrikel diente zum einen zur Finanzierung des Unterhalts von Reichsregiment und Kammergericht, vorrangig aber dazu, für kleine oder Eilende Hilfen die nötigen Gelder aufzubringen, Gelder also, die für wenige Monate und in mittelgroßen

³⁷ In verfassungshistorischer Sicht und mit Bezug auf die moderne Staatsbildung führte *Oestreich*, Ständetum und Staatsbildung 279, 281 ff. den Begriff des Finanzstaates in die historische Forschung ein und verstand darunter „die erste Stufe des frühneuzeitlichen Staates im 16. Jahrhundert“, bei der „die öffentlichen Finanzen im Vordergrund des Gemeinwesens“ standen. Um den Strukturwandel der frühneuzeitlichen Staatsfinanzierung aufzuzeigen, unterschied *Schumpeter*, Krise des Steuerstaates 1–71 zwischen der „Domänenwirtschaft“ des Mittelalters und dem „Steuerstaat“ der Neuzeit, also zwischen einer Finanzierung aus Grundbesitz und der aus Abgaben aller Einwohner. Vgl. auch *H. Haller*, Die Steuer, Grundlinien eines rationalen Systems öffentlicher Aufgaben (21971) 9 ff. Zur Bedeutung des Wortes Finanzen in der Neuzeit vgl. *Krüger*, Finanzstaat Hessen 9 ff. Zur Entstehung des modernen Staatsbegriffes vgl. *A. O. Meyer*, Zur Geschichte des Wortes Staat, in: Die Welt als Geschichte 10 (1950) 229–239; *W. Mager*, Zur Entstehung des modernen Staatsbegriffes (Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz. Abhandlungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse 1968, Nr. 9) 395–496; *P. L. Weinacht*, Staat. Studien zur Bedeutungsgeschichte des Wortes von den Anfängen bis ins 19. Jahrhundert (1968) 87 Anm. 1.

bis kleineren Summen zu erbringen waren, die in dieser Zeit niemals die Grenze von 500 000 fl. überschritten, sondern meist deutlich darunter lagen³⁸.

Zunächst stellte sich bei der Matrikel das Problem, wie es gelänge, die herkömmliche *Truppenmatrikel* in eine *Steuerform* umzuändern. Diese Umwandlung wurde dadurch begünstigt, daß die Geldmatrikel als Äquivalent für Mannschaftsleistung galt und auf diese Weise mit dem Lehnswesen in Einklang gebracht werden konnte³⁹, ohne die Rechte der Stände zu beeinträchtigen. Ihnen wurde der Matrikelbeitrag wie bisher als Fixum auferlegt, für dessen Aufbringen sie allein zuständig waren. Die Wormser Matrikel von 1521, die zur Norm für alle späteren Matrikularbeiträge wurde⁴⁰, bot zudem den Vorteil, daß sie als Truppenmatrikel angelegt war und daß sie es so ermöglichte, die Fiktion der herkömmlichen Truppenstellung aufrechtzuerhalten. Es wurde auf diese Weise den einzelnen Ständen nicht direkt Geld auferlegt, sondern der Geldbetrag errechnete sich aus den Faktoren Truppenstärke und Monatssold. Die Umwandlung der Truppenmatrikel in eine Geldmatrikel ging freilich nicht widerstandslos vonstatten und vermochte sich auch in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts nicht als *endgültig* durchzusetzen. Wie sehr sich die Stände gegen die Umwandlung der Mannschaftsmatrikel in eine Geldmatrikel zur Wehr setzten und wieviel ihnen daran lag, dies zu verhindern, geht daraus hervor, daß sie 1521 mit äußerster Unnachgiebigkeit darauf beharrten, daß die Matrikel eine Truppenhilfe sein sollte, und daß sie Karl V. das Versprechen abnahmen, nicht zu versuchen, im nachhinein daraus doch noch eine Geldmatrikel zu machen⁴¹. So regte sich auch 1522, als die Romzugmatrikel für die Abwehr der Türken zur Verfügung gestellt wurde, beträchtlicher Widerstand gegen ihre Umwandlung in Geld. Erst die Argumente, die militärische Notwen-

³⁸ Große Hilfen mit Beträgen von 523 000 fl. wie 1486 oder von 3,12 Millionen fl. wie 1510 ließen sich mit der Matrikel nicht realisieren. Vgl. NS I Nr. LXIa S. 271–273; NS II S. 132–136; *Harpprecht* III 238, 239 ff. Zwischen 1522–1529 wurde die Romzugmatrikel in ihrer Gesamtheit von 720 000 fl. in mehreren Raten erbracht. Vgl. RTA JR III Nr. 18 IV S. 114–116; Nr. 21, 22 S. 119–122; Nr. 33 S. 176–179; Nr. 117 S. 739–740; RTA JR VII S. 846–849, Beilage Nr. 106 S. 1149; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 9–42. 1535 wurden 1¼ Römermonate (150 000 fl.) bewilligt. Vgl. NS II S. 409–410 Art. 3,4. 1541 wurde ein halber Römermonat für 3–4 Monate (192 000–256 000 fl.) bewilligt. Vgl. NS II S. 437 Art. 44. 1543 wurden 2 Römermonate (256 000 fl.) bewilligt. Vgl. NS II S. 486 Art. 19. 1548 wurde ein Vorrat auf der Basis eines Römermonats von 1521 (128 000 fl.) bewilligt. Vgl. NS II S. 544 Art. 95. Die Kosten für den Unterhalt des Kammergerichts wurden 1507 in Höhe von ca. 11 600 fl., 1521 für Kammergericht und Reichsregiment in Höhe von ca. 50 000 fl., 1548 für das Kammergericht in Höhe von 21 000 fl. und seit 1548 für das Baugeld in Höhe von jährlich 100 000 fl. 5 Jahre lang durch die Matrikel aufgebracht. Vgl. *Harpprecht* III 405, 423; RTA JR II Nr. 56 S. 424–442; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg IV, 2 Nr. 765 S. 939–941; NS II S. 545 Art. 99. Zur Finanzierung von Reichsregiment und Kammergericht vgl. Anm. 126.

³⁹ Vgl. *Schulze*, Reichstage und Reichssteuern 58.

⁴⁰ Bereits 1522 war die Matrikel von 1521 zur Norm geworden, nach der die Hilfe berechnet wurde. Vgl. RTA JR III Nr. 117 S. 740; Nr. 140 S. 792; Nr. 142 S. 294; RTA JR VII Beilage Nr. 106 S. 1149. Sie war Vorbild für die Matrikel von 1535, 1541, 1543, 1544 und 1548. Vgl. NS II S. 409/410 Art. 3,4; S. 437 Art. 44; S. 486 Art. 19; S. 497 Art. 4; S. 544 Art. 95; S. 545 Art. 100. Bestrebungen nach einer normierten Matrikel lassen sich bereits unter Maximilian I. im Jahr 1510 nachweisen. Vgl. *Harpprecht* III 241; *Isenmann*, Reichsfinanzen 208 f.

⁴¹ Vgl. Anm. 32.

digkeit und das Erfordernis rascher Hilfe verlangten dies, konnten den Widerstand brechen. Die Umwandlung galt aber nur für *dieses eine Mal* und mußte bei allen weiteren Bewilligungen bis zum völligen Verbrauch der Wormser Matrikel im Jahr 1529 stets aufs neue ausdrücklich begründet und gestattet werden⁴². Die Frage *Truppen* oder *Geld* stand auch in der folgenden Zeit bis zur Jahrhundertmitte bei allen Verhandlungen um eine Matrikel gleichrangig neben der Frage nach der Höhe der Hilfe im Mittelpunkt der Diskussionen. Für die Bewilligung einer *Geldmatrikel* mußten also besondere militärische Gründe vorliegen. Sie wurde in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nach wie vor als der *Ausnahmefall* angesehen. Dies gilt insbesondere für die Geldmatrikel zur Finanzierung des Unterhalts von Reichsregiment und Reichskammergericht, die 1521 nur als kurzfristige Übergangslösung gedacht war, bis eine endgültige Lösung ohne steuerliche Belastung der Stände gefunden sei⁴³.

In finanz- und steuertechnischer Hinsicht konnte die Steuerform der Matrikel mit einigen Vorzügen aufwarten. Da die Reichsstände die Matrikularbeiträge aus ihren eigenen Einkünften zu entrichten hatten, war zum einen das Reich der Sorge um die Einsammlung der Steuer enthoben und gingen zum anderen die Beträge relativ schnell ein, so daß sich die Matrikel für die Finanzierung Eilender Hilfen und als Voranschuß auf den Gemeinen Pfennig bestens eignete. Außerdem schien die Matrikel eine weitgehende Überschaubarkeit und Kalkulierbarkeit der Einkünfte und Ausgaben zu ermöglichen und damit Grundvoraussetzungen eines jeden geordneten Finanzgebarens zu erfüllen. Im Prinzip machte sie es nämlich möglich, mit Hilfe des in der Wormser Matrikel vorgegebenen und zur Norm gewordenen Verteilungsschlüssels eine benötigte Summe auf die einzelnen Stände zu verteilen, ohne jeweils aufs neue über die Quoten der einzelnen Stände verhandeln zu müssen. Man brauchte nur den Bruchteil oder das Mehrfache eines Römermonats als Hilfe festzulegen, und jeder Stand wußte, welche Belastung auf ihn zukommen würde. Dadurch wurde einerseits das Bewilligungsverfahren vereinfacht und beschleunigt und andererseits konnte man mit dem zu erwartenden Ertrag der Steuer im voraus Dispositionen treffen⁴⁴.

Diese Vorausberechenbarkeit der Erträge galt freilich weitgehend nur auf dem Papier; denn es stellte sich sehr bald als einer der Hauptmängel heraus, der beiden Wormser Matrikeln – der Romzugmatrikel und der Matrikel für den Unterhalt von Reichsregiment und Kammergericht – und allen von ihnen abhängigen Matrikeln anhaftete, daß sie in ihrer Zusammensetzung nicht den tatsächlichen Gegebenheiten des Reiches entsprachen. In beiden Matrikeln waren nämlich Stände allein deshalb aufgeführt, weil sie in den entsprechenden Vorgängermatrikeln von 1507 und noch frühe-

⁴² Vor allem die Städte bestanden 1522 und 1523 auf Mannschaftsstellung. Es mußte eine besondere Begründung gegeben werden, wie die der Zweckmäßigkeit der Geldleistung, um sie bewilligt zu bekommen. Vgl. RTA JR III Nr. 22 S. 121; Nr. 33 S. 177; Nr. 65 S. 361; Nr. 117 S. 740; S. 105, 106, 115. Des kursächsischen Rathes Hans von der Planitz Berichte aus dem Reichsregiment in Nürnberg 1521–1523, gesammelt von E. Wülcker, bearbeitet von H. Virck (1899) Nr. 126 S. 282; im folgenden zitiert: *Planitz*; *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 85, 86 m. Anm. 9; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 15 ff.

⁴³ Vgl. RTA JR III 14 ff.

⁴⁴ Vgl. bei *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 373 Art. 3 die Hervorhebung der Vorteile der Matrikel durch Herzog Moritz von Sachsen.

ren Jahren enthalten waren. So war jede Matrikel mit der Frage belastet, wie es um die Zahlungsbereitschaft der dem Reich zwischenzeitlich entfremdeten oder fernstehenden Stände wie z.B. Dänemarks, Savoyens, Lothringens, St. Gallens, Metz, Besançons und Genfs bestellt sein würde, wie das Problem der „ausziehenden“ und der „ausgezogenen“ Stände insbesondere in Sachsen gelöst werden könne und was mit den Beträgen der Stände geschehen sollte, die nicht mehr existierten oder nicht mehr aufzufinden waren, wie etwa die Herzöge an der Maas, die Grafen von Gleichen, die Herren von Pyrmont und der Abt von Hunoltshausen⁴⁵. Außerdem fühlte sich eine Reihe von Ständen, insbesondere die Städte zu hoch veranschlagt, protestierte gegen die Höhe der Quoten und zahlte infolgedessen die Steuer wenn überhaupt dann nur zum Teil⁴⁶. Da sich die „gehorsamen“ Stände weigerten, die dadurch bedingten Ausfälle zu übernehmen⁴⁷, und sich die immer wieder geforderte und ebensooft versprochene Matrikelmoderation äußerst schwierig gestaltete und bis 1545 hinausgeschoben wurde⁴⁸, kam es dazu, daß realer und nominaler Ertrag einer jeden Matrikel erheblich

⁴⁵ Vgl. dazu NS II S. 133 Art. 6; S. 147 Art. 4; S. 437 Art. 48; S. 498 Art. 7; S. 536/537 Art. 50 ff.; S. 607–609; RTA JR II Nr. 54 S. 420 f.; RTA JR IV Nr. 127 S. 556 ff.; RTA JR VII Beilage Nr. 9 S. 986 Nr. 168 A u. B S. 1356–1364; *Harpprecht* III S. 176–198, 229 ff.; *Schulze*, Erträge der Reichssteuern 177 ff.; *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 200, 249; *H. Rabe*, Reichsbund und Interim. Die Verfassungs- und Religionspolitik Karls V. und der Reichstag von Augsburg 1547/48 (1971) 332 f.; im folgenden zitiert: *Rabe*, Reichsbund und Interim.

⁴⁶ Vgl. dazu RTA JR II Nr. 55 S. 421–424; RTA IV Nr. 256 S. 764 f.; RTA JR VII S. 751; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, Bd. 5 (1550–1555), hg. von *I. Bernays* und *W. Friedensburg* (Urkunden und Akten der Stadt Straßburg, 2. Abteilung) (1928) Nr. 88 S. 139–140; im folgenden zitiert: Politische Correspondenz der Stadt Straßburg V; *Klüpfel* II 239, 244 ff.; *Westermann*, Türkenhilfe 187; *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 197. Den Ständen, die sich wegen der Höhe der Quoten beschwerten, wurde wiederholt zugesichert, sie bräuchten in Zukunft keinen Beitrag mehr zu zahlen, ehe nicht ihren Beschwerden abgeholfen sei, so daß auch von daher die Endsumme der Matrikel unklar blieb. Vgl. RTA JR III Nr. 117 S. 742 f.; Nr. 231 S. 902; NS II S. 278 Art. 25; NS II S. 328 Art. 138; *Müller*, Reichsmatrikelwesen 116 ff.

⁴⁷ Vgl. z.B. RTA JR II Nr. 150 S. 402 f.

⁴⁸ Trotz der wiederholten Versprechen und Versuche einer Moderation (Vgl. RTA JR III Nr. 117 S. 742 f.; Nr. 231 S. 902; NS II S. 276 Art. 25; S. 328 Art. 138; S. 410 Art. 5, 6; S. 437 Art. 44; S. 440 Art. 70, 71; S. 465 Art. 130; S. 485 Art. 16; S. 498 f. Art. 14 ff.; *Teileben* 182 ff.; *H. Wolfram* und *C. Thomas* (Hg.), Die Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 3: Familienkorrespondenz 1531 und 1532 (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 58) (1973) Nr. 484; im folgenden zitiert: *Wolfram-Thomas*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 3; *A. Laufs*, Der Schwäbische Kreis. Studien über Einungswesen und Reichsverfassung im deutschen Südwesten zu Beginn der Neuzeit (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte NF 16, Aalen 1971) 166 f.; im folgenden zitiert: *Laufs*, Schwäbischer Kreis; *Müller*, Reichsmatrikelwesen 116 ff.) gestaltete sich diese aus mehreren Gründen äußerst schwierig. Es gab einen breiten Widerstand gegen eine Senkung der Lasten der Städte, das Problem der „ausgezogenen“ Stände hätte gelöst werden müssen, ein gerechter Ausgleich hätte die Offenlegung der jeweiligen Vermögen zur Voraussetzung gehabt, was niemand wollte, und der Leitgedanke, die Moderation so zu gestalten, daß sich der Endbetrag nicht verändere, hätte zur Folge gehabt, daß viele Stände mit einer Erhöhung ihrer Quote hätten rechnen müssen. Vgl. RTA JR VII S. 751, 755; Beilage Nr. 81 S. 1097; Beilage Nr. 106 S. 1151; Beilage Nr. 168 C S. 1365; NS II S. 360 T. VI Art. 1; S. 440 Art. 71, 72, 74; S. 440 Art. 74; S. 486 Art. 17, 18; S. 498 Art. 12; S. 535 Art. 44 ff.; S. 541 Art. 77 ff.;

voneinander differierten und daß über dem tatsächlichen Endergebnis ein großer Unsicherheitsfaktor lag⁴⁹. Eine saubere Kalkulation von Einnahmen und Ausgaben, unerläßliche Voraussetzung eines jeden geordneten Finanzwesens, wurde so nahezu unmöglich gemacht.

Außerdem wurde es in zunehmendem Maße ungewiß, ob die Matrikel auf Dauer das geeignete Mittel sei, um den steigenden Geldbedarf zu decken, ob nicht die Finanzkraft der einzelnen Stände zwangsläufig an ihre Grenze stoßen müsse und dadurch das ganze System in Frage gestellt werden würde. Der Ausweg, der beschritten wurde, nämlich den Ständen von Reichs wegen die rechtliche Handhabe zu geben, die Matrikelbeiträge auf die Untertanen umzulegen⁵⁰, kostete einen hohen Preis, insofern er zum Nachteil des Reiches dazu beitrug, die landesherrliche Gewalt zu stärken. Man wird also zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Geldmatrikel ein wenig geeignetes Mittel war, um das Finanzwesen des Reiches im steuer- und finanzstaatlichen Sinn weiter zu entwickeln.

Westermann, Türkenhilfe 75 ff.; *Müller*, Reichsmatrikelwesen 116 ff., 136 der Ertrag verringerte sich durch die Moderation im Jahr 1545 auf 94038 fl.; *Ders.*, Steuer- und Finanzwesen 659 f. Vgl. auch *Schulze*, Erträge der Reichssteuern 177; *Rabe*, Reichsbund und Interim 336, 339.

⁴⁹ 1529 legte der Fiskal eine Liste von 80 Ständen vor, die sich geweigert hatten, überhaupt etwas zu zahlen. Sie schuldeten 70000 fl. Eine weitere Liste des Fiskals verzeichnet 27 Stände, die wegen der Höhe der Quoten protestiert hatten. Vgl. *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 198 f.; *J. H. Harpprecht*, Staats-Archiv des kaysrl. und des H. Röm. Reichs Cammer-Gerichts oder Sammlung von gedruckten und mehrentheils ungedruckten actis publicis, Archival-Urkunden, kaysrl. Rescripten, Verordnungen, Praesentationis- und Visitationis-Handlungen etc., Bd. 6 (1768) 264–268; im folgenden zitiert: *Harpprecht* VI. 1530 belief sich der voraussichtliche Fehlbetrag auf ein Sechstel. Vgl. *Steglich*, Reichstürkenhilfe 12. Zu den Einschätzungen von 1532 vgl. *Westermann*, Türkenhilfe 185, 201 f. 1545 ermittelte ein Reichstagsausschuß allein wegen den Exemptionen einen Fehlbetrag von einem Viertel. Vgl. *Rabe*, Reichsbund und Interim 333–335, 342–345, 347–348; *Müller*, Steuer- und Finanzwesen 657, 659 f. Um den Fehlbetrag so gering wie möglich zu halten, schlug man die Steuer entsprechend höher an. Vgl. RTA JR III S. 114; Vgl. auch RTA JR IV Nr. 63 S. 370; Nr. 65 S. 377; RTA JR VII S. 846.

⁵⁰ Die Matrikel war ursprünglich aus dem fürstlichen Kammergut zu bezahlen. Eine Beteiligung der Landstände war nur in Ausnahmefällen möglich. Vgl. RTA JR II Nr. 45 S. 393 f.; RTA JR III Nr. 127 S. 782; Nr. 138 S. 790; RTA JR IV Nr. 2 S. 12: „Wo es aber ain hilf wer, di E.L. und uns ausserhalbten unser undertanen zu tragen geburte“; Nr. 3 S. 16; *F. Gess* (Hg.), Akten und Briefe zur Kirchenpolitik Herzog Georgs von Sachsen, Bd. 1 (1905) Nr. 358 S. 337 f.; Nr. 360 S. 339: „ich habe noch keinen fursten gehord, dem seyn leute was zum Turckenzuge gegeben“; Nr. 518, 561 Art. 3; im folgenden zitiert: *Gess*, Akten und Briefe I. Als Beispiel dafür, wie die Hilfe aufgebracht wurde vgl. *F. Dorner*, Die Steuern Nördlingens zum Ausgang des Mittelalters (1905) 90 ff. Maximilian I. beabsichtigte bereits 1510, den Ständen das Subkollektationsrecht einzuräumen. Vgl. *Harpprecht* III 244 ff. In den Jahren 1530, 1543, 1544, 1548 und 1551 wurde den Ständen dieses Recht per Reichstagsbeschluß gewährt. Vgl. NS II S. 324 Art. 118; S. 487 Art. 24; S. 498 Art. 10, 11; S. 544 Art. 95; S. 614 Art. 25. Vgl. allgemein *Isenmann*, Reichsfinanzen 210; *Schulze*, Reichstage und Reichssteuern 50; *G. Knetsch*, Die landständische Verfassung und reichsritterschaftliche Bewegung im Kurstaate Trier vornehmlich im XVI. Jahrhundert (Historische Studien LXXV) (1909) 79 f., 92; im folgenden zitiert: *Knetsch*, Landständische Verfassung; *K. H. Kirchhoff*, Die landständischen Schatzungen des Stifts Münster im 16. Jahrhundert, in: Westfälische Forschungen 14 (1961) 118 f.; im folgenden zitiert: *Kirchhoff*, Landständische Schatzungen.

2. Gemeiner Pfennig

Gegenüber der Matrikel hielten Kaiser wie Stände den Gemeinen Pfennig für die leistungsfähigere und ertragreichere Steuerform. Man glaubte, in ihm das geeignete Mittel zur Finanzierung von „großen“ Reichshilfen gefunden zu haben, für Unternehmungen also, die es erforderlich machten, Heere von ca. 40 000 Mann über einen Zeitraum von Jahren hinweg zu unterhalten. 1495 ging man beispielsweise davon aus, daß der Gemeine Pfennig in den nächsten vier Jahren pro Jahr an die 2 Millionen fl. erbringen würde, und 1542/44 rechnete man mit einem jährlichen Ertrag von 3 Millionen. Es standen also weit höhere Summen als bei der Matrikel zur Debatte⁵¹. Zusätzlich zu dieser angenommenen größeren Effizienz stand der Gemeine Pfennig im Ansehen, im Vergleich zur Matrikel die weitaus gleichmäßigere und damit gerechtere Steuerform zu sein. Zu diesem Ergebnis kam bereits eine Steuerkommission im Jahr 1474, und auch alle mit der Matrikel Unzufriedenen erhofften sich von ihm im Laufe der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts in zunehmendem Maße eine gerechtere steuerliche Behandlung⁵². Man könnte also annehmen, mit dem Gemeinen Pfennig sei die in jeder Hinsicht ideale Steuerart gefunden gewesen.

Die Geschichte zeigt uns aber, daß dem offenbar nicht so war, denn sonst wäre es unverständlich, daß in der behandelten Zeit lediglich in den Jahren 1495, 1542 und 1544 der Versuch unternommen worden ist, den Gemeinen Pfennig auch tatsächlich einzusammeln⁵³. Die Gründe dafür sind vielfältiger Art. Zunächst gestaltete sich

⁵¹ Vgl. RTA MR V Nr. 1881 S. 1789, 1799; RTA JR III Nr. 72 S. 375; Nr. 35 S. 191 ff.; NS II S. 322 Art. 101; S. 500 Art. 26. Zur Leistungsfähigkeit der Matrikel vgl. Anm. 38. Seit 1522 stand der Gemeine Pfennig als Finanzierungsmittel für eine große Türkenhilfe zur Debatte. Der Plan, durch einen Gemeinen Pfennig Reichskammergericht und Reichsregiment zu unterhalten, wurde bereits 1521 wieder aufgegeben. Vgl. RTA JR II Nr. 222 S. 909; RTA JR III S. 143–145; *Planitz* 163; *Teiche*, Reichssteuerbestrebungen 41 f. *Isenmann*, Reichsfinanzen 201 weist darauf hin, daß die Höhe der Belastung bei der Entscheidung zwischen Matrikel und Gemeinem Pfennig eine gewichtige Rolle spielte.

⁵² Vgl. NS I Nr. LVIIa Art. 5 S. 254; NS II S. 138 Art. 1, 2; S. 170 Art. 4; S. 500 Art. 26; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, Bd. 4,1 hg. von *H. Gerber* (Urkunden und Akten der Stadt Straßburg, 2. Abteilung) (1931) Nr. 8 S. 7–9; Nr. 62 S. 81 f.; Nr. 63 S. 87; Nr. 425 S. 448 f.; Nr. 449 S. 475 f.; im folgenden zitiert: Politische Correspondenz der Stadt Straßburg IV,1. Vor allem die Städte plädierten seit den zwanziger Jahren des 16. Jahrhunderts immer entschiedener für den Gemeinen Pfennig. Er galt als geeignetes Mittel, um „gleichmessiger,träglicher und leidlicher anschlag und uflag“ zu erreichen. Vgl. RTA JR IV Nr. 97 S. 459 f. Nürnberg wies 1529 seine Gesandten in Speyer an, „das sie sovil möglich der turkenhilf halb den gemainen pfenning wollen furdern und die andern beschwerlichen anschlege helfen abstellen“. Vgl. RTA JR VII S. 682; Vgl. auch *Klüpfel* II S. 244 f.; *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 373 Art. 2; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg im Zeitalter der Reformation, Bd. 3 (1540–1545), hg. von *O. Winckelmann* (Urkunden und Akten der Stadt Straßburg, 2. Abteilung) (1898) 221 f.; im folgenden zitiert: Politische Correspondenz der Stadt Straßburg III.

⁵³ Ein Gemeiner Pfennig wurde außerdem 1512, 1518, 1548, 1551 bewilligt, doch unterblieb die Einsammlung weitgehend. Vgl. NS II S. 138 ff., 170, 464 ff., 500 ff., 626 Art. 102; S. 626 Art. 103, 104; S. 637–641. Vgl. auch Politische Correspondenz der Stadt Straßburg IV,2 Nr. 781 S. 984 f.; Nr. 787 S. 994 f.; Nr. 788 S. 996 f.; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg V Nr. 71 Anm. 3 S. 107 f.; Nr. 73 S. 112 f.; Nr. 164 S. 230; Nr. 201 S. 283; Nr. 339 S. 437 f.

durch das allgemeine Erstarken der Landstände das Bewilligungsverfahren kompliziert und langwierig. Da die meisten Landstände eine direkte Besteuerung der Untertanen auch im Falle von Reichssteuern von ihrer Zustimmung abhängig machten, wurde es notwendig, zunächst einen Entwurf auszuarbeiten, der den Landständen zur Begutachtung vorzulegen war. Erst danach konnte auf den Reichstagen darüber weiter entschieden werden. Das bedeutete, daß *ein* Reichstag zur Bewilligung nicht ausreichte und daß wegen der zeitraubenden Bewilligungsprozedur der Anwendbarkeit des Gemeinen Pfennigs Grenzen gesetzt waren⁵⁴.

Was die Effizienz betrifft, so ist festzuhalten, daß über die Steuerendsumme die allergrößte Unsicherheit herrschte und daß es deshalb bis zuletzt fraglich blieb, ob der angestrebte Zweck der Besteuerung überhaupt zu realisieren sein würde. Es fehlten nämlich so gut wie alle Voraussetzungen, um zu gesicherten Vorausberechnungen zu kommen. Es war kein statistisches Material vorhanden, das es auch nur in einem annähernd zuverlässigen Maße ermöglicht hätte, die unerläßlichen Kenntnisse über die Zahl der Steuerpflichtigen und über die zur Disposition stehenden Steuerobjekte zu gewinnen⁵⁵. So wurde jede Festlegung des Steuerfußes und der Steuerbemessungs-

⁵⁴ Beim Gemeinen Pfennig von 1495 stellte sich die Frage der Zustimmung der Landstände erst beim Versuch, die Steuer einzusammeln. Vgl. z. B. zu Bayern *F. von Krenner*, Baierische Landtags-Handlungen in den Jahren 1429 bis 1513, Bd. 9 (1804) 350, 359–367, 385–400, 408, 452–462 (zu 1500); Bd. 12 (1804) 417 ff. Im ernestinischen Sachsen wurde 1495 die Einsammlung ohne vorherige Beratung mit den Landständen angeordnet. 1500 versuchte man dies wieder, stieß dabei aber auf den Widerstand der Landstände. Vgl. *E. Müller*, Türkensteuer und Landsteuer im ernestinischen Sachsen von 1485 bis 1572 (Phil. Diss. Masch. Jena 1951) 9 f., 13 f. Der 1. Nürnberger Reichstag von 1522 forderte alle Stände auf, „sich mit iren landschaften und underthanen obgemelter hilf halber underreden und berathschlagen, damit auf demselben reichstag on lenger aufhalten in der beschwerlichen sachen furderlich und endlich beschlossen und notwendige hilf wider den Turken furgenommen, auch sonst zu des reichs notdurft und wolfart gehandelt werden müge“. RTA JR III Nr. 35 S. 195 f.; Nr. 45 S. 393; Nr. 117 S. 753. Kurfürst Friedrich von Sachsen erklärte, „das wir an derselben (= Landschaft) wissen in dem nach zur zeit nichts willigen konten, sondern musten solchs vorhin an sie gelangen und mit inen davon handeln lassen“. RTA JR IV Nr. 2 S. 12; Nr. 17 S. 46; Nr. 149 S. 608; Nr. 152 S. 618 f. Vgl. auch *Kirchhoff*, Landständische Schatzungen 119; *V. Press*, Steuern, Kredit und Repräsentation. Zum Problem der Ständebildung ohne Adel, in: Zeitschrift für Historische Forschung 2 (1975) 61 f.

⁵⁵ 1486 hielt Friedrich III. zur Finanzierung eines Heeres von 34 000 Mann eine allgemeine Vermögenssteuer von 0,4% für erforderlich. Die Kurfürsten und Fürsten hingegen glaubten, ein Steuersatz von 0,1% bis 0,2% sei ausreichend. Vgl. *Isenmann*, Reichsfinanzen 186 Anm. 506. Markgraf Georg von Brandenburg war der Auffassung, der in der Eßlinger Notel von 1526 vorge-sehene Steuersatz von 0,1% für 500 fl. müsse verdoppelt oder verdreifacht und die Steuer für das Dienstgeld beträchtlich angehoben werden. Die Städte dagegen hielten die Eßlinger Notel für untragbar. Vgl. Deutsche Reichstagsakten unter Kaiser Karl V., Bd. 8, 2 Teile, bearbeitet von *W. Steglich* (1970–1971) 1012 f., 1068; im folgenden zitiert: RTA JR VIII. Vgl. auch *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 373 Art. 2; *K. Lang*, Historische Entwicklung der deutschen Steuerverfassungen seit den Karolingern bis auf unsere Zeiten (1793) 191; im folgenden zitiert: *Lang*, Steuerverfassungen; *K. Köhle*, Landesherr und Landstände in der Oberpfalz von 1400–1583. Sozialstruktur und politische Repräsentanz eines frühneuzeitlichen Territoriums (Miscellanea Bavarica Monacensia 16) (1969) 66 zeigt am Beispiel der Oberpfalz, wie sehr angenommene und tatsächliche Bevölkerungszahlen differieren konnten. Im folgenden zitiert: *Köhle*, Landesherr und Landstände.

grundlage ein Versuch, der mehr von der Hoffnung auf den Erfolg als von der Gewißheit darum geleitet wurde. Letztlich mußte erst die Einsammlung selbst darüber entscheiden, ob es genüge, wie 1495 lediglich Vermögen von 500 fl. bis 1000 fl. mit einem Steuersatz von 0,1% und ca. 90% der Bevölkerung mit einer Kopfsteuer von $\frac{1}{24}$ fl. zu belegen, oder ob es wie 1542 für erforderlich gehalten werden mochte, die Vermögen von 20 fl. an aufwärts mit 0,5% Vermögensteuer zu erfassen und die Einkommen mit 10% zu belasten. Trotz dieser grundverschiedenen Anschläge war das Ergebnis in beiden Fällen das gleiche: das tatsächliche Ergebnis reichte nicht aus, um die beabsichtigten Aufgaben zu erfüllen⁵⁶. Hinzu kommt noch, was ebenfalls die Effizienz stark beeinträchtigte, daß es wegen der fehlenden Finanzorganisation des Reiches lange dauerte, bis die Einsammlung überhaupt einmal anlief, die Erträge eingingen und vor allem auch abgeliefert wurden⁵⁷.

Nicht weniger schwierig gestaltete sich die Verwirklichung des Postulats der Steuergerechtigkeit. 1495 ließ man sich von der Idee leiten, alle ohne Ausnahme, seien sie arm oder reich, Mann oder Frau, Geistliche oder Weltliche, in gleicher Weise zur Steuer heranzuziehen⁵⁸. In der Praxis freilich sah es dann so aus, daß die oberste Grenze der zu versteuernden Vermögen bei 1000 fl. lag und damit gerade die großen Vermögen geschont wurden, was der Wormser Ordnung den berechtigten Vorwurf einbrachte, „das die vermöglichen und unvermöglichen vast mit gleicher burde beschwert werden“⁵⁹. Für die von 1522 bis 1542 dauernden Verhandlungen über eine

⁵⁶ Vgl. RTA MR V Nr. 448; NS II S. 464 ff., 495. Die Ermittlung der tatsächlich eingebrachten Summe des Gemeinen Pfennigs von 1495 ist äußerst schwierig, da Gelder unter Umgehung der Schatzmeister direkt an König Maximilian I. gezahlt wurden, der Ertrag aus Jülich-Kleve Maximilian überlassen wurde und die Steuer des Herzogtums Sachsen Herzog Albrecht als Entschädigung für seine Reichsdienste zugesprochen wurde. Auch die Beträge aus der Eilenden Hilfe, die als Vorschuß auf den Gemeinen Pfennig gedacht war, müssen mit berücksichtigt werden. Nach eigenen Angaben hatte Maximilian aus den Erblanden – ohne Vorlande – 27 000 fl. erhalten. Bei den Reichsschatzmeistern waren etwas über 41 000 fl. eingegangen. J. Gröblacher, König Maximilian I., das Reich, Europa und die Erbländer im Jahr 1498 (Phil. Diss. Masch. Graz 1969) 46 f. und H. Wiesflecker, Kaiser Maximilian I. Das Reich, Österreich und Europa an der Wende zur Neuzeit, Bd. 2 (1975) 311 schätzen die Endsumme auf 100 000 fl.; im folgenden zitiert: Wiesflecker II. Zu den Versuchen, die unternommen wurden, das Problem zu bewältigen vgl. RTA JR III Nr. 35 S. 191 ff.; RTA JR IV Nr. 92 S. 445 ff., 459; RTA JR VII S. 687; NS II S. 138 ff., 170, 463 ff., 476, 550 ff.; Bauer, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1 Nr. 65 Art. 12; Brandenburg, Politische Korrespondenz I Nr. 286 Art. 4; Nr. 290 Art. 2; A. Neukirch, Der niedersächsische Kreis und die Kreisverfassung bis 1542 (Quellen und Darstellungen aus der Geschichte des Reformationsjahrhunderts 10) (1909) Beilage 1 S. 197–214; Steglich, Reichstürkenhilfe 51.

⁵⁷ Vgl. RTA JR IV Nr. 34 S. 294; RTA JR VIII, 2 S. 1013; NS II S. 536 Art. 47; S. 545 f. Art. 103; Brandenburg, Politische Korrespondenz I Nr. 293 Art. 3; Nr. 294, 299, 300 Art. 1, 375, 379 Art. 6; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg IV, 1 Nr. 8 S. 7 f.; Knetsch, Landständische Verfassung 77 ff.; Steglich, Reichstürkenhilfe 53; Lang, Steuerverfassungen 191; E. A. Richter, Der Reichstag zu Nürnberg 1524 (Phil. Diss. Leipzig 1888) 113; im folgenden zitiert: Richter, Reichstag zu Nürnberg. Knetsch, Landständische Verfassung 78 und Krüger, Finanzstaat Hessen 287 zeigen auf, daß der Gemeine Pfennig 1542 und 1544 zwar eingesammelt, aber nicht oder nur zum Teil ans Reich abgeführt wurde.

⁵⁸ Vgl. RTA MR V Nr. 448.

⁵⁹ RTA JR III Nr. 35 S. 191.

neue Pfennigordnung wurde, um die Fehler von 1495 und 1512 zu umgehen, als Leitmotiv ausgegeben, daß die Steuer „nach gelegenheit aines jeden stands, wesens, handtierung und vermögens auf das gleichmessigist, leidlichist und unbeschwerlichist geschehen kunt und möcht“, denn es „auch an im selbst nit treglich, zimlich und billich ist, das in sollichem zwischen dem armen und reichen nit notdurftig underschaid solt gehalten werden“⁶⁰. Das unmittelbare Ergebnis dieses Vorsatzes war zunächst, daß man zwar zu proportionalen Einkommen- und Vermögensteuersätzen kam, sie aber nach politischen und sozialen Ständen und Berufen abstufte und dabei in herkömmlicher Weise den Klerus, die Kaufleute und alle Handeltreibenden erheblich stärker als alle anderen belastete. Die Tatsache, daß ein Kaufmann zunächst zehnmal so hoch wie ein Kurfürst und ein einfacher Geistlicher doppelt so hoch wie ein Erzbischof besteuert werden sollte, mußte den stürmischen Protest der Städte und des niederen Klerus geradezu herausfordern, eine Realisierung der Steuer lange Zeit verhindern und Anlaß zu langwierigen Verhandlungen geben, bis eine Einigung erreicht werden konnte⁶¹. Letztlich sahen sich so alle Gemeinen Pfennigprojekte vor die kaum zu lösende Schwierigkeit gestellt, sowohl auf das Leistungsvermögen und das Gerechtigkeitsempfinden des einzelnen als auch auf die ständisch gegliederte Gesellschaftsordnung Rücksicht nehmen zu müssen, die sich mit einer unterschiedslosen Besteuerung aller nicht oder nur schlecht vertrug⁶².

Diese Probleme bewirkten, daß es zu keiner Normierung oder Standardisierung in den Bereichen Bemessungsgrundlage, Steuerfuß und Steuerpflichtige kam, so daß jedesmal die Beratungen darüber aufs neue beginnen und neue Wege beschritten werden mußten. Aus alledem wird deutlich, daß es bereits in den steuertechnischen Dingen, in der Frage, wie und auf welche Weise eine effiziente, gleiche und gerechte Besteuerung bewerkstelligt werden könne, Schwierigkeiten genug gab, die der Verwirklichung der Idee einer allgemeinen Reichssteuer in Form des Gemeinen Pfennigs im Wege standen.

Zu diesen steuertechnischen Hindernissen kamen noch politische und verfassungsrechtliche Probleme hinzu. Im Unterschied zur Matrikel, die den einzelnen Reichsständen auferlegt wurde, war der Gemeine Pfennig eine zentrale Reichssteuer, die im

⁶⁰ RTA JR III Nr. 35 S. 191.

⁶¹ Vgl. RTA JR III S. 188 ff.; Nr. 71 S. 367 f.; Nr. 85 S. 456 ff.; Nr. 86 I u. II S. 475; Nr. 88 S. 478–481; Nr. 96 S. 531 f.; RTA JR IV Nr. 442; RTA JR VII S. 682, 687, Beilage Nr. 7 S. 982–984; *Teicke*, Reichsteuerbestrebungen 46–54; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 30 ff., 34 ff.; *Isemann*, Reichsfinanzen 173 Anm. 468; *Schulze*, Reichstage und Reichssteuern 53.

⁶² 1512 waren die Fürsten von der Steuerpflicht ausgenommen. Für den Klerus wurde eine Einkommensteuer eingeführt, und die Vermögensteuer der Weltlichen wurde in eine Vielzahl von Steuerklassen, bei 50 fl. beginnend und bis 40 000 fl. reichend, aufgeteilt. Vgl. NS II S. 138 ff. Moritz von Sachsen hielt den Gemeinen Pfennig von 1542 der fürstlichen Stellung für abträglich. Vgl. *E. Brandenburg* (Hg.), Politische Korrespondenz des Herzogs und Kurfürsten Moritz von Sachsen, Bd. 2 (1904) Nr. 588; 649, 680 Art. 1; im folgenden zitiert: *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II. Vgl. auch *Schulze*, Reichstage und Reichssteuern 46 ff.; *K. Blaschke*, Frühkapitalismus und Verfassungsgeschichte, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig 14 (1965), Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe 3, 438 f; im folgenden zitiert: *Blaschke*, Frühkapitalismus und Verfassungsgeschichte.

Namen des Reiches als Quotitätssteuer an den Ständen vorbei *direkt* von den Untertanen eingefordert wurde. Der Gemeine Pfennig war somit von höchster politischer und verfassungsrechtlicher Brisanz und forderte zur politischen Auseinandersetzung geradezu heraus. Am leidenschaftlichsten leistete die Reichsritterschaft Widerstand, denn abgesehen davon, daß jede Kriegssteuer dem Rittertum die ideelle Grundlage raubte, gefährdete der Gemeine Pfennig zusätzlich ihre politische Unabhängigkeit in höchstem Maße. Hätten sie, wie in manchen Pfennigordnungen bzw. -projekten vorgesehen, die Besteuerung ihrer Untertanen durch die umliegenden Landesherren zugelassen oder auch nur ihren Ertrag an die landesherrliche Sammelstelle abgeliefert, dann hätte dies die Unterwerfung unter die Landesherrschaft bedeutet, denn die Steuererhebung war ein herrschaftliches Hoheitsrecht. So blieb den Rittern zunächst nur die Steuerverweigerung als Ausweg, und die Auseinandersetzungen um den Gemeinen Pfennig gaben den Impuls zur Ausbildung der ritterschaftlichen Organisationen⁶³.

Weit hinderlicher als die Opposition der Reichsritter war für die Verwirklichung des Gemeinen Pfennigs der Widerstand von seiten eines großen Teiles der Städte und Fürsten. Beide Gruppen trugen gemeinsam das Bedenken, durch eine allgemeine Besteuerung ihrer Untertanen käme ihre tatsächliche finanzielle Leistungskraft an den Tag. Darin sahen sie das Risiko einer noch stärkeren Besteuerung bei künftigen Anschlägen, und die Städte befürchteten zusätzlich eine wachsende Begehrlichkeit seitens der Fürsten⁶⁴.

Eine weit tiefere Ursache hatte der Widerstand, mit dem die meisten Fürsten dem Gemeinen Pfennig begegneten. Er war Ausdruck der Sorge, daß diese zentrale Reichsteuer die allergrößte Gefährdung für ihre Landeshoheit und ihre politische und rechtliche Stellung im Gefüge des Reiches bedeuten könnte. Sie sahen die Gefahr, daß ihnen jegliche Mitbestimmung und Kontrolle über die Verwendung der Gelder entgleiten könnte, wenn diese erst einmal ans Reich abgeführt seien. Es gäbe für sie dann keinerlei Gewähr dafür, daß der Kaiser diese Gelder nicht zur Stärkung seiner eigenen Position verwenden oder gar gegen sie selbst einsetzen könnte⁶⁵. Außerdem befürchteten sie, weil der Gemeine Pfennig von Reichs wegen eingehoben werde, könne im Volk in gefährlicher Weise die Neigung wachsen, lieber dem Kaiser als dem zuständigen Landesherrn Steuern und Abgaben zu zahlen. Auch könnten die Reichslasten so hoch werden, daß es den Untertanen unmöglich werde, ihre landesherrlichen

⁶³ Vgl. RTA MR V Nr. 1700–1715; RTA JR II Nr. 57 S. 446; *Knetsch*, Landständische Verfassung 75, 90. Aus der Fülle der Literatur zur Reichsritterschaft seien hier nur genannt *Press*, Reichsritterschaft; *R. Endres*, Die Reichsritterschaft, in: *M. Spindler* (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 3,1 (1971) 382; *G. F. Böhn*, Inventar des Archivs der Niederrheinischen Reichsritterschaft (Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz 11) (1971).

⁶⁴ Vgl. RTA JR VII Beilage Nr. 7 S. 982–984; *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II Nr. 644, 649, 675 Art. 3; *G. Mentz*, Johann Friedrich der Großmütige, Bd. 2 (1908) 317; im folgenden zitiert: *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 2.

⁶⁵ Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II Nr. 664 Art. 2; Nr. 680 Art. 1; Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg I Nr. 718 S. 440; *Bauer*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1 Nr. 65 Art. 12.

Abgaben zu entrichten. Das laufe auf eine erhebliche Schwächung oder gar das Ende jeder Landesherrschaft hinaus und bedeute in letzter Konsequenz, daß sich die Fürsten selbst „dienstbar und eigen“ machen müßten. All diese Bedenken faßte Moritz von Sachsen in dem warnenden Ausruf zusammen: „Aber Ihr fursten möget zusehen, bringet man Euch das seil um die hornen, so wird man Euch fuhren, wo man hin will“⁶⁶.

Für die Verwirklichung des Gemeinen Pfennigs bedeutete dies, daß es gegen ihn einen grundsätzlichen, politisch motivierten und verfassungsrechtlich begründeten Widerwillen gab und daß es jeweils langer Verhandlungen bedurfte, bis Lösungen gefunden wurden, die die Bedenken aus dem Weg räumten. Gelang das nicht, dann war die Einsammlung von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Es waren also steuertechnische, vor allem aber politische Gründe, die dazu führten, daß sich der Gemeine Pfennig, der als zentrale Reichssteuer in Form einer Quotitätssteuer zur Begründung eines durchaus in die Zukunft weisenden Reichssteuersystems wie geschaffen gewesen wäre, nicht durchsetzen und behaupten konnte.

3. Mängel des Steuer- und Finanzsystems

Zu den spezifischen Mängeln von Matrikel und Gemeinem Pfennig kommen noch die Unzulänglichkeiten des bestehenden Steuer- bzw. Finanzsystems hinzu, die eine Entwicklung in Richtung auf einen Finanz- und Steuerstaat kaum in Gang kommen ließen.

a) Bewilligung und Verwendung

Es ist grundsätzlich davon auszugehen, daß es sich bei den bekannten Reichssteuern im behandelten Zeitraum um *außerordentliche* Steuern handelte, die von den

⁶⁶ Vgl. die Bedenken, die Moritz von Sachsen gegen den Gemeinen Pfennig vorbrachte. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 373 Art. 2 und II Nr. 588, 644, 649, 666; *Knetsch*, Landständische Verfassung 76. Daß es den Fürsten, die gegen den Gemeinen Pfennig waren, in erster Linie um politische Belange ging und daß ihre ablehnende Haltung nicht in erster Linie dadurch bestimmt war, daß sie eine zu hohe Veranlagung befürchteten, zeigt das Beispiel des Herzogs Moritz von Sachsen, der 20000 fl. als Ersatz für den Gemeinen Pfennig anbot. Diese Summe hätte mit Sicherheit den Ertrag des Gemeinen Pfennigs aus seinem Territorium um ein Mehrfaches übertroffen. Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II Nr. 588, 597, 633, 654. Vgl. auch RTA JR II Nr. 51 S. 404f.; RTA JR IV Nr. 94 S. 453; *P. Blickle*, Gemeiner Pfennig und Obrigkeit (1495), in: Vierteljahrsschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 63 (1976) 181f.; im folgenden zitiert: *P. Blickle*, Gemeiner Pfennig und Obrigkeit. Im Falle Sachsens kam noch die Sorge hinzu, durch den Gemeinen Pfennig werde der Streit um die Reichsstandschaft der Bischöfe und einiger Grafen neu entfacht, da diese die Gelegenheit ergreifen könnten und die Steuer zum Beweis ihrer Reichsunmittelbarkeit direkt ans Reich abführen würden. Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II Nr. 633. Zu den Parteiungen unter den Fürsten wegen des Gemeinen Pfennigs von 1542/44 vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I S. 334 und II Nr. 591; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg III S. 229.

Ständen *freiwillig* gewährt wurden⁶⁷. Die Freiwilligkeit der Steuer hatte weitreichende Auswirkungen auf das gesamte Steuer- und Finanzwesen. In rechtlicher Hinsicht äußerte sie sich darin, daß die Steuerbewilligungen mitunter den Charakter von förmlichen Verträgen zwischen Kaiser und Ständen hatten und daß sie fast immer mit kaiserlichen Schadloserklärungen einhergingen⁶⁸. Die Folge davon war, daß die Reichstagsbeschlüsse in Sachen Reichssteuern trotz der Bestrebungen, dies zu ändern, in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts nur von denjenigen als verbindlich angesehen wurden, die ihnen zugestimmt hatten. So blieb die Frage bestehen, wie sich die Abwesenden verhalten würden oder wie mit denen verfahren werden sollte, die sich gegen die Beschlüsse ausgesprochen hatten⁶⁹. Das bedeutet letztlich, daß es damals eine Steuerpflicht nicht einmal in Ansätzen gegeben hat, daß das Reich insofern von einem Steuerstaat weit entfernt war.

Die Freiwilligkeit der Leistung verlangte auch nach einer zureichenden Begründung, welche die Steuerforderung zu rechtfertigen hatte. Es mußte jedesmal ein besonderer Grund vorliegen, der von seiten des Kaisers als Anlaß für eine Steuerforderung genutzt werden konnte. In der Praxis bedeutete das, daß auf den Reichstagen grundsätzlich *erst* über die Berechtigung der Steuerforderung befunden wurde, bevor man sich mit der Steuer selbst näher befaßte⁷⁰.

⁶⁷ Die Freiwilligkeit der Leistung wird bei jeder Steuerbewilligung eigens hervorgehoben. „Haben Vnns die gedachten Stennde aus freiem guten Willen, und Vnns zu unterthenigen Gefallen, auf Vnnsrer genedigs Gesynnen und Begern, bewilligt und zugesagt“ NS II S. 112. „... aus gutem freyen Willen, Uns zu unterthänigem Gefallen, dem H. Reich zu gutem und damit Fried und Recht gepflantzet werde“ NS II S. 205 Art. 12. Vgl. auch NS II S. 115, 132, 533 Art. 30; *Harpprecht* VI 249; *E. Zieben*, Mittelrhein und Reich im Zeitalter der Reichsreform 1356–1504, Bd. 2 (1937) 400; Briefe und Akten zur Geschichte des Dreißigjährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher, Bd. 6: Vom Reichstag 1608 bis zur Gründung der Liga, bearbeitet von *F. Stieve* (1895) 115.

⁶⁸ Z. B. 1495 vgl. RTA MR V Nr. 448, 450. Vgl. auch RTA JR IV Nr. 92 S. 449; NS II S. 62 Art. 49; S. 464 Art. 127; S. 508 Art. 69.

⁶⁹ 1495 versuchte man, durch nachträgliche Einzelverhandlungen und durch schriftliche Verpflichtung die Zustimmung der Abwesenden zu erwirken. Vgl. RTA MR V Nr. 468, Nr. 1593 Art. 24–46, Nr. 1700–1715. Es wurde mehrfach der Versuch unternommen, die Verbindlichkeit der Beschlüsse auch für die Abwesenden durchzusetzen, was zweifellos ein kleiner Schritt in Richtung auf einen Steuerstaat bedeutet hätte, doch gelang dies nicht im gewünschten Maße. Vgl. NS II S. 137 f. Art. 7: Es wurde 1512 beim Gemeinen Pfennig festgelegt, daß die Entscheidung der Mehrheit die Minderheit und auch die Abwesenden zur Leistung der Hilfe verpflichtete. Ebenfalls beim Gemeinen Pfennig von 1542 wurde wegen der „hochwichtigen Sachen“, die keine Verzögerung gestatten, die Verbindlichkeit der Beschlüsse auch für die Abwesenden bestimmt. Vgl. NS S. 463 Art. 121. Trotzdem wurde es von seiten der Stände als eine Zumutung aufgefaßt, Beschlüsse in Steuersachen auszuführen, an deren Zustandekommen man nicht mitgewirkt hatte, und die nicht gegebene Zustimmung zu einer Steuer konnte als Grund dafür genommen werden, die Steuer nicht zu zahlen. Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II Nr. 654, 682, 716. Vgl. auch *Schumpeter*, Krise des Steuerstaates 15.

⁷⁰ Die Bekämpfung der Türken wurde als christliches Werk begründet: „... so soll sich doch in diesem Christlichen guten Werck niemand verwidern, noch Irrung oder Verhinderung zu machen unterstehen, in Bedenckung, daß allen Ständen, als Christlichen Gliedern des Heiligen Reichs, die Rettung unsers Christlichen Glaubens und Vatterlands Teutscher Nation, unvermeidlich zustehet und daß auch solches ... niemand unträglich seyn würde“. NS II S. 449 Art. 16 (Ge-

Daß die Begründung keine bloße Formsache war, wird daraus ersichtlich, daß ihr eine sehr enge Zweckbindung der Steuer entsprach. Die Zweckbindung ging so weit, daß sie nicht nur die Verwendung der Gelder für eine ganz bestimmte Sache vorschrieb, sondern sie auch in ihren Modalitäten festlegte – die Türkenhilfen der zwanziger Jahre wurden ausdrücklich nur für die Defensive genehmigt – und sie zusätzlich an enge zeitliche Fristen band. Verstrich die bewilligte Frist, ohne daß die Leistung der Hilfe erforderlich wurde, dann verfiel die Bewilligung, unterblieb die Zahlung der möglicherweise noch ausstehenden Steuer und die bereits gezahlten Gelder mußten wieder zurückgezahlt werden, was mitunter auch geschehen ist. Darüber hinaus mußte jede Abweichung vom bewilligten Zweck und der bewilligten Weise eigens neu bewilligt werden⁷¹. Es zeigt sich somit, daß die Steuern in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts immer nur *ad hoc Bewilligungen* waren, daß die Stände nicht daran dachten, dem Reich eine Steuer- oder Finanzhoheit bezüglich der Verwendung der bewilligten Mittel zu gestatten, sondern daß sie gerade das unter allen Umständen verhindern wollten. Eine Entwicklung hin zum Steuer- und Finanzstaat konnte unter diesen Umständen nicht in Gang kommen.

meiner Pfennig 1542). Vgl. auch ähnlich RTA JR VII Beilage Nr. 141 S. 1271 (1529). 1512 wurde zur Beschleunigung der Reichshilfe in den genannten Fällen eigens abweichend von der Norm festgelegt: „... sollen Wir, auch Churfürsten, Fürsten und andere Stände, an ein gelegen Mahlstatt im Reich zusammen kommen, nicht zu erkennen, ob man einige Hülff zu thun schuldig wäre, sondern allein zu rathschlagen und zu beschliessen, wie und welcher Maß die Hülff geschehen, und wie groß zu Roß und Fuß die seyn soll“. NS II S. 137 Art. 5. Der Regensburger Deputationstag von 1528 lehnte die Forderung Ferdinands nach Leistung der 1526 bewilligten Eilenden Hilfe ab, weil es im Gegensatz zu Ferdinands Behauptung keine zuverlässigen Hinweise auf einen bevorstehenden Angriff der Türken gebe. Vgl. RTA JR VII S. 316f., Beilage Nr. 61 c S. 1148, 1052. Vgl. auch *Steglich*, Reichstürkenhilfe 36. Vgl. auch *Köhle*, Landesherr und Landstände 63; *Krüger*, Finanzstaat Hessen 16; *Wachenhausen*, Staatsausgabe 15, 19, 42, 68ff., 74ff., der besonders darauf hinweist, daß Begründung und Zweckgebundenheit zu den Selbstverständlichkeiten der Steuertheorie der Zeit gehörten. Erst der absolute Staat räumte mit der Zweckgebundenheit der Steuer in der konkreten Weise auf und ersetzte sie durch die anonyme Staatsaktivität.

⁷¹ Es findet sich häufig das Versprechen des Kaisers, die „Hilf nit anders oder zu anderm Fürnehmen, denn wie oben außgetrückt ist, geprauchen sollen und wollen“. NS II 113. Die Verwendung der Romzughilfe von 1521 gegen die Türken bedurfte der ausdrücklichen Genehmigung durch den Reichstag. Vgl. RTA JR III Nr. 3 S. 43; Nr. 4 II S. 51; Nr. 5 S. 55; Nr. 7 S. 60; Nr. 33 S. 172; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 10. Als 1530 Karl V. den übriggebliebenen Rest der Romzughilfe für sich forderte, weil er die Kaiserkrone, zu deren Erlangung die Matrikel von 1521 eigentlich bestimmt war, auf eigene Kosten geholt habe, mußte der Reichstag erst seine Zustimmung dazu geben. Vgl. Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 768 S. 477. Die Türkenhilfen der zwanziger Jahre mußten, soweit sie nicht in Anspruch genommen worden waren, immer aufs neue bewilligt werden. Vgl. RTA JR IV Nr. 149 S. 606f.; NS II S. 276 Art. 12. Beispiele für die Verpflichtung zur Rückerstattung nicht benötigter Steuern: RTA JR IV S. 5; Nr. 11 S. 32; Nr. 149 S. 607; RTA III Nr. 66 S. 362; Nr. 117 S. 741; NS II S. 170 Art. 2; S. 276 Art. 13; S. 283 Art. 15; S. 414 Art. 32. Die Gelder wurden zurückverlangt und auch zurückgezahlt. Vgl. RTA JR III S. 362 Anm. 2; RTA JR VII Beilage Nr. 61 f. S. 1056; Nr. 61 g S. 1057. *Steglich*, Reichstürkenhilfe 20ff. Es war aber mitunter problematisch, einmal gezahltes Geld wieder zurückzuerhalten. Vgl. RTA JR VII S. 138, 383. Politische Correspondenz der Stadt Straßburg IV, 2 Nr. 778 S. 971–973. Es ist wohl auch davon auszugehen, daß die Stände das Geld, das sie zurückerhielten, nicht an die Untertanen weitergaben, falls es von diesen eingefordert worden war, sondern daß sie es für

b) Vollzug

Der Umstand, daß die Steuern immer erst für ein unmittelbar bevorstehendes Ereignis bewilligt wurden, führte dazu, daß es dem Reich in der Vorbereitungszeit für militärische Aktionen immer an Geld mangelte. Die Überbrückung dieser Finanzierungslücke, die die Handlungsfähigkeit des Reiches zu lähmen drohte, war stets schwierig, da wegen der Ungewißheit des Zustandekommens einer Reichssteuer niemand gerne einen Vorschuß darauf geben wollte⁷². Denn selbst wenn alle Voraussetzungen für den Vollzug der Steuer erfüllt waren, so hieß das noch lange nicht, daß das Geld auch tatsächlich und in voller Höhe gezahlt wurde. Die bereits genannten Probleme der Matrikel, die allgemein geübte Zurückhaltung bei der Ablieferung der Gelder und die häufige Nichtbeachtung der Zahlungstermine führten dazu, daß bei jeder Steuer beträchtliche Fehlbeträge oder Außenstände an der Tagesordnung waren⁷³, die ihre Effektivität gefährdeten. In diesem mangelhaften Eingang der Beträge darf wohl

eigene Zwecke gebrauchten. Vgl. *Steglich*, Reichstürkenhilfe 53; *E. Schwarze*, Soziale Struktur und Besitzverhältnisse der ländlichen Bevölkerung Ostthüringens im 16. Jahrhundert (Veröffentlichungen des Staatsarchivs Weimar 9) (1975) 52; im folgenden zitiert: *Schwarze*, Soziale Struktur. Spalatin berichtet rühmend, Kurfürst Friedrich der Weise von Sachsen habe eine für einen geplanten Romzug erhobene Steuer den Untertanen wieder zurückgezahlt, als der Romzug nicht zustande gekommen sei. Dies dürfte aber wohl die Ausnahme gewesen sein. Vgl. *G. Spalatin*, Friedrichs des Weisen Leben und Zeitgeschichte, hg. von *C. G. Neudecker* und *L. Preller* (1851) 49. Es wurden auf den Reichstagen auch mehrere Versuche unternommen, die Rückerstattung der Gelder für eine gewisse Zeit auszusetzen. Vgl. RTA MR V Nr. 1797 S. 1526; RTA JR IV S. 607; RTA JR VII Beilage Nr. 106 S. 1151. In den Jahren 1523 und 1529 versuchte Ferdinand vergeblich, Gelder der Türkenhilfe für den Unterhalt des Kammergerichts und Reichsregiments zu verwenden. Dies wurde als „res mali exempli“ abgelehnt. Vgl. RTA JR IV Nr. 9 S. 29; RTA JR VII S. 843 f.; *Klüpfel* II S. 254 f.; *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 243. Die Eilenden Hilfen der zwanziger Jahre wurden lediglich für die Defensive bewilligt. Versuche Ferdinands, sie auch für die Offensive zu gebrauchen, wurden abgelehnt und durch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen verhindert. Vgl. RTA JR VII S. 760, 762; Beilage Nr. 106 S. 1148; Beilage Nr. 133 S. 1251–1254; Beilage Nr. 135 S. 1256–1258; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 27 ff., 37; *J. Kunisch*, Das Nürnberger Reichsregiment und die Türkengefahr, in: *Historisches Jahrbuch* 93 (1973) 57–72. Die Bewilligungsdauer des Gemeinen Pfennigs von 1495 betrug vier Jahre, der Reichshilfe von 1500 und 1512 sechs Jahre, der Romzugshilfe von 1521 sechs Monate, der Eilenden Hilfen der zwanziger Jahre drei bis sechs Monate, des Gemeinen Pfennigs 1542 zwei Jahre und des Baugeldes fünf Jahre. Vgl. RTA MR V Nr. 448, 450; RTA JR II Nr. 47 S. 397; NS II S. 62 Art. 46; S. 141 Art. 3; S. 464 Art. 126; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 31, 45, 51, 53. Vgl. allgemein *Teicke*, Reichssteuerebestrebungen 87 ff.; *Klein*, Öffentliche Finanzen 2; *Wachenhausen*, Staatsausgabe 74, 152 weist darauf hin, daß es ein selbstverständlicher Bestandteil der Steuertheorie war, daß eine außerordentliche Steuer, die für einen bestimmten Zweck erlassen wurde, mit der Erledigung des Zweckes beendet war. Wurde der Zweck ohne die Verwendung der Steuer erledigt, dann war die Steuer zurückzuzahlen.

⁷² Beispielsweise wurde von den Städten ein Vorschuß von 26 000 fl. auf die Eilende Hilfe von 1522 gefordert, der nur zum Teil bewilligt wurde. Vgl. RTA JR III Nr. 17 IV S. 115 m. Anm. 2; Nr. 164 S. 821; Nr. 174 S. 842; Nr. 224 S. 895; Nr. 243 S. 913; RTA JR VIII, 2 S. 854 f.: 1529 sollten Augsburg, Nürnberg und Frankfurt je 20 000 fl. vorstrecken. Nürnberg und Frankfurt lehnten ab. Vgl. auch NS II S. 147 Art. 1; *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 300 Art. 1.

⁷³ Vgl. RTA JR II Nr. 52 S. 411 m. Anm. 2; RTA JR III Nr. 8 S. 68: die Matrikel für den Unterhalt des Reichsregiments und des Kammergerichts von 1521 erbrachte kaum die Hälfte der vorgese-

eine der größten Schwächen des damaligen Finanzsystems gesehen werden. Das Reich war nicht in der Lage, von sich aus diesen Mangel abzustellen. Die fehlende eigene Finanz- und Steuerorganisation zwang es vielmehr dazu, die Einsammlung der Steuer vor Ort den territorialen Gewalten zu übertragen und diesen damit die Entscheidung über den Eingang der Steuern zu überlassen. Der Versuch, diesem Mangel mit Hilfe der Kirchenorganisation, Pfarrei – Bistum, Pfarrer – Bischof, abzuweichen, wie er 1495 unternommen wurde, scheiterte am Widerstand der weltlichen Stände, die sich dadurch in ihren landesherrlichen Rechten beeinträchtigt fühlten. Auch gelang es nicht, wie ebenfalls 1495 mit den Reichsschatzmeistern oder 1500 mit dem Reichsregiment angestrebt, ein oberstes zentrales Finanzorgan zu schaffen, das die eingehenden Gelder an zentraler Stelle zusammengefaßt und verwaltet hätte⁷⁴. Man mußte sich damit behelfen, daß der Pfennigmeister des Kammergerichts und des Reichsregiments die für deren Unterhalt bestimmten Gelder von den Legestätten einforderte und damit selbständig wirtschaftete und daß für die Kriegssteuern eigene Vorkehrungen getroffen wurden. Mit dem Modus, das Geld in drei oder vier Reichsstädten oder auf der Ebene der Kreise zusammenzufassen und zu verwahren und über seine Freigabe von einer von Kaiser und Ständen bestellten Kommission entscheiden zu lassen, wurde ein leidlicher Kompromiß gefunden zwischen der Notwendigkeit, die Gelder an übergeordneten Stellen verfügbar zu halten, und dem Wunsch der Stände, das Geld nicht einer einzigen zentralen Reichsinstanz auszuhändigen und es damit aus der Kontrolle zu verlieren⁷⁵. Ein Resultat davon war, daß ein Überblick über die vorhandenen Finan-

henen Summe; ebd. Nr. 50 S. 263–281; RTA JR IV Nr. 25 S. 167: bei der Rechnungslegung des Kammergerichts und des Reichsregiments stellte sich 1524 heraus, daß 69 567 fl. eingegangen waren und noch 39 836 fl. ausstanden. NS II S. 92 ff., 96, 100, 103 Art. 9, S. 166, 171 Art. 8, S. 472 f. Art. 7, 13, 14, 15, S. 476 Art. 25, 28, S. 533 Art. 35, S. 545 f. Art. 103; *Harpprecht* III 175 ff., 219 ff., 223, 248, 282, 358, 405 ff., 410; *Harpprecht* VI 187, 264–268; *Lanz*, Correspondenz I Nr. 40 S. 70–73; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg IV, 1 Nr. 8 S. 7 f. Der zögernde Eingang und die Zahlung in Raten erschwerten den Überblick erheblich. Vgl. *Gess*, Akten und Briefe I Nr. 702 Art. 2; RTA JR VIII, 2 S. 855 f.; RTA JR IV S. 7. Vgl. allgemein *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 60, 68, 70 Anm. 8, 75, 84; *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 198 f.; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 12, 17, 53; *Rabe*, Reichsbund und Interim 131, 332 ff.; *Krüger*, Finanzstaat Hessen 287 weist darauf hin, daß die Türkensteuern 1542 und 1544 nur zum geringen Teil ans Reich abgeführt wurden; *Knetsch*, Landständische Verfassung 78 zeigt, daß der Gemeine Pfennig von 1544 in Trier zwar eingesammelt, aber nicht abgeführt wurde. *Köhle*, Landesherr und Landstände 66; *Schulze*, Erträge der Reichssteuern 169 ff.; *K. Häuser*, Abriß der geschichtlichen Entwicklung der öffentlichen Finanzwirtschaft, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, hg. von *F. Neumark*, Bd. 1 (31975) 32.

⁷⁴ Vgl. RTA MR V Nr. 448, 453, 454, 455; NS II S. 62 Art. 34, S. 84 f. Art. LI und LII. Vgl. auch die Versuche Maximilians 1497/98, die Hofkammer zur obersten Finanzbehörde der Erblande und des Reiches zu machen. Ferdinand I. beschränkte die von ihm 1527 geschaffene Hofkammer auf die Erblande. Vgl. *E. Rosenthal*, Die Behördenorganisation Kaiser Ferdinands I. Das Vorbild der Verwaltungsorganisation in den deutschen Territorien. Ein Beitrag zur Geschichte des Verwaltungsrechts, in: Archiv für Österreichische Geschichte 69 (1887) 109, 113 ff., 121; im folgenden zitiert: *Rosenthal*, Behördenorganisation.

⁷⁵ Zu den Maßnahmen bei der Einsammlung, Ablieferung und Verwendung der Steuern vgl. RTA JR III Nr. 22 S. 177 f., Nr. 117 S. 739 ff.; RTA JR VII Beilage Nr. 106 S. 1148 f.; RTA JR VIII, 2 S. 844, 856; NS II S. 62 Art. 34, S. 84 ff., 115 Art. 21, S. 132 Art. 1, 2, S. 133 Art. 3, 9, S. 140,

zen und eine ordnungsgemäße Rechnungslegung erschwert wurden⁷⁶. Auf diese Weise fiel dem Reich, was die Einsammlung und die Verfügung über die Steuern betraf, keine bzw. eine sehr eingeschränkte Finanzhoheit zu. Beides waren überwiegend Domänen der Reichsstände. Von ihrer Bereitschaft und von ihrem Willen hing das Schicksal einer jeden Steuer ab, zumal es der Reichsgewalt auch an einer in dieser Situation notwendigen starken Exekutivgewalt in Steuersachen fehlte. Das einzige Zwangsmittel, das zur Verfügung stand, war die Drohung mit fiskalischen Prozessen vor dem Kammergericht, die aber vielfach aus politischer Rücksichtnahme unterblieben und die wegen der ebenfalls fehlenden Exekution der Urteile des Kammergerichts im Konfliktfall niemanden ernsthaft zu ängstigen vermochten.⁷⁷

Im Ergebnis heißt das, daß das Reich in bezug auf die Festsetzung und Einsammlung der Steuer sowie auf ihre Verwendung keinerlei oder allenfalls eine äußerst beschränkte Finanzhoheit beanspruchen konnte, daß das Reich weder über die notwen-

Art. 21, 23, 24, S. 147 Art. 3, S. 170 Art. 2, S. 206 Art. 13, S. 245 f. Art. 14, 15, S. 254 Art. 1, S. 259 Art. 31, 32, S. 276 Art. 12, S. 277 Art. 17, S. 282 f. Art. 10, 14, S. 410 Art. 7, S. 411 Art. 11, S. 412 Art. 21, S. 413, Art. 27, 29, S. 414 Art. 30, S. 437 Art. 46, 47, S. 438 f. Art. 59, S. 459 ff. Art. 95 ff., S. 466 Art. 135, 137, S. 486 Art. 19, S. 533 Art. 33, S. 545, Art. 100, S. 544 Art. 95. Vgl. auch *Steglich*, Reichstürkenhilfe 22, 24, 31, 36 f., 46. Zum allgemeinen Mißtrauen, das Geld in eine zentrale Stelle zu zahlen vgl. Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 718 S. 440 f.; *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 292 Art. 3: Weigerung der Kurfürsten 1542, ihre Beiträge an die Kreiskassen abzuliefern. Moritz von Sachsen opponierte gegen die Kreiskassen wegen des Mißtrauens gegen die Zusammenlegung vieler Gelder in der Hand eines einzelnen. Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 353 Art. 4 m. Anm. 1 S. 429 f.; Nr. 373 Art. 5: „sonderlich derhalben, da einer des ganzen kreises anlage in seiner gewalt haben sollte, so mochten es bei etlichen ein mistrauen geben“. Nr. 375, 418 Art. 3; II Nr. 664, S. 455 ff. Das Pfennigmeisteramt war in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts kein beständiges Amt. Für die jeweiligen Reichshilfen wurden eigene Pfennigmeister bestellt. Vgl. z. B. NS II S. 438 Art. 58. Das Amt des Pfennigmeisters am Reichskammergericht und Reichsregiment war hingegen ständig besetzt. *Laufs*, Schwäbischer Kreis 210 charakterisiert die Funktionen der Kreise als eine Art Mittelinstanz und Hilfsorgan für die Aufgaben des Reiches. Zur Bedeutung der Steuerbehörden für das Funktionieren einer jeden Besteuerung vgl. *H. Haller*, Rationale Steuersysteme und Bestimmungsgründe empirischer Steuerverfassungen, in: Handbuch der Finanzwissenschaft, hg. von *F. Neumark*, 17. Lieferung (³1978) 175.

⁷⁶ Die Pflicht zur Rechnungslegung wurde in jeder Steuerordnung hervorgehoben. Sie wäre auch bei den gewaltigen Außenständen dringend nötig gewesen, damit der Fiskal rechtzeitig eingreifen hätte können. Wie schwierig die Rechnungslegung aber war, zeigt das Beispiel von 1530. Es wurde angeordnet, daß Fiskal und Pfennigmeister des Kammergerichts für die Zeit von 1521 bis 1529 Rechenschaft ablegen sollten. 1532 mußte man feststellen, daß der Pfennigmeister seiner Pflicht nicht nachgekommen war. Vgl. NS II S. 321 Art. 96, S. 361 T. VII Art. 1.

⁷⁷ Die Androhung fiskalischer Prozesse findet sich in fast allen Steuerordnungen. Vgl. z. B. RTA JR VII S. 1315; NS II S. 328 Art. 140, S. 414 Art. 35, 36, S. 435 Art. 34, S. 473 f. Art. 14, 15, S. 533 Art. 34. Gelegentlich wird von seiten der Städte auf die Gefahr hingewiesen, die durch die Prozesse drohe, doch gewinnt man dabei den Eindruck, daß dies nur ein Vorwand war, um ein von den anderen Städten abweichendes Verhalten zu rechtfertigen. Vgl. Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 837 S. 540. Bei mächtigen Ständen oder bei Ständen, deren Zugehörigkeit zum Reich in Frage stand, war der Fiskal machtlos. Bezogen auf St. Gallen äußerte er 1529, „denn so bald ich gegen ihnen poltern wollte, so verjag ich sie gar“. *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 199, 200. Vgl. auch RTA JR VII Beilage Nr. 9 S. 986; Nr. 106 S. 1150; Nr. 168 A S. 1358.

digen selbständigen Organisationen verfügte, noch daß es nötigenfalls einen effektiven Zwang ausüben konnte, noch daß es autonome Dispositionen mit den Geldern zu treffen vermochte. Es fehlte also weitgehend an den elementaren Dingen eines jeden Steuer- und Finanzstaates.

Überdies sind Effizienz und Effektivität des Steuersystems als äußerst gering zu beurteilen. Zwischen 1521 und 1550 wurden in Form der Matrikel nur ca. 2 Millionen fl. für Kriegshilfen bewilligt⁷⁸. Wie gering diese Summe war, die zudem wegen der beschriebenen Mängel der Matrikel nur zum Teil einging, kann daraus ersehen werden, daß man allgemein die Jahreskosten für eine große Türkenhilfe auf ca. 3 Millionen fl. berechnete. Die Steuersumme, die dem Reich aus dem Gemeinen Pfennig zufließt, ist weitgehend unbekannt. Soweit festzustellen ist, kam beim Gemeinen Pfennig von 1495 im Vergleich zur erhofften Summe von 2 Millionen mit rund 100 000 fl. nur ein kleiner Bruchteil ein. 1512 unterblieb die Sammlung ganz. 1542 wurde der Gemeine Pfennig zwar zum größten Teil bezahlt, doch erbrachte er nicht annähernd die erwarteten 3 Millionen fl., und 1544 wurde er von den meisten Ständen nicht abgeliefert. Zu den Kriegssteuern kamen noch zwischen 800 000 fl. und 900 000 fl. für den Unterhalt von Reichsregiment und Kammergericht hinzu, von denen jedoch der Kaiser lange Zeit die Hälfte oder die gesamte Summe selbst zu tragen hatte. Insgesamt dürften sich somit die *tatsächlichen* Steuerleistungen, die die Stände für das Reich in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erbracht haben, schätzungsweise zwischen 2,5 und 3,5 Millionen fl. bewegt haben.

4. Ansätze zu einem Steuer- und Finanzstaat

Die genannten Mängel waren offenkundig, und es fehlte deshalb auch nicht an Ansätzen und Bestrebungen, zu geordneten und effektiven Finanzverhältnissen im finanzstaatlichen Sinn zu kommen. Ich meine, daß bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts durchaus ernstzunehmende Versuche erkennbar sind, wenigstens ein Stück auf dem Weg zum Finanz- bzw. Steuerstaat voranzukommen. König Maximilian I. und Erzbischof Berthold von Mainz trachteten gemeinsam nach einer langfristigen Regelung der Finanzangelegenheiten, wenngleich aus unterschiedlichen Gründen und mit unterschiedlichen Zielen. Maximilian war bestrebt, eine „austregliche, beständige und werende hilf, nit auf 1 oder 2, sonder 10 oder 12 jar“ zu erhalten⁷⁹, die nicht nur auf die Regelung der momentanen Bedürfnisse beschränkt, sondern auch für kommende Angelegenheiten zu gebrauchen sein sollte. Er wollte sich dadurch von dem Zwang befreien, jedesmal wieder die Zustimmung der Stände einholen zu müssen⁸⁰. Im Grunde versuchte er damit auf dem Wege über eine längerfristige Bewilligungsdauer, die notwendigerweise die strenge Zweckbindung hätte auflockern müssen, den Einfluß der Stände auf die Bewilligung und Verwendung der Steuer zurückzudrängen und

⁷⁸ Vgl. Anm. 38.

⁷⁹ RTA MR V Nr. 1797 S. 1510.

⁸⁰ Vgl. RTA MR V Nr. 1881 S. 1750, 1753; *Harpprecht* III 239 ff.; NS II S. 137 Art. 5.

auf diese Weise zumindest für einige Zeit die Finanzhoheit weitgehend zu erhalten⁸¹. Man wird also wohl davon ausgehen dürfen, daß Maximilian wenigstens in Teilbereichen nach finanz- bzw. steuerstaatlichen Regelungen trachtete, die dem König weitgehend freie Hand bei der Entscheidung über die Verwendung der Steuern lassen sollten⁸². Mit welchen Mitteln er die Stände zu diesen weitreichenden und systemverändernden Zugeständnissen bringen wollte, bleibt freilich unklar, so daß letztlich eine endgültige Beurteilung seiner Finanzpolitik kaum möglich ist. Ob er dabei einer langfristigen Konzeption folgte oder ob er sich nur momentanen Wünschen hingab, muß offenbleiben.

Berthold von Mainz ging es darum, mit einer allgemeinen Reichssteuer die finanzielle Grundlage für die angestrebten neuen Reichsinstitutionen wie Kammergericht und Reichsregiment zu schaffen. Finanzpolitik war also integrierter Bestandteil seiner Reichsreformpolitik. Sein Ziel war es auch, durch die Benutzung der Kirchenorganisation als Reichsfinanzorganisation und die Schaffung oberster Finanzbehörden eine Beschränkung der Rechte der Territorialgewalten bei der Einsammlung und Verfügung über die Reichssteuer zugunsten des Reiches zu erlangen, jedoch nicht im Sinne einer Stärkung der Königsmacht, sondern im Interesse der von ihm nach gesamtständischen Vorstellungen angestrebten Neuordnung der Reichsspitze. Dabei wollte aber auch er sich nicht so weit über die bestehende Ordnung hinwegsetzen, daß er daran gedacht hätte, dem Reichsregiment eine selbständige Entscheidungsbefugnis in Steuer- und Finanzfragen zu übergeben. Diese Entscheidungen sollten den Kurfürsten bzw. dem Reichstag vorbehalten bleiben⁸³. Da Berthold und Maximilian mit der Steuer Gegensätzliches anstrebten, wurden die Steuern von 1495 und 1500 in den politischen Streit und in die Auseinandersetzungen um die Reichsreform hineingezogen. Zusätzlich zur ohnehin bestehenden Abneigung der meisten Stände gegen eine

⁸¹ Maximilian mußte zwar seine langfristigen Forderungen 1495 auf vier sowie 1500 und 1512 auf sechs Jahre zurücknehmen, hielt sich aber 1500 und 1512 die Option auf eine Verlängerung der Fristen durch die Möglichkeit von Verlängerungsverhandlungen offen. Vgl. RTA MR V Nr. 448 VI Art. 1; NS II S. 62 Art. 46, S. 141 Art. 3.

⁸² Der ständische Regimentsplan von 1495 wollte das Reichsregiment zum Verwalter der Reichsfinanzen machen. Vgl. RTA MR V Nr. 327 Art. 23, 24. In seinem Gegenentwurf lehnte Maximilian dies ab. Vgl. RTA MR V Nr. 333. Vgl. auch *H. Angermeier*, Die Reichsregimenter und ihre Staatsidee, in: HZ 211 (1970) 276. Zur Beurteilung der Finanzpolitik Maximilians vgl. *Ehrenberg*, Fugger I 58 f. und *Wiesflecker* II 193.

⁸³ Vgl. RTA MR V Nr. 448 I. Im ersten Entwurf der Pfennigordnung von 1495 wird jede Beteiligung der Stände an der Einsammlung der Steuer ausgeschlossen. RTA MR V Nr. 327 Art. 23, 24: das Reichsregiment soll für die Einnahme der Reichseinkünfte zuständig sein, und die Gelder sollen „zu des Reichs notturft und pesten, in massen das beschlossen und geordnet ist, durch sie ausgegeben werden“. Das Regiment sollte darüber alle Jahre einer aus einem Vertreter des Königs und je sechs Räten der Kurfürsten und anderer Stände bestehenden Kommission Rechnung legen. RTA MR V Nr. 448 VI Art. 8–11: die Schatzmeister haben das Geld einzufordern, einzunehmen und zu verwahren. Sie dürfen es nur zu den vom Reichstag bestimmten Zweck auf Weisung ausgeben und haben darüber dem jährlichen Reichstag Rechnung zu legen. Vgl. auch Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I., Bd. 6, hg. von *H. Gollwitzer* (1979) Nr. 152 S. 480. Maximilian ließ 1497 in Worms erklären, um die Stände zum Zahlen der Steuer zu bewegen, der Gemeine Pfennig „sey ein wurzel und enthaltung des fridens, rechtens und aller fürgenommer ordnung“. Er dürfte damit auch die Position Bertholds beschrieben haben.

allgemeine Steuer wurde sie nun auch noch zum Zankapfel zwischen König und ständischer Reichsreformpartei, was letztlich entscheidend zu ihrem Mißlingen beigetragen hat⁸⁴. Ich meine, daß dadurch eine Chance für eine grundlegende Neuordnung der Reichsfinanzen vertan wurde; denn es ist mit Sicherheit davon auszugehen, daß es zu Veränderungen im Steuersystem hätte kommen müssen, wenn die Steuern von 1495 und 1500 vier bzw. sechs Jahre lang mit der zusätzlichen Aussicht auf Verlängerung eingesammelt worden wären. Gleichgültig ob Maximilian und Berthold den Finanzen einen Eigenwert beigemessen haben oder nicht, hätten die langen Bewilligungsfristen zu gewissen Gewohnheiten und Mechanismen der Steuerorganisation geführt, die ihrerseits nicht ohne Auswirkungen auf das Steuersystem geblieben wären.

Neben diesen Versuchen, das bestehende Steuersystem zu verbessern und weiterzuentwickeln, gab es eine Reihe von Überlegungen, die auf alternative Finanzierungsformen abzielten. So plädierten etwa Herzog Georg von Sachsen und Christof Fürer aus Nürnberg 1522 bzw. 1529 für die Einführung einer Verbrauchssteuer auf Lebensmittel, Salz und Getränke. Sie erhofften sich davon, nachdem alle anderen Vorschläge auf Widerstand gestoßen waren, die einfachste Lösung der Frage, wie der Unterhalt von Reichskammergericht und Reichsregiment finanziert und das Geld für eine beharrliche Türkenhilfe aufgebracht werden könne. Es ist nicht zu bestreiten, daß mit dieser indirekten Steuer dem Reich eine Finanzquelle erschlossen worden wäre, die weitgehend von den Mängeln des bestehenden Steuersystems frei gewesen wäre und zu einer soliden Finanzbasis des Reiches einen wesentlichen Anteil hätte beitragen können. Wie wenig sie aber in die finanz- und verfassungspolitische Realität des Reiches paßte und wie wenig Chancen auf Verwirklichung sie hatte, wird allein schon aus der Tatsache deutlich, daß diese Anregung ohne jegliche Resonanz geblieben ist⁸⁵.

Für heftige politische Auseinandersetzungen zwischen Städten und Fürsten sorgte hingegen der von Markgraf Kasimir von Brandenburg im Februar 1521 in die Debatte gebrachte Plan, zur Finanzierung der Reichsausgaben einen Reichszoll einzuführen. Es ist nicht in Frage zu stellen, daß durch den Reichszoll dem Reich eine durchaus ergiebige Einnahmequelle eröffnet worden wäre, die weitgehend unabhängig vom ständischen Einfluß hätte fließen können, und daß darüber hinaus davon der Anstoß zur

⁸⁴ Die Frage, ob sich auch König Maximilian bezüglich der Einsammlung und Verwendung des Gemeinen Pfennigs an die Wormser Ordnung zu halten habe oder nicht, wurde zur Kardinalfrage dafür, ob sich die in Worms 1495 eingeleitete Reichsreform behaupten könne oder nicht. Maximilian versuchte in den folgenden Jahren immer wieder, die Erträge von den Ständen direkt ausgehändigt zu erhalten. Unmittelbare Folge davon war, daß sich viele zahlungswillige Stände wegen der dadurch entstehenden Rechtsunsicherheit bei der Einsammlung und Ablieferung der Gelder äußerst hinhaltend verhielten. Mit der Errichtung der Hofkammer von 1497/98 unternahm Maximilian außerdem den Versuch, ein königliches Gegenstück zum Institut der Reichsschatzmeister zu schaffen und diesem an Wirkung zu nehmen. Vgl. *Rosenthal*, Behördenorganisation 56, 109 ff., 123 ff.; *Wiesflecker* II 193.

⁸⁵ Vgl. RTA JR III Nr. 8 S. 68 f.; RTA JR VII Beilage Nr. 122 a S. 1227–1229: nach Fürer würden eine Salzsteuer, die den jährlichen Bedarf eines Menschen mit 12 Pfennigen und je 420 Pfund vom eingeführten Salz mit 1 fl. belegte, und eine Getränkesteuer in Form des Zehnten auf Wein und Bier zur Finanzierung einer großen Türkenhilfe ausreichen. Fürer sah den Vorteil der Verbrauchssteuer vor allem darin, daß sie niemanden direkt belaste, daß „der, so es gibt, solchs nit weise oder sicht“. Vgl. auch *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 129.

Schaffung einer das Reich umspannenden Erhebungsorganisation ausgegangen wäre, die unter Umständen auch für Steuererhebungen hätte nutzbar gemacht werden können. Dennoch wird man Zweifel daran anmelden dürfen, ob das Reichszollprojekt ein geeignetes Mittel gewesen wäre, die Finanzen des Reiches auf eine neue Basis zu stellen. Man sollte dabei nämlich nicht übersehen, daß ein Zoll doch wohl allenfalls ein zusätzliches Finanzmittel und keinesfalls ein Ersatz für Steuern hätte sein können, zumal bereits damals mit ernsthaften Argumenten bezweifelt wurde, ob ein fünfprozentiger Handelszoll überhaupt ausreiche, um Reichsregiment und Kammergericht zu unterhalten. Hinzu kommt, daß sich die Stände der Ausgestaltung der Zollordnung annahmen, die Mitwirkung des Kaisers fast völlig ausschlossen, die Regelung aller Zollfragen der ständischen Verfügungsgewalt unterwarfen, der Verwendung der Zollerträge eine strenge Zweckbindung auferlegten und die Gültigkeit der Ordnung an die Existenz von Reichskammergericht und Reichsregiment banden, also die Zollordnung im wesentlichen mit allen Mängeln des bestehenden Finanzsystems versahen. Man dachte also ständischerseits gar nicht daran, die Finanzgewalt des Reiches mit Hilfe des Zolls zu stärken. Die Absicht, welche die Fürsten, die das Zollprojekt bis 1524 favorisierten, verfolgten, bestand vielmehr recht vordergründig darin, die dem Reich zu erbringenden Leistungen von sich abzuwälzen und den handeltreibenden Stadtbürgern aufzubürden⁸⁶.

Einen Schritt in Richtung auf eine stärkere finanzielle Unabhängigkeit des Reiches und einen gewissen Bruch mit dem Steuerprinzip der zeitlich befristeten und zweckgebundenen Steuerbewilligung bedeutete die Forderung Karls V. nach einem „namhaften, ansehnlichen und erschießlichen vorrat an geld“, mit der er im Mai 1548 an den Reichstag herantrat. Das Ziel, das Karl V. dabei verfolgte, war die Schaffung einer

⁸⁶ Vgl. RTA JR II Nr. 51 S. 404–405; Nr. 52 S. 408–409; Nr. 53 S. 412–419; Nr. 222 S. 909; Nr. 227 S. 913–914; RTA JR III Nr. 24 S. 136 f.; Nr. 25 S. 144; Nr. 26 S. 147; Nr. 28 S. 153 f.; Nr. 31 S. 160 f.; Nr. 40 S. 228; Nr. 41 S. 232; Nr. 85 S. 468; Nr. 95 S. 521 f.; Nr. 96 S. 530; Nr. 99 S. 550, Nr. 108 S. 622–641; Nr. 109 S. 641–644; Nr. 117 S. 745; Nr. 119 S. 763–764; Nr. 129 S. 783; Nr. 240 S. 908; Nr. 241 S. 909; RTA JR IV Nr. 3 S. 15; Nr. 17 S. 47; Nr. 18 S. 50; Nr. 22 S. 80; Nr. 23 S. 89 ff.; Nr. 33 S. 290; Nr. 34 S. 292 f.; Nr. 36 S. 300; *Gess*, Akten und Briefe I Nr. 561 Art. 5; *Planitz*, Nr. 22 S. 48–51; Nr. 70 S. 163; Nr. 130 S. 294. Zur Debatte über die Höhe des Zolls vgl. RTA JR II Nr. 53 S. 412–419; RTA JR III Nr. 119 S. 763; *Bauer*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1 Nr. 65 Art. 2; RTA JR VII Beilage Nr. 122 a S. 1226 f.; *Klüpfel* II S. 246. Auch Erasmus von Rotterdam schlug in seinem Werk „*Institutio principis christiani*“ von 1521 einen vierprozentigen Reichszoll vor. Martin Mair erwog 1463 die Einführung eines Zolls, der von den reichsstädtischen Jahrmärkten erhoben werden sollte. FRA II, 20 Nr. 310 S. 313–319. Vgl. allgemein *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 110 ff.; *F. Lütge*, Reich und Wirtschaft. Zur Reichsgewerbe- und Reichshandelspolitik im 15.–18. Jahrhundert (Vortragsreihe der Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte 8) (1961) 5 geht davon aus, daß durch den Zoll das Reichsfinanzwesen auf eine solide Grundlage hätte gestellt werden können. *Klein*, Öffentliche Finanzen 9; *H. Scheible*, Fürsten auf dem Reichstag, in: Der Reichstag zu Worms von 1521, Reichspolitik und Luthersache, hg. von *F. Reuter* (1971) 379 ff.; *Richter*, Reichstag zu Nürnberg 46. Die Fürsten verfolgten mit dem Zollprojekt eine zweifache Absicht. Einerseits wollten sie die eigenen Untertanen wegen der bestehenden Neigung zur Empörung nicht belasten („an desselben underthan sonder beschwerd mog erhalten werden“), andererseits sollten Reichsregiment und Kammergericht „ausserhalb der stende des reichs aigen seckel underhalten werden“. RTA JR II Nr. 51 S. 405; RTA JR III Nr. 24 S. 136.

sich ständig ergänzenden Kriegskasse, die ein rasches Reagieren des Reiches bei Aufruhr im Innern und bei Angriffen von außen ermöglichen sollte. Eine wesentliche Schwäche des Finanzsystems, die darin bestand, daß das Reich bis zum Eingang der bewilligten Steuern wegen fehlender Gelder weitgehend handlungsunfähig war, sollte damit beseitigt werden. Ein so großer Fortschritt, wie es zunächst erscheinen mag, war der „Vorrat“ aber nun wiederum auch nicht. Um nämlich überhaupt die Bewilligung seitens der Stände zu erhalten, mußte Karl V. ihnen das Zugeständnis machen, daß das Geld in ihrer Obhut verwahrt werde und nur mit ihrer Zustimmung ausgegeben werden dürfe. Außerdem war der bewilligte Betrag in Höhe eines Römermonats in der Größenordnung des Jahres 1521 nicht so bedeutend, daß sich daraus für den Kaiser ein größerer finanzieller Handlungsspielraum ergeben hätte. Der „Vorrat“ darf so wohl eher als ein kleines Zugeständnis der Stände an den Kaiser bewertet werden, das zudem nur von kurzer Dauer war, denn nach der zweckentfremdeten Verwendung der Gelder im Jahr 1551 unterblieb die vorgesehene Ergänzung. So zeigt auch der „Vorrat“, daß die bestehende Finanz- und Steuerstruktur so stark war, daß sich der Kaiser selbst auf dem Höhepunkt seiner Macht nicht darüber hinwegzusetzen vermochte⁸⁷.

Eine völlige Veränderung der bestehenden Finanzverhältnisse im finanzstaatlichen Sinn hätte dagegen der Plan Ferdinands I. von 1546 bedeutet, zur Sicherheit des Reiches, zur besseren Justiz und Exekution den Ständen „ugne rente ordinaire“, eine ständig an den Kaiser und den römischen König zu zahlende ordentliche Geldabgabe, aufzuerlegen. Diese Geldrente hätte das Kaiser- und Königtum auf eine völlig neue und derart unabhängige finanzielle Grundlage gestellt, daß auf habsburgischer Seite sogar die Gefahr gesehen wurde, dadurch könnten auch andere, kleinere und finanziell schwächere Dynastien die Möglichkeit erhalten, nach der Königskrone zu streben. Ferdinand war sich der Tragweite seines Vorhabens bewußt, und er war sich darüber im klaren, daß diese Pläne „auf das höchste gestellt seyn“⁸⁸ und ihrer Verwirklichung die völlige Unterwerfung der Stände vorausgehen müßte, „daß die Gegner geschlagen und genöthiget seyn würden, sich in des Kaisers Gehorsam und gänzliche Barmherzigkeit zu ergeben“⁸⁹. Diese unrealistische Voraussetzung und die sich aus diesem

⁸⁷ Vgl. *Rabe*, Reichsbund und Interim 299, 402 ff.; NS II S. 543 Art. 94, S. 544 Art. 95, S. 613 ff. Art. 21 ff., S. 632–633; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg IV, 2 Nr. 771 S. 954–957; Nr. 747–776 S. 961–969; Nr. 778 S. 971–973; Nr. 780 S. 981–983; Nr. 781 S. 984–985; Nr. 786 S. 992–993; Nr. 787 S. 994 f.; Nr. 788 S. 996 ff.; V Nr. 69 S. 105 f.; Nr. 72 S. 109–112; Nr. 75 S. 115; Nr. 88 S. 139–140. Bereits 1526/27 wurde der Gedanke erwogen, für eine „werende hilf“ einen Geldvorrat anzulegen. Vgl. RTA JR VII Beilage Nr. 13 S. 988 f. Tendenzen, zu einem Vorrat zu kommen, schlagen sich auch in verschiedenen Reichstagsbeschlüssen nieder, das Geld bei Nichtverbrauch nicht sofort wieder zurückzahlen, sondern eine Weile aufzubewahren. Vgl. RTA MR V Nr. 1797 S. 1526; RTA IV S. 607; NS II S. 497 Art. 5, S. 500 Art. 26, S. 520 Art. 12; RTA JR VII Beilage Nr. 106 S. 1151. Zu den Bestrebungen in den Territorien, einen Vorrat anzulegen vgl. *Ehrenberg*, Fugger I 15; *Krüger*, Finanzstaat Hessen 17, 262; *K. Bosl*, Die Geschichte der Repräsentation in Bayern. Landständische Bewegung, Landständische Verfassung, Landesausschuß und altständische Gesellschaft (Repräsentation und Parlamentarismus in Bayern vom 13. bis zum 20. Jahrhundert 1) (1974) 132; *O. Hintze*, Die Hohenzollern und ihr Werk (⁸1916) 101 f.

⁸⁸ *F. B. von Bucholtz*, Geschichte der Regierung Ferdinands des Ersten, Bd. 5 (1835) 546.

⁸⁹ Ebd. 546; *Rabe*, Reichsbund und Interim 123.

Plan möglicherweise ergebende Gefährdung des habsburgischen Königtums dürften wohl die Gründe dafür gewesen sein, warum Karl V. darauf nicht näher eingegangen ist und seine Pläne weiter verfolgt hat, mit Hilfe eines Reichsbundes auch die Finanzfrage zu lösen⁹⁰.

Es zeigt sich also, daß die genannten Projekte entweder nicht geeignet waren, um entscheidende Veränderungen im Finanzgefüge des Reiches zu bewirken, oder daß ihre Realisierung nicht möglich war.

IV. Ursachen für den Zustand der Finanzverfassung

Woran lag es, daß eine steuer- bzw. finanzstaatlich orientierte Entwicklung im Reich nicht vorangekommen ist und das Reich damit den Anschluß an die allgemeine Entwicklung der Zeit nicht gefunden hat?

1. Auswirkungen der Reformation

Bei der Beantwortung dieser Frage kann man die Reformation natürlich nicht außer acht lassen und dies um so weniger, als ja allgemein bekannt ist, daß die protestantischen Stände die Steuerfrage als Instrument in ihrer Auseinandersetzung mit dem Kaiser gebrauchten. Sie machten fast durchwegs die Bewilligung von Steuern von Zugeständnissen in Religionsangelegenheiten abhängig, drohten damit, Steuerzahlungen gegebenenfalls zu verweigern, protestierten gegen die Reichstagsbeschlüsse und erkannten ihre Verbindlichkeit nicht an. Von daher drängt sich der Schluß förmlich auf, die Reformation habe die Entwicklung der Reichsfinanzverfassung gehemmt, wenn nicht gar entscheidend blockiert⁹¹. Diese Einschätzung mag für das politische Taktieren auf den Reichstagen zutreffen, in der politischen Praxis mußte es sich dann aber

⁹⁰ Vgl. *Rabe*, Reichsbund und Interim 122 ff., 125 f., 155, 278, 368, 437 ff.; *F. B. von Bucholtz*, Geschichte der Regierung Ferdinands des Ersten, Bd. 9 (1838) 399–400; im folgenden zitiert: *Bucholtz*, Regierung Ferdinands, Bd. 9. Zur Frage, wie sich Ferdinand die Finanzierung vorstellte, insbesondere ob er an eine Säkularisierung von Kirchengut dachte, vgl. die kontroversen Auffassungen von *W. Maurenbrecher*, Karl V. und die deutschen Protestanten 1545–1555 (1865) 190 f. und *Rabe*, Reichsbund und Interim 122 m. Anm. 15. Gleichzeitig wurde von Brandenburg ein Plan erwogen, wie dem Kaiser „zu ainem Kayserlichen Einkhomen“ zu verhelfen sei, der sich in eine ähnliche Richtung bewegte. Vgl. *Ranke*, Deutsche Geschichte VI S. 165–168. Bereits 1522 plädierte Herzog Georg von Sachsen zur Herstellung von Recht und Ordnung im Reich dafür, daß „ein bleiblich recht mit beständigen erbzinsen mug aufgericht werden“. RTA JR III Nr. 8 S. 64.

⁹¹ Vgl. dazu *J. Janssen*, Geschichte des deutschen Volkes seit dem Ausgang des Mittelalters, Bd. 2 (17/18 1897) 157: „Daß Nichts wurde aus den vielen in Worms zu Stande gekommenen ‚guten Ordnungen‘, daran trug die auf kirchlichem und staatlichem Gebiete heraufbeschworene revolutionäre Bewegung die wesentlichste Schuld.“

zeigen, wie ernst es den Protestanten mit der angekündigten Verweigerung sein würde und ob sie dabei als geschlossene Einheit agieren würden. Sie sahen sich vor die Entscheidung gestellt, ob sie dem Kaiser, den sie als von Gott gesetzte weltliche Obrigkeit anerkannten⁹², in weltlichen Dingen, zumal beim Kampf gegen die Türken, den sie als christliche Pflicht ansahen⁹³, den Gehorsam verweigern und sich damit nicht nur aus der Gemeinschaft des Reiches, sondern auch der Christenheit aussondern wollten⁹⁴. Es verband sich für sie letztlich die Gewissensfrage mit der Verfassungsfrage, und sie hatten sich, wie es 1529 Widenman aus Nördlingen formulierte, zu entscheiden, ob sie „dem rō. kaiser oder dem kurfürsten von Sachsen, landgrafen von Hessen und den andern furstn ... anhengig und gehorsam sein“ wollten⁹⁵. Angesichts dieser fundamentalen Entscheidung brach die auf den Reichstagen zur Schau gestellte Einheit in der Praxis rasch auseinander. Nicht nur einzelne Reichsstädte wie Augsburg, Nürnberg und Frankfurt suchten bald wieder im eigenen Interesse die Nähe des Kai-

⁹² 1529 bezeichneten die Protestanten in ihrer Instruktion, mit der sie ihre Protestation gegen den Reichsabschied dem Kaiser überschieden, den Kaiser als ihren „allerniedigsten rechten herrn und von Gott verordneten weltlichen obrigkeit“. RTA JR VIII,1 S. 28. Vgl. auch ebd. S. 448 „natürlicher oberherr“. Moritz von Sachsen war der Überzeugung, daß „der kaiser unser aller herr ist“. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II Nr. 664 Art. 7; Nr. 659 Art. 1; vgl. auch *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 26 Art. 6; *G. Mentz*, Johann Friedrich der Großmütige 1503–1554, Bd. 3 (1908) Nr. 47 S. 494–497; im folgenden zitiert: *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 3. Zur Frage des Widerstandsrechtes gegen den Kaiser vgl. RTA JR VIII,1 S. 468–574.

⁹³ Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II Nr. 659 Art. 1, 2; Nr. 815; Nr. 917 Art. 1; *Tetleben* 184, 185; *Wolfram-Thomas*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 3 Nr. 470 Art. 28. Die Auffassung Luthers, man solle die Türken wie eine Prüfung Gottes über sich ergehen lassen, wurde nicht geteilt. Vgl. *H. J. Uhl*, Luthers Predigt zum Türkenkrieg (Theol. Diss. Wien 1965); *E. Herrmann*, Türkei und Osmanenreich in der Vorstellung der Zeitgenossen Luthers. Ein Beitrag zur Untersuchung des deutschen Türkenschrifttums (Phil. Diss. Masch. Freiburg i. Br. 1961).

⁹⁴ Im ersten Entwurf der Protestation von 1529 war die Verweigerung der Türkenhilfe und des Unterhalts für das Reichsregiment und Kammergericht in Erwägung gezogen worden. Sie wurde dann aber nicht in die Protestation aufgenommen. Vgl. dazu *Kühn*, Speyerer Reichstag 1529, 183 f. In ihrer Gesandtschaft an den Kaiser versicherten die Protestanten 1529, sie wollten sich in Dingen, die den Glauben nicht betreffen, nicht verweigern, vielmehr wollten sie „in solchem, also es die notturtig hilf wider den Turcken, underhaltung den Rgt. und KG., sofern es des reichs ordnung, durch ir ksl. Mt. zu Wormbs derhalben aufgericht, gemeß gehalten wurde, handhabung fridens und rechtens und anders dergleichen belanget, dem getreulich geleben und alles das handeln, laisten und vltziehen, das gehorsam des reichs gliedern geburt“. RTA JR VIII,1 S. 40. Ähnlich äußerte sich Kurfürst Johann von Sachsen auf dem Regensburger Deputationstag 1529. Vgl. RTA JR VIII,2 S. 845. Vgl. auch die ähnliche Stellungnahme des Städtetags zu Eßlingen 1529 RTA JR VIII,2 S. 1057. Auch Nürnberg vertrat den Standpunkt, in weltlichen Dingen habe man seine Pflicht zu erfüllen. Vgl. RTA JR VIII,2 S. 1099 Anm. 14, S. 1100 Anm. 15. Ähnlich äußerten sich verschiedene Städte. Vgl. Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 581 S. 335 f.; Nr. 837 S. 540; IV,2 Nr. 793 S. 1021 f.; RTA JR VII S. 686, 771 f.; *K. Lanz*, Correspondenz des Kaisers Karl V., Bd. 2 (1845) Nr. 557 S. 505 f.; Nr. 558 S. 508; im folgenden zitiert: *Lanz*, Correspondenz II. Vgl. auch *C. von Rommel*, Philipp der Großmütige, Landgraf von Hessen, Bd. 3 (1830) Nr. 8 S. 32–35; im folgenden zitiert: *Rommel*, Philipp der Großmütige III. *R. Smend*, Das Reichskammergericht. Geschichte und Verfassung (1911) 161 bezeichnete das Verhalten der Protestanten als „rührendes Legitimitätsbedürfnis“; im folgenden zitiert: *Smend*, Reichskammergericht.

⁹⁵ RTA JR VII S. 754.

sers⁹⁶, auch die Führer der protestantischen Seite, Kursachsen und Hessen, kamen in den entscheidenden Augenblicken ihren Reichspflichten nach. So zahlten sie 1529 trotz des vorhergegangenen leidenschaftlichen Protestes gegen den Reichsabschied ihren Beitrag zum Unterhalt von Reichsregiment und Kammergericht und leisteten die Türkenhilfe, wobei Kursachsen zur Befreiung Wiens mit 125 000 fl. sogar das Zehnfache seines fälligen Reichsanschlags aufbrachte. Anfang der vierziger Jahre unterstützten sie den Kaiser gegen Frankreich, das den Protestanten Hilfe gegen den Kaiser angeboten hatte, und brachten 1542 den Gemeinen Pfennig ein⁹⁷. Dabei ist allerdings eine unterschiedliche Leistungsbereitschaft zu konstatieren. Während sich Landgraf

⁹⁶ Die Frage, ob man dem Kaiser in weltlichen Dingen die Unterstützung verweigern dürfe, entzweite die Städte. Lazarus Spengler beschrieb die Situation 1526: „so will auch ein jegliche itzo vilmer darnach trachten, wie sie ain gnedigen kaiser ... dann ainen gnedigen got überkommen“. Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 451 S. 256. Vgl. auch RTA JR VII S. 686; S. 749 f.: Ein Teil der Städte stimmte 1529 trotz erheblicher Bedenken dem Reichsabschied zu in der Hoffnung, „es sol in desta ehe nachlas am romzug gedeien“; S. 767: Der Frankfurter Gesandte Fürstenberg beschrieb die Taktik mehrerer Städte: „beschweren und nit bewilligen ist zweierlei“. Man wollte zwar einerseits seine Bedenken anbringen, wollte aber andererseits sich dem Kaiser gegenüber dennoch als gehorsam erweisen. Vgl. ebd. S. 769, 771 f., 863; RTA JR VIII, 1 S. 16–18: ein Teil der Städte protestierte 1529 nicht, weil ihm die Friedenszusicherung genügte. RTA JR VIII, 2 S. 1100 Anm. 14: Auf dem Speyerer Städtetag von 1529 war den protestierenden Städten „zweifelig gewest, ob inen auch gepurn wöll“, das Türkengeld gemäß dem Abschied zu zahlen. Auf dem folgenden Tag zu Nürnberg hat man aber für „gut angesehen, sich in andern artikeln des abschieds, so unsern glawben und religion nit belangen, gehorsamlich zu halten“. Nürnberg war der Ansicht, „das sich aus gehorsamlicher erzaigung dess artikels der turkenhelf, darzu auch ain yeder RStand zu helfen schuldighklich verpflichtet ist, die andern sachen bey ksl. Mt. oder gemeinen RStänden desto besser verantworten lassen“. Ähnlich S. 1100 Anm. 15; *Lanz*, Correspondenz II Nr. 557 S. 505 f.; Nr. 558 S. 508; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 581 S. 335 f.; Nr. 837 S. 540; IV, 2 Nr. 793 S. 1021 f. Vgl. auch *Kühn*, Speyerer Reichstag 1529, 48 f.; *H. Lutz*, Kaiser, Reich und Christenheit. Zur weltgeschichtlichen Würdigung des Augsburger Reichstages 1530, in: *Confessio Augustana und Confutatio. Der Augsburger Reichstag 1530 und die Einheit der Kirche, in Verbindung mit B. Hallensleben* hg. von *E. Iserlob* (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte 118) (1980) 21, 24 passim.

⁹⁷ Kurfürst Johann von Sachsen erklärte am 6. 6. 1529 dem Reichsregiment, da er gegen den Abschied protestiert habe, sei er zur Hilfeleistung nicht verpflichtet, er wolle aber dem Kaiser zu Gefallen die Anschläge „außerhalb des nechsten speirischen abschieds“ erlegen. RTA JR VII S. 879. Auf dem Regensburger Tag ließ er erklären, die Protestation beziehe sich nur auf den Glaubensbereich. ebd. S. 879 f. Anm. 3. Er zahlte seinen Anteil an der Türkenhilfe sowie am Unterhalt von Reichskammergericht und Reichsregiment. RTA JR VIII, 2 S. 1097 Anm. 4. Auch Landgraf Philipp von Hessen erklärte, wegen der Protestation verpflichte ihn der Reichsabschied zu nichts. Er wolle aber dem Kaiser zu Ehren und zur Unterstützung der Christenheit beim Herannahen der Türken „außerhalb dem gedachten abschiede“ die Steuer zahlen. RTA JR VII S. 879 Anm. 1; RTA JR VIII, 2 S. 1099 Anm. 11. Im Jahr 1527 sprach er sich für Reichsregiment und Kammergericht aus. Vgl. RTA JR VII Beilage Nr. 10 S. 987. Auch Markgraf Georg von Brandenburg zahlte 1529 seinen Anteil an der Türkenhilfe und am Unterhalt von Reichsregiment und Kammergericht. Vgl. RTA JR VIII, 2 S. 1098 Anm. 10. Herzog Heinrich von Sachsen schloß sich 1541 der protestierenden Partei in Regensburg an, zahlte aber pünktlich die fälligen Beiträge zur Türkenhilfe. Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 202, 229, 241 Art. 3, 349: Kurfürst Joachim II. von Brandenburg beteiligte sich 1542 am Türkenkrieg; Nr. 356 Art. 1: Philipp von Hessen sammelte 1542 den Gemeinen Pfennig ein und bestellte Truppen; II Nr. 583, 588,

Philipp von Hessen dabei aus Mißtrauen gegenüber der kaiserlichen Seite immer sehr zurückhielt⁹⁸, traten die beiden Sachsen, insbesondere Herzog Moritz, wegen der unmittelbaren Bedrohung ihrer Länder für energische Maßnahmen des Reiches gegen die Türken ein und warfen den geistlichen Fürsten am Rhein vor, wegen der fehlenden direkten Gefahr alle dazu dienlichen Maßnahmen zu verhindern⁹⁹. Die Drohung, die Steuern zu verweigern, erwies sich somit als taktisches Mittel¹⁰⁰, an dem unterschiedlich lange festgehalten wurde in der Absicht, den Kaiser auf diese Weise zu grundsätzlichen Konzessionen in Religionsfragen zu bewegen oder von ihm wenig-

595, 600, 615: Philipp von Hessen bekundet 1544 seine Bereitschaft, den Gemeinen Pfennig zu zahlen. Nr. 664, 926 Art. 1: Philipp von Hessen unterstützte den Kaiser gegen Frankreich. Nr. 961 Art. 3: Moritz von Sachsen nahm am Feldzug gegen die Türken und Franzosen teil. *Lanz*, Correspondenz II Nr. 480 S. 328–335. *E. Fabian* (Hg.), *Die Schmalkaldischen Bundesabschiede 1530–1532* (Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte 7) (1958) 21, 68; im folgenden zitiert: *Fabian*, *Bundesabschiede 1530–1532*; *G. Müller*, *Die römische Kurie und die Reformation 1523–1534, Kirche und Politik während des Pontifikates Clemens' VII.* (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 38) (1969) 214; im folgenden zitiert: *Müller*, *Römische Kurie*; *O. Winkelmann*, *Der Schmalkaldische Bund 1530–1532 und der Nürnberger Religionsfriede* (1892) 142–149; *Mentz*, *Johann Friedrich Bd. 2* S. 319: Kurfürst Johann Friedrich leistete 1542 die Türkenhilfe. Seine Truppen waren gleich für drei Monate besoldet. S. 404; *Brandt*, *Karl V.* 272, 342; *P. Rassow*, *Die Kaiser-Idee Karls V., dargestellt an der Politik der Jahre 1528–1540* (Historische Studien 217) (1932) 97 ff.; im folgenden zitiert: *Rassow*, *Karl V.*; *Steglich*, *Reichstürkenhilfe* 41, 52: Joachim II. von Brandenburg übernahm 1542 die Feldhauptmannschaft gegen die Türken. *Turetscheck*, *Türkenpolitik* 210.

⁹⁸ Philipp von Hessen beharrte stets auf einer langfristigen Friedstellung, da er Angriffe des Kaisers erwartete, und verhielt sich bei der Leistung von Reichshilfen sehr zurückhaltend. Er suchte auch um Unterstützung durch den französischen König nach und hielt lange an der Möglichkeit eines Bündnisses mit Frankreich fest. Vgl. *RTA JR VIII*, 2 S. 842 f., 935 ff.; *Brandenburg*, *Politische Korrespondenz I* Nr. 281 Art. 2; II Nr. 662, 664 Art. 1, Nr. 668 Art. 1, 4, Nr. 862, 913 Art. 1; *Krüger*, *Finanzstaat Hessen* 287: Philipp lieferte den Gemeinen Pfennig 1542 und 1544 nur zu einem kleinen Teil ab.

⁹⁹ *Brandenburg*, *Politische Korrespondenz I* Nr. 268 Art. 5: „man vermerkt wol sovil, dass die kurfürsten und fürsten am Rein inen den Turken nit werden gross anfechten lassen, meineten villeicht, si weren noch weit davon gesessen; denn her Julius Pflug, so jetzt aus Polen und des kaisers legern kommen, hett im wider gesagt, wie sich das reinische pfaffenvolk wider die eilende turkenhulf zu Regensburg gestraubt hett; wollt man einen sig gegen die Turken haben, so musst man das unausteliche bischof- und pfaffenvolk mit dem kriegsvolk ganz und gar vertragen“. Vgl. auch ebd. Nr. 245, 269, 274 Art. 4, 276, 279 Art. 1, 280, 281 Art. 2, 282, 283, 284, 285, 286 Art. 2, 287 Art. 2; II Nr. 649, 654, 659 Art. 1, 2, 675 Art. 4, 815, 816, 835 Art. 2, 3, 848, 922 Art. 3; *Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg I* Nr. 836 S. 540; *Mentz*, *Johann Friedrich Bd. 2* S. 12 f.; *Bd. 3* S. 214; *H. Jung*, *Kurfürst Moritz von Sachsen* (1966) 63 ff., 66 ff.

¹⁰⁰ Diese Haltung verdeutlicht besonders die Straßburger Instruktion für den Gesandten Sturm auf dem Speyerer Reichstag 1529: Stimmen alle Stände der Türkenhilfe und dem Unterhalt von Reichsregiment und Kammergericht zu, dann solle auch er seine Zustimmung geben. Lehnen jedoch einige Stände ab, dann solle auch er protestieren. Vgl. *RTA JR VII* S. 743 f.; *Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg I* Nr. 587 S. 342; Nr. 595 S. 349; Nr. 718 S. 440. Auch von kaiserlicher Seite wurde die Haltung der Protestanten als taktisches Manöver eingeschätzt. Vgl. *Bauer-Lacroix*, *Korrespondenz Ferdinands I.*, *Bd. 2*, Nr. 400 Art. 9; Vgl. auch *Rassow*, *Karl V.* 97 ff.; *Westermann*, *Türkenhilfe* 31 ff.; *Müller*, *Römische Kurie* 185: „Die Verweigerung der Türkenhilfe konnten die Lutheraner aber kaum ganz ernst meinen“.

stens für die Zeit der bewilligten Hilfe Friedenszusicherungen zum Schutz vor Kammergerichtsprozessen und militärischen Angriffen zu erreichen¹⁰¹. Aber auch in diesem Punkt kam es zu Meinungsverschiedenheiten und es wurden Stimmen laut, die es für zweckdienlicher hielten, zum Zeichen des guten Willens das Geld als Vorleistung zu erbringen und so den Kaiser zu Zugeständnissen in Religionsachen zu veranlassen¹⁰². Das alles führte schließlich dazu, daß sich die Lutheraner immer wieder mit befristeten Friedständen zufriedengaben¹⁰³. Man wird also zu dem Ergebnis kommen müssen, daß die Religionsfrage zwar die Diskussion um die Reichssteuern erschwert und mit neuem Zündstoff aufgeladen, ihren Erfolg mit einem zusätzlichen Unsicherheitsfaktor versehen und den Kaiser zur Rücksichtnahme gezwungen hat¹⁰⁴, daß aber kein primär religiös bestimmter Widerstand auch nur ein einziges Steuerprojekt zum Scheitern gebracht hat. Protestanten und Katholiken unterschieden sich in ihrer Haltung gegenüber den Reichssteuern nicht wesentlich voneinander¹⁰⁵, allenfalls in der

¹⁰¹ Vgl. RTA JR VII S. 606, 612, 614, 627, 635, 735 ff., 743, 755, 869 f., Beilage Nr. 127 S. 1236; RTA JR VIII, 2 S. 1000 ff., 1009 ff., 1041; *Brandenburg*, Politische Korrespondenz II Nr. 655 Art. 2, 677 Art. 2, 695, 698 Art. 11, 16, 17, 700 Art. 3, 815; *Bucholtz*, Regierung Ferdinands, Bd. 9 19 f.; *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 3 Nr. 7 S. 357–359, Nr. 13 S. 383–387; *Turetschek*, Türkenpolitik 178; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 38 ff., 44. Zu Plänen der kaiserlichen Seite, militärisch gegen die Lutheraner vorzugehen vgl. *Gess*, Akten und Briefe I Nr. 410 Art. 9; II Nr. 1193 S. 469 f.; Nr. 1350; *Müller*, Römische Kurie 116 ff.

¹⁰² Herzog Moritz von Sachsen drängte 1542 darauf, auch ohne förmliche Friedstellung die Türkenhilfe wegen der drohenden Gefahr zu bewilligen. Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 269 Art. 1–3, Nr. 279 Art. 1, Nr. 280 Art. 1, 2, Nr. 282, Nr. 283 Art. 5, Nr. 286 Art. 2, Nr. 287 Art. 2, Nr. 418 Art. 5, 6, Nr. 422, Nr. 424 Art. 2, Nr. 433 Art. 1, Nr. 525; II Nr. 659; RTA JR VIII, 1 S. 383, 396, 404; *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 2 S. 163 f., 165, 168, 301 f.; Bd. 3 Nr. 49 Art. 3 S. 500–503.

¹⁰³ Vgl. RTA JR VII S. 833, 840 f., 845, Beilage Nr. 164, 165 S. 1342–1444; NS II S. 434 Art. 26, S. 435 Art. 29, S. 465 Art. 131; *E. Fabian* (Hg.), Urkunden und Akten der Reformationsprozesse am Reichskammergericht, am kaiserlichen Hofgericht zu Rottweil und an anderen Gerichten, Teil 1: Allgemeines 1530–1534 (Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte 16/17) (1961) Nr. 14 A u. B. S. 50 ff.; Nr. 15 S. 59–64, Nr. 18 S. 78; *Rommel*, Philipp der Großmüthige III Nr. 12 S. 45–49; *Müller*, Römische Kurie 85, 214; *H. Immenkötter*, Um die Einheit im Glauben. Die Unionsverhandlungen des Augsburger Reichstages im August und September 1530 (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung 33) (1973); *E. Wolgast*, Die Wittenberger Theologie und die Politik der evangelischen Stände. Studien zu Luthers Gutachten in politischen Fragen (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 47) (1977) 203 ff.

¹⁰⁴ Ferdinand I. war 1524 der Überzeugung, es sei gegenwärtig nicht möglich, eine Reichsteuer auf die Kirchen und Untertanen des Reiches zu legen, „tant à cause de ceste secte Luterianne que d'autres rebellions, mouvements et difficultéz, estans presentement en icellui empire“. *Bauer*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1 Nr. 72 Art. 4. Vgl. auch *Wolfram-Thomas*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 3 Nr. 482 Art. 11; *Lanz*, Correspondenz I Nr. 125. Die protestantischen Stände hatten etwa ein Viertel der Matrikel von 1521 zu leisten. Vgl. *Müller*, Römische Kurie 204 f.; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 36, 55; *W. Reinhard*, Die kirchenpolitischen Vorstellungen Kaiser Karls V., ihre Grundlagen und ihr Wandel, in: *Confessio Augustana und Confutatio. Der Augsburger Reichstag 1530 und die Einheit der Kirche, in Verbindung mit B. Hallensleben* hg. von *E. Iserlob*, (Reformationsgeschichtliche Studien und Texte 118) (1980) 73 f., 89; im folgenden zitiert: *Reinhard*, Kirchenpolitische Vorstellungen.

¹⁰⁵ Bayern war wegen der Beziehungen zu Zápolya den Türkenhilfen gegenüber sehr reserviert, weil man kein Interesse daran hatte, die Habsburger in Ungarn zu stärken. Vgl. *H. Lutz*, Das

Frage der Finanzierung des Kammergerichts sind größere Abweichungen festzustellen, seitdem dieses im Jahr 1530 vom Kaiser zum Machtinstrument gegen die Protestanten gemacht worden war¹⁰⁶. Für den Zustand der Reichsfinanzen läßt sich die Reformation jedenfalls nicht vorrangig verantwortlich machen. Darauf ist Karls Urteil über die Reformation als „eine gewisse Wurtzel und Hauptursach allen Übels, Unglücks und Ungefälls Teutscher Nation“¹⁰⁷ mit Sicherheit nicht zu beziehen¹⁰⁸.

2. Reichsgewalt

Wenn nun die Reformation keinen entscheidenden negativen Einfluß auf die Entwicklung der Reichsfinanzen genommen hat, woran lag es dann, daß das Reich in der behandelten Zeit auf dem Wege zum Finanz- und Steuerstaat nicht vorangekommen ist? Vordergründig gesehen waren es natürlich die beschriebenen Mängel, die verhinderten, daß das bestehende Finanzsystem sich selbst weiterentwickeln konnte. Dabei sollte allerdings nicht übersehen werden, daß diese Mängel nur Symptome waren, die auf tieferliegende Ursachen verwiesen. Sie stellten ja an sich keine unüberwindbaren Hindernisse für eine Weiterentwicklung dar. Daß sie es aber dennoch waren, lag daran, daß sie Ausdruck der bestehenden Reichsverfassung waren¹⁰⁹.

Gerade im Bereich der Finanzen machte es sich im 16. Jahrhundert besonders bemerkbar, daß es dem Reich nicht gelungen war, ein von Beamten getragenes Verwal-

konfessionelle Zeitalter. Teil 1: Die Herzöge Wilhelm IV. und Albrecht V., in: *M. Spindler* (Hg.), Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. 2 (1969) 317 ff.; *Turetschek*, Türkenpolitik 54, 59, 80 ff., 261 ff.; *Westermann*, Türkenhilfe 49 ff., 74, 137, 187, 199. Die Auseinandersetzungen unter den Fürsten bei der Beratung der Kammergerichtsordnung 1548 waren nicht konfessionell begründet. Vgl. *P. Schulz*, Die politische Einflußnahme auf Entstehung der Reichskammergerichtsordnung 1548 (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 9) (1981) 28, 224; im folgenden zitiert: *Schulz*, Politische Einflußnahme. Vgl. auch *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 1 90 ff.

¹⁰⁶ Vgl. NS II S. 490 Art. 35, 36; *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 373 Art. 8, Nr. 403, 411, 413 Art. 4; II Nr. 813 Art. 8, 9: Moritz von Sachsen ist der Ansicht, der Kaiser sei oberster Gerichtsherr und sei befugt, gegen mißbräuchliche Verwendung des eingezogenen Kirchengutes mit Kammergerichtsprozessen vorzugehen. *J. H. Harpprecht*, Staats-Archiv des kayserl. und des H. Röm. Reichs Cammer-Gerichts oder Sammlung von gedruckten und mehrentheils ungedruckten actis publicis, Archival-Urkunden, kayserl. Rescripten, Verordnungen, Praesentationis- und Visitationis-Handlungen etc., Bd. 5 (1767) 102–104, 132, 140, 295; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg II S. 320; *Westermann*, Türkenhilfe 177 ff., 203 f.; *H. Bröbmer*, Die Einwirkungen der Reformation auf die Organisation und Besetzung des Reichskammergerichts (Jur. Diss. Heidelberg 1932) 6–18; *G. Dommasch*, Die Religionsprozesse der rekursierenden Fürsten und Städte und die Erneuerung des Schmalkaldischen Bundes 1534–1536 (Schriften zur Kirchen- und Rechtsgeschichte 28) (1961); *Smend*, Reichskammergericht 141 f.

¹⁰⁷ NS II S. 528 Art. 3.

¹⁰⁸ Vgl. auch *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 131; *Richter*, Reichstag zu Nürnberg 2; *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 155, 165; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 32 ff.; 43 ff.; *Reinhard*, Kirchenpolitische Vorstellungen 86–91.

¹⁰⁹ Vgl. *Schumpeter*, Krise des Steuerstaates 5 ff., 17 ff., und *Klein*, Öffentliche Finanzen 1, die mit Nachdruck auf den Zusammenhang zwischen Finanz- und Verfassungsgeschichte hinweisen.

tungs- und Behördensystem auszubilden. Es fehlte damit an grundlegenden Voraussetzungen und Anknüpfungspunkten für ein eigenes Steuer- und Finanzsystem. Es war nicht möglich gewesen, mit Hilfe des Lehnswesens zu einer „Verstaatung“ des Reiches zu kommen, vielmehr hatte das Lehnswesen zur Stärkung der Territorialgewalten geführt. Diese waren nicht bereit, zugunsten des Reiches von ihren Positionen im Finanzsystem abzurücken. Sie hielten vielmehr unbeirrt daran fest, daß jede Reichshilfe von ihnen bewilligt werden müsse, daß sie die Art und den Zweck der Verwendung zu bestimmen hätten, daß die Einsammlung der Steuer und die Verwahrung der Erträge ihnen zustünden, und sie achteten darauf, daß keine Steuern dem Reich zufließen, auf die sie keinen entscheidenden Einfluß hatten. Sie taten dies, ja mußten es tun, weil die Steuerfrage aufs engste mit der Landeshoheit verbunden war. Kein Herrschaftsträger wollte oder konnte es dulden, ohne an seinen Hoheitsrechten Schaden zu nehmen, daß das Reich ohne seine ausdrückliche Zustimmung und Mitwirkung in seinem Hoheitsbereich auf dem Wege über Steuererhebung Herrschaftsrechte ausübte; denn jede vom Reich ohne Beteiligung der Territorialgewalten ausgeübte Besteuerung hätte notwendigerweise zugunsten des Reiches eine integrierende Kraft ausgeübt und wäre damit der territorialen Entwicklung diametral entgegengelassen. So ist letztlich die Ausübung der Steuerhoheit aufs engste mit der Frage nach der Reichsgewalt und der Verteilung der Macht im Reich verbunden. Gemeiner Pfennig und Matrikel eignen sich in besonderer Weise dazu, diesen Sachverhalt zu verdeutlichen.

Der Gemeine Pfennig stellte als eine von der Reichsspitze kraft eigener Autorität eingenommene und verwaltete Reichssteuer seiner Idee nach eine integrative Kraft dar¹¹⁰. Er hätte Reichsspitze und Reichsuntertanen in Widerspruch zur Lehnsverfassung in direkten Kontakt miteinander gebracht und hätte mit der Zeit notwendigerweise die territorialen Gewalten schwächen und die Orientierung der Reichsverfassung auf die Reichsspitze hin stärken müssen. Er hätte in gewisser Weise einen Ansatzpunkt zur Überwindung der bestehenden Reichsverfassung geboten. Es ist daher wohl bezeichnend, daß der Gemeine Pfennig in seiner in dieser Hinsicht idealen Form nur ein einziges Mal begegnet, und zwar im ersten von der Reformpartei vorgelegten Entwurf von 1495. Die weiteren überlieferten Entwicklungsstufen der Pfennigordnung von 1495 spiegeln anschaulich das Schicksal wider, das dem Gemeinen Pfennig bei der Umsetzung in die Wirklichkeit widerfuhr. Das Ergebnis war, daß die Territorialgewalten das Reich Schritt für Schritt an den Rand drängten und die Durchführung der Besteuerung der Untertanen an Ort und Stelle allein übernahmen und die Erträge aus ihren Herrschaftsbereichen direkt in ihre Hände bekamen¹¹¹. Das bedeutet, daß es in ihrem politischen Ermessen lag, ob die Steuer eingesammelt und auch abgeliefert wurde. Eine entscheidende Einflußnahme des Reiches war damit fast völlig ausgeschlossen. Von der ursprünglichen Idee einer Reichssteuer, d. h. einer Steuer, die von Organen des Reiches im Namen und kraft der Autorität des Reiches eingehoben wurde, war nicht mehr viel übriggeblieben. Der Gemeine Pfennig war in die Hand der

¹¹⁰ Vgl. *Blickle*, Gemeiner Pfennig und Obrigkeit 181.

¹¹¹ Vgl. RTA MR V Nr. 448.

Landesherrn gefallen. Ihre Abneigung, die Steuer und die Verfügungsgewalt darüber aus der Hand zu geben und damit einem Außenstehenden Einblick in ihr finanzielles Leistungsvermögen zu gestatten, wozu sie in der Ordnung von 1495 immerhin noch bereit gewesen waren¹¹², ging so weit, daß der Versuch von 1542, wenigstens die Erträge der Stände eines jeden Kreises unter Geheimhaltung der Einzelbeträge in einer Kreiskasse zusammenzufassen¹¹³, weitgehend scheiterte. Daß man sich trotzdem seit den zwanziger Jahren mit einem Gemeinen Pfennigprojekt beschäftigte und es in den vierziger Jahren zu realisieren versuchte, hatte seinen Grund nicht etwa darin, daß man dem Reich Zugeständnisse machen wollte oder daß das Reich so stark gewesen wäre, entsprechenden Druck auf die Reichsstände auszuüben. Der Grund dafür war vielmehr der, daß viele glaubten, damit die Ungereimtheiten der Matrikel umgehen zu können, und daß alle meinten, ein Gemeiner Pfennig sei die einzige adäquate Steuerform, um eine Offensive gegen die Türken finanzieren zu können. Der Gemeine Pfennig war so in der Praxis weitgehend zu einem bloßen Steuerumlagemodus geworden, der es ermöglichen sollte, auf eine möglichst gleichmäßige und für alle tragbare Weise große Summen zu beschaffen. Die ihm innewohnende verfassungsrechtlich bedeutsame Komponente war ihm weitgehend genommen worden. Sie reichte aber dennoch dazu aus, um zu bewirken, daß auf seiten der Fürsten die Abneigung ihm gegenüber wach blieb und er deshalb in den Hintergrund gedrängt wurde¹¹⁴. Daß sich der Gemeine Pfennig nicht durchzusetzen vermochte, darf somit als Indiz für die Schwäche der Position des Reiches gegenüber den Territorien in der Steuerpolitik und insgesamt gewertet werden¹¹⁵.

Die Bedenken, die die Stände gegenüber dem Gemeinen Pfennig trugen, brauchten sie gegenüber der Matrikel nicht zu haben. Die Matrikel wurde den einzelnen Ständen auferlegt, die für die Aufbringung und Bezahlung allein zuständig waren. Sie brachte also in Übereinstimmung mit der Lehnverfassung allein Reichsspitze und Reichsstände und nicht Reichsspitze und Reichsuntertanen in Kontakt, tastete also die verfassungsrechtliche Stellung der Stände gegenüber dem Reich in keiner Weise an, sondern stärkte sie noch zusätzlich¹¹⁶.

¹¹² Die Erträge sollten zusammen mit den Sammellisten an die Schatzmeister abgeführt werden. Den Städten wurde die Abgabe der Sammellisten erlassen. Vgl. RTA MR V Nr. 448.

¹¹³ Zahlreiche Stände, besonders des obersächsischen Kreises weigerten sich, ihre Steuererträge in die Kreiskasse zu zahlen. Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 353 Art. 4 m. Anm. 1 S. 429 f.; Nr. 373 Art. 5: „sonderlich derhalben, da einer des ganzen kreises anlage in seiner gewalt haben sollte, so mochten es bei etlichen ein mistrauen geben“. II S. 455 ff.

¹¹⁴ Vgl. S. 172 f. die Bedenken, die Moritz von Sachsen gegen ihn vortrug. Vgl. auch *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 3 S. 214: 1542 setzten die Fürsten durch, daß sie, soweit sie sich anderweitig mit den Landständen in der Frage der Türkenhilfe geeinigt hatten, Ersatzzahlungen leisten durften. Vgl. auch *Blaschke*, Frühkapitalismus und Verfassungsgeschichte 438 f.

¹¹⁵ Vgl. *Schulze*, Reichstage und Reichssteuern 46.

¹¹⁶ Zur Zahlung der Matrikel waren nur diejenigen verpflichtet, die vom Reich Lehen hatten. Vgl. RTA JR II Nr. 222 S. 909: „sie haben nichts vom reich, darumb sie zu geben auch nit gedrengt zu werden verhoffen“. *Gess*, Akten und Briefe I Nr. 430 Art. 4: Reichsregiment, Kurfürsten und Fürsten beschlossen, daß „diejenigen, die garnichts vom reich haben“ nicht eigens in der Matrikel aufgeführt werden sollten.

Aus der Sicht der Stände bot die Matrikel zudem den Vorteil, daß sie es dem Reich verwehrte, Einblick in ihre tatsächliche Leistungskraft zu nehmen. Die Stände konnten so im Interesse ihrer eigenen Machtentfaltung ihr Leistungsvermögen dem Reich gegenüber verschleiern. Durch die Matrikel wurde auf diese Weise nur ein Teil der tatsächlich vorhandenen Leistungskraft in den Dienst des Reiches gestellt. Aus der Sicht des Reiches bedeutete dies, daß es ihm aufgrund der Matrikel nur in sehr beschränktem Maße möglich war, die vorhandenen Ressourcen auszuschöpfen.

Diesen Sachverhalt sollen ein paar Beispiele verdeutlichen. Während im Jahr 1529 im Rahmen der Matrikel Mittel für 4000 Reiter und etwas über 10000 Knechte zur Verfügung standen, befanden sich bei Abbruch der Belagerung Wiens ca. 100000 Mann Reichstruppen in Anmarsch, die außerhalb der Matrikel aufgebracht wurden. Herzog Moritz von Sachsen hatte laut Matrikel die Kosten für 45 Reiter und 208 Fußknechte zu tragen. Im Jahr 1543 besoldete er im Türkenkrieg zusätzlich zur Reichshilfe in Höhe von zwei Römermonaten 1 Fähnlein für drei Monate, stellte dem König 130000 fl. zusätzlich in Aussicht und erwog außerdem, ein Kontingent von 10000 Knechten und 1000 Reitern zu schicken, das er nötigenfalls verdoppeln wollte. Im Jahr 1545 sagte die Landschaft Herzog Moritz zu, ohne große Probleme 5000 Mann auf längere Zeit unterhalten zu können. Landgraf Philipp von Hessen war im Jahr 1529 der Meinung, Hessen, Kursachsen, Brandenburg, Straßburg, Nürnberg und Ulm, die laut Wormser Matrikel zusammen 274 Mann zu Roß und 1387 Mann zu Fuß zu stellen hatten, könnten auf Jahre hinaus zum Schutz der Religion 4500 Reiter und 14000 Fußknechte unter Waffen halten. Im Jahr 1541 verpflichteten sich Hessen und die beiden Sachsen, gegen Herzog Heinrich von Braunschweig 14000 Fußknechte und 2100 Reiter ins Feld zu schicken und zusätzlich noch je 100000 fl. bereitzuhalten. 1542 eroberten Kursachsen, Hessen und einige schmalkaldische Bundesstädte mit 20000 bis 30000 Fußknechten und 4000 Reisigen Braunschweig-Wolfenbüttel, obgleich sie bereits für die beharrliche Türkenhilfe ihre Zahlungen geleistet hatten¹¹⁷. Das Steuersystem der Matrikel lief also auf eine weitgehende Schonung der Reichsstände zum Nachteil des Reiches hinaus.

Die in der Matrikel ohnehin zum Ausdruck kommende starke Position der Stände gegenüber dem Reich erfuhr im Laufe der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts eine zusätzliche Bekräftigung durch das Recht der Subkollektation, d.h. das Recht, die Matrikularbeiträge in eigener Regie auf die Untertanen umlegen zu dürfen. Dieses Recht trug sicherlich entscheidend mit dazu bei, daß sich die Matrikel gegenüber dem Gemeinen Pfennig durchsetzen konnte. In finanzieller Hinsicht bedeutete es für die Stände, die bislang die Beträge aus der eigenen Kasse zu zahlen hatten, eine wesentliche Entlastung und bot außerdem die Möglichkeit, von den Untertanen mehr als erforderlich einzutreiben. Aus verfassungsrechtlicher Sicht war es zudem ein entschei-

¹¹⁷ Vgl. RTA JR VIII,1 S.263; RTA JR VIII,2 S.990, 1086–1097: die Reichshilfe betrug 1529 etwa 406000 fl.; *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr.228 Art.3, 12; Nr.341, 376, 388 Art. 2; Nr.390 Art.2; Nr.468, 484 Art.2; Nr.488 Art.1; Nr.496 Art.1, 3; Nr.504; II Nr.836 Art.4; *Steglich*, Reichstürkenhilfe 41, 55; *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 112; *H. Traut*, Kurfürst Joachim II. von Brandenburg und der Türkenfeldzug vom Jahre 1542 (1892) 70.

dendes Instrument zur Durchsetzung des landesherrlichen Besteuerungsrechts gegenüber den Landständen und diente damit zur Festigung der Landeshoheit¹¹⁸. Die Matrikel hatte also aus der Sicht des Reiches eine desintegrierende Wirkung und stärkte die Partikulargewalten gegenüber dem Reichsganzen. Mit der Matrikel gewannen die Stände in neuer Weise Anteil am Reich, indem sie auf dem Weg über die Finanzen das Reich und seine Politik mittrugen und mitbestimmten. Man könnte sagen, daß damit die Stände in gewisser Weise aus bislang heeresfolgeleistenden Lehnsvasallen zu Gliedern des Reiches wurden, die dieses auf dem Weg über die Steuern trugen. Es hätte hierin unter Umständen ein Ansatzpunkt liegen können, die Reichsverfassung in Richtung auf einen Ständestaat zu verändern¹¹⁹.

Im Bereich der Steuern und Finanzen hatte sich also die Territorialgewalt gegenüber der Reichsgewalt behauptet und durchgesetzt. Daraus folgt auch, daß die Finanzpolitik ein wenig geeignetes Mittel war oder gewesen wäre, um eine Reichsreform voranzubringen, die auf eine Stärkung der Reichsgewalt abzielte. Es wird wohl eher so sein, daß eine erfolgreiche Finanzpolitik des Reiches eine starke Zentralgewalt zur Voraussetzung gehabt hätte¹²⁰.

Das Reich war in finanzieller Hinsicht, insbesondere durch die Matrikel dem Zugriff des Kaisers weitgehend entzogen. Er hatte nicht die Macht, wie Philipp von Hessen sagte, gegen den Willen der Stände aus dem Reich auch nur einen Gulden zu nehmen¹²¹. Es hat auch den Anschein, daß Karl V. wegen der fehlenden rechtlichen Handhabe, wegen der fehlenden Macht und wegen der sich möglicherweise aus einer soliden finanziellen Ausstattung des deutschen Königtums für das habsburgische Wahlkönigtum ergebenden negativen Folgen auch nicht ernsthaft versucht hat, eine

¹¹⁸ Vgl. dazu *Schulze*, Reichstage und Reichssteuern 49 ff., 56 ff.; *Ders.*, Reich und Türkengefahr 244 ff.; *Blickle*, Gemeiner Pfennig und Obrigkeit 182; *Krüger*, Finanzstaat Hessen 62, 246, 248 f., 258; *Isenmann*, Reichsfinanzen 185.

¹¹⁹ Vgl. *G. Oestreich*, Verfassungspolitische Situation der Monarchie in Deutschland vom 16. bis 18. Jahrhundert, in: *Ders.*, Geist und Gestalt des frühmodernen Staates, ausgewählte Aufsätze (1969) 259; *O. Hintze*, Typologie der ständischen Verfassungen des Abendlandes, in: *Ders.*, Staat und Verfassung. Gesammelte Abhandlungen zur allgemeinen Verfassungsgeschichte, hg. von *G. Oestreich* (1970) 120–139. *W. Näf*, Die Epochen der neueren Geschichte, Bd. 1 (1970) 191, 203 spricht von einer Fürstenaristokratie.

¹²⁰ Dementsprechend spielten zwar die Finanzfragen in den Reichsreformschriften und -projekten eine wichtige Rolle, standen aber nicht im Vordergrund der Überlegungen und waren auch nicht deren Kern. Es läßt sich vielmehr feststellen, daß allgemein die Ansicht vorherrschte, nach einem erfolgreichen Gelingen der Reform würde die Beschaffung der nötigen Finanzen keine großen Probleme mehr bereiten, sondern sich als Konsequenz der Reform mehr oder weniger von selbst ergeben. Vgl. dazu einen knappen Überblick bei *Isenmann*, Reichsfinanzen 137 ff. Die Auffassung von *K. Kaser*, Deutsche Geschichte im Ausgang des Mittelalters, Bd. 2 (1912) 206, die Reichsfinanzen seien der wichtigste Teil der Reichsreform gewesen, dürfte so nicht zutreffend sein.

¹²¹ *Rommel*, Philipp der Großmüthige III Nr. 11 S. 43: „Es ist nach weither offenbar war, das kein Kaiser jhe in deutschen landen macht gehapt hat, einichen fursten mit gewalt 1 gulden abzufordern, und ob er sie schon gefordert hat, wer es in der gestalt nit geben worden. So aber in Keiser etwas mit bewilligung gemeiner stende erlangt, das ist man Ime schuldig zu geben gewest.“ Vgl. auch Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 828 S. 528.

grundlegende Änderung im steuer- und finanzstaatlichen Sinn herbeizuführen¹²². Er mußte sich mit dem meist wenigen begnügen, das ihm die Stände zur Verfügung stellten. Er wurde zwar ausdrücklich als oberster Kriegsherr anerkannt¹²³, doch blieb dies auf die Kriegsfinanzierung ohne erkennbare Auswirkungen. Für eine mit militärischen Mitteln vorgetragene Außenpolitik war er vorrangig auf eigene Mittel angewiesen. So stellten etwa die Erblande zwischen 1495 und 1500 ca. 1,5 Millionen fl. zur Verfügung, betrugen im Jahr 1526 die Leistungen Tirols gemessen an der gleichzeitigen Reichshilfe den vierten Teil davon und zahlten im Jahr 1529 die habsburgischen Länder einschließlich Böhmens und Ungarns mit ca. 645 000 fl. erheblich mehr als das Reich mit ca. 406 000 fl. Im Jahr 1541 bewilligten die Erblande ca. 1,3 Millionen fl. und im Jahr 1543 gingen vom Reich an Türkenhilfe ca. 80 000 fl. ein, während gleichzeitig die niederösterreichischen Länder allein 300 000 fl. aufbringen mußten¹²⁴.

Das Steuer- und Finanzsystem brachte es mit sich, daß dem Reich in der Außenpolitik weitgehend die Hände gebunden waren, und verhinderte es geradezu, daß die potentiell vorhandene Macht des Reiches zur Geltung kommen konnte. Das Reich konnte etwa in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gegenüber den Türken kaum bestimmend agieren, sondern war weitgehend zu einem bloßen Reagieren verurteilt und war selbst dabei wie etwa in den Jahren 1529 und 1542 durch umständliche Bewilligungs- und Vollzugsvorschriften, die überängstlich jede Mißbrauchsmöglichkeit ausschließen sollten, derart behindert, daß greifbar nahe scheinende durchschlagende Erfolge verhindert wurden¹²⁵.

¹²² Vgl. seine ablehnende Haltung gegenüber dem Vorschlag Ferdinands I., eine Reichsrente einzuführen. Ferdinand hatte selbst darauf hingewiesen, daß durch die Einführung einer solchen Rente auch andere Dynastien in die Lage versetzt würden, die Regierungsgeschäfte zu führen, und daß dadurch das habsburgische Wahlkönigtum gefährdet werden könnte. *Rabe*, Reichsbund und Interim 122 ff. 1548 begnügte er sich auf dem Höhepunkt seiner Macht mit einem relativ bescheidenen Vorrat. Vgl. NS II S. 543 ff. Karl, der in der Wahlkapitulation (RTA JR I Nr. 387) versprochen hatte, keine neue Reichssteuer einzuführen, dachte zur Lösung der Finanzfrage an keine umfassende Finanzreform, sondern an Abgaben des Schwäbischen Bundes und an eine Besteuerung der Kirche. Vgl. *Bauer*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1 Nr. 56 Art. 3, 4. Zur Bewältigung des Finanzproblems im Rahmen seiner Reichsbundpläne äußert er sich nicht. Vgl. *Rabe*, Reichsbund und Interim 134 ff. Karl V. gelang auch in Spanien keine durchgreifende Finanzreform. Nach *H. Rabe*, Elemente neuzeitlicher Politik und Staatlichkeit im politischen System Karls V. Bemerkungen zur spanischen Zentralverwaltung und zur politischen Korrespondenz des Kaisers, in: *H. Lutz* (Hg.), Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V. (Schriften des Historischen Kollegs, Kolloquien 1) (1982) 165 war die Finanzverwaltung das schwächste Glied der Zentralverwaltung.

¹²³ Vgl. NS II S. 438 Art. 54. 1495 wurde der Versuch unternommen, den König auch hierin durch die Mitwirkung der Stände einzuschränken. RTA MR V Nr. 327 Art. 37; Nr. 356 Art. 7.

¹²⁴ Daneben hatten die Erblande die laufenden Kosten zur Sicherung der Grenzen gegen die Türken zu tragen. Zu weiteren Beispielen vgl. RTA JR VII S. 317, 485, 537, 644, 756, 759; NS II S. 446 Art. 7, S. 447 Art. 7; *Bauer*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1 Nr. 163 Art. 2; *Bauer-Lacroix*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 2 Nr. 181 Art. 4, 9, Nr. 424; Politische Correspondenz der Stadt Straßburg I Nr. 480; *Oberleitner*, Österreichs Finanzen 23, 53 ff., 79 ff., 89; *Huber*, Finanzielle Verhältnisse 218 ff.; *Westermann*, Türkenhilfe 197; *Turetschek*, Türkenpolitik 24 ff., 32, 282; *Wiesflecker* II 311.

¹²⁵ 1529 mußte erst in einem langwierigen Verfahren die Gewißheit über einen türkischen Aufmarsch eingeholt werden. Danach erst trat der Ausschuß zusammen, der über die Freigabe der

Die Finanzsituation wirkte sich auch auf dem Gebiet der Innenpolitik nachteilig aus. Die Tätigkeit aller Reichsinstitutionen – gleichgültig ob vom Kaiser oder den Ständen geschaffen –, die der Stärkung der Reichsgewalt hätten dienen können wie Reichsregiment und Reichskammergericht, war durch chronischen Geldmangel behindert. Das fehlende oder knapp bemessene Geld – freilich nicht allein – stellte den Erfolg, die Stetigkeit und den Bestand dieser Einrichtungen mehr als einmal in Frage und zwang sie, viel Zeit auf die Beschaffung der Mittel für den eigenen Unterhalt zu verwenden. Das Mittel der Finanzbewilligung oder -verweigerung diente den Ständen dazu, ungewünschte Entwicklungen zu unterbinden und in genehme Bahnen zu leiten¹²⁶.

Mittel zu entscheiden hatte. Vgl. *Steglich*, Reichstürkenhilfe 39 ff.; *Turetschek*, Türkenpolitik 62 f. Da die Mittel nur für 3 Monate bewilligt waren, konnte eine Verfolgung der zurückweichenden Türken nicht unternommen werden. 1542 dauerte es viel zu lange, bis der oberste Feldhauptmann jeden der zehn Kreise von der Notwendigkeit der Hilfeleistung verständigen konnte und bis diese das Geld zur Verfügung stellen konnten. Auch der vorgesehene Finanzausgleich unter den Kreisen war zu kompliziert und zu zeitraubend. Vgl. NS II S. 472–478 Art. 7, 13–15, 18, 20, 21, 27, 36. Vgl. auch *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 403: Philipp von Hessen sprach das Problem 1542 präzise an: „Dan soll er (= Reichsfeldhauptmann) erst auf des reichs hulf sehen, bis iglicher bischof, graf oder stadt sein geld aus dem gemeinen kasten erlegt oder sein volk schickte ... so wurd auch heut eins geld, des andern morgen kommen, dadurch die beste zeit ... verseumt wurd werden.“ Vgl. auch *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 37.

¹²⁶ Der fehlende Unterhalt gefährdete ständig die Existenz von Reichsregiment und Kammergericht, brachte das Kammergericht, insbesondere in den ersten Jahren seines Bestehens wiederholt zum Erliegen und führte dazu, daß für die Stellen am Kammergericht kaum oder nur mit Mühe qualifizierte Juristen gefunden werden konnten. Vgl. dazu RTA JR III S. 67; Nr. 23 I u. II S. 125 ff.; Nr. 49 S. 263; S. 363, 373, 383; RTA JR IV Nr. 18 S. 50; Nr. 23 S. 89 ff.; NS II S. 318 Art. 75; *Planitz* S. 89, 318, 323, 327; *Teicke*, Reichssteuerbestrebungen 59 ff.; *Schulz*, Politische Einflußnahme 25, 37 ff.; *Gollwitzer*, Unbekannte Versuche 255 ff.; *H. Lieberich*, Frühe Reichskammerprozesse aus dem bayerischen Reichskreis, in: Festschrift für E. C. Hellbling (1971) 419–446; *R. Wohlfeil*, Der Wormser Reichstag von 1521, in: Der Reichstag zu Worms von 1521, Reichspolitik und Luthersache, hg. von *F. Reuter* (1971) 131. Zur Finanzierung von Reichsregiment und Kammergericht und zu den Auseinandersetzungen darum vgl. RTA JR II Nr. 101 S. 733 f.; Nr. 230 S. 922; RTA JR III Nr. 118 S. 761 f.; RTA JR IV Nr. 22 S. 79 ff., 83; Nr. 23 S. 94 ff.; Nr. 25 S. 115, 136; Nr. 26 S. 197; Nr. 28 S. 218 f.; Nr. 39 S. 307; Nr. 50 S. 341; Nr. 51 A S. 342 f.; Nr. 54 S. 348 ff.; Nr. 55 S. 350 f.; Nr. 58 S. 358 f.; Nr. 70 S. 388; Nr. 71 S. 390; Nr. 149 S. 592 f.; Nr. 189 S. 697; Nr. 206 S. 707 f.; RTA JR VII S. 125, 129 Anm. 2, 606, 657, 662, 780, 791, Beilagen: Nr. 30 S. 1013; Nr. 34 S. 1019; Nr. 81 S. 1099; Nr. 90 S. 1111; Nr. 92 A S. 1116; Nr. 104 S. 1135; Nr. 148 S. 1303; NS II S. 246, 277 Art. 16, 17, 278 Art. 25, 298 Art. 27, 317 f. Art. 73, 76, 80, 435 f. Art. 33–35, 466 Art. 135, 513 Art. 100, 532 f. Art. 21, 26, 30, 31, 615 Art. 28, 29; *Bauer*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 1 Nr. 15, 16, 65 Art. 2, 76 Art. 10, 12, 13, 88 Art. 4, 103 Art. 5, 121 Art. 7; *Bauer-Lacroix*, Korrespondenz Ferdinands I., Bd. 2 Nr. 192 Art. 5; Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg I Nr. 501 S. 285/6; *Klüpfel* II S. 249 f.; *Richter*, Reichstag zu Nürnberg 26, 28, 43, 46, 75–81; *Kühn*, Speyrer Reichstag 1529, 243.

V. Ergebnisse

Eine abschließende Bestandsaufnahme erbringt, daß das Steuersystem des Reiches über die Stufe der *außerordentlichen* Steuern nicht hinausgekommen ist. Lediglich der ständige Finanzbedarf des Kammergerichts führte dazu, daß seit dem Jahr 1548 der Kammerzieler zur einzigen ordentlichen Reichssteuer auf der Basis einer Matrikularabgabe wurde¹²⁷. Wegen seines relativ geringen Betrages blieb er aber ohne verändernde Auswirkungen auf das Steuersystem. Die Steuerdiskussion drehte sich ausschließlich um Matrikel und Gemeinen Pfennig und um deren praktische und verfassungsrechtliche Abklärung. Darüber hinausgehende Entwicklungen vollzogen sich bis in die Mitte des 16. Jahrhunderts nicht.

Ein Vergleich zwischen dem Zustand des Steuersystems am Ende des 15. Jahrhunderts und in der Mitte des 16. Jahrhunderts zeigt insofern eine Weiterentwicklung, als sich durch die permanent geführte Steuerdiskussion die Auffassung von der Steuer als eines legitimen Mittels zur Finanzbeschaffung einigermaßen Geltung verschaffen konnte, wenngleich sie noch immer nicht zur Selbstverständlichkeit geworden war. Aber wenigstens schwand der prinzipielle Widerstand, der im 15. Jahrhundert weitgehend jede Steuerforderung von Anfang an zum Scheitern verurteilt hatte, und es konnte sich nach und nach die Ansicht durchsetzen, daß Gründe der Zweckmäßigkeit ausreichten, um eine Steuerbewilligung an Stelle von Truppenstellung zu rechtfertigen. Der Steuergedanke konnte somit auch im Reich mehr und mehr an Boden gewinnen. Das Beispiel der Reichsritterschaft verdeutlicht diesen Prozeß. Hatten sich die Reichsritter seit dem Gemeinen Pfennig von 1495 gegen jede Steuerforderung leidenschaftlich zur Wehr gesetzt, so ließen sie sich seit dem Jahr 1542 unter dem Zwang der Entwicklung herbei, Steuern in Form der *Subsidia caritativa* zu zahlen¹²⁸. Bei den Steuerdiskussionen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ging es also nicht mehr um die Frage der prinzipiellen Berechtigung von Steuern. Worum es im wesentlichen ging, waren Fragen der Höhe und der Verwendung der Steuern. Darin kann wohl ein vorbereitender Schritt in Richtung Steuerstaat gesehen werden.

Was die institutionelle Ausgestaltung des Steuersystems an *zentraler Stelle* betrifft, so wird man wohl gegenüber dem Ende des 15. Jahrhunderts eher von einem gewissen Rückschritt sprechen dürfen, der mit dem fortschreitenden Erstarken der Territorialgewalten korrespondierte. Entsprechend den Vorstellungen Bertholds von Henneberg, das Reich durch die Schaffung zentraler Institutionen zu reformieren, war in den Jahren 1495 und 1500 der Versuch unternommen worden, mit den Schatzmeistern und dem Reichsregiment zentrale Institutionen auch für Erfassung und Verwaltung der Reichsfinanzen zu schaffen und damit auch auf dem Sektor der Finanzen, soweit es die Verwaltung betraf, die Hoheit des Reiches über die Territorien zu begründen. Im Laufe des 16. Jahrhunderts trat hierin eine Differenzierung und Dezentralisierung

¹²⁷ Vgl. Mayer, Geschichte der Finanzwirtschaft 243; Klein, Öffentliche Finanzen 9.

¹²⁸ Vgl. Mayer, Geschichte der Finanzwirtschaft 243.

ein. Reichsregiment und Kammergericht verwalteten die für ihren Unterhalt bestimmten Gelder selbständig und für die Gelder der Kriegshilfen wurden eigene Verwaltungsmodalitäten festgelegt, die vornehmlich die Interessen der Stände berücksichtigten und dem Reich keinen unmittelbaren Zugriff auf das Geld erlaubten. Zu einer eigenständigen Steuerorganisation des Reiches kam es nicht einmal in Ansätzen. Das Steuersystem war fest in den Händen der Reichsstände, was Bewilligung, Durchführung und Verwendung der Gelder betraf. Sie entschieden darüber als Korporation auf den Reichstagen und lehnten mit Entschiedenheit Steuerforderungen am Reichstag vorbei an einzelne Stände ab¹²⁹. Die Steuern selbst hatten in ausgeprägter Weise den Charakter von Zwecksteuern, waren an enge zeitliche Fristen gebunden, die im 16. Jahrhundert noch enger gezogen wurden als zu Ende des 15. Jahrhunderts, und trugen immer noch Züge des Almosens¹³⁰. Mit modernen Steuern hatten sie wenig gemein. Dem Reich wurde keinerlei Steuerhoheit sowohl bezüglich der Steuerfestsetzung, Erhebung und Verwendung zugestanden. Zu einem Steuerstaat, d.h. einem Staat, der seinen Finanzbedarf weitgehend oder ausschließlich durch Steuern deckte, die er in eigener Regie erhob, kam es nicht. Dazu fehlten so gut wie alle Voraussetzungen und dafür war die Zeit noch nicht reif¹³¹.

¹²⁹ Vgl. z. B. RTA JR VII S. 505, 514; *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 3 Nr. 13 S. 383–387.

¹³⁰ 1495 war vorgesehen, daß die Reichen nach ihrer Andacht etwas mehr geben sollten. Das Volk sollte von den Kanzeln ermahnt werden, freiwillig etwas mehr zu geben. Vgl. RTA MR V Nr. 448 Art. 4, 14. In den Steuerordnungen von 1500 und 1542 war bestimmt, daß in jeder Kirche besondere Opferstöcke aufgestellt werden sollten, in die die Gläubigen auf entsprechende Ermahnungen seitens des Pfarrers hin freiwillige Spenden werfen sollten. Vgl. NS II S. 62 Art. 44, S. 462 Art. 108.

¹³¹ Vgl. *Wachenhausen*, Staatsausgabe 173; *Bauer*, Staatsfinanz 26 ff. Die Türkengefahr war nicht geeignet, um durchgreifende Veränderungen im Steuersystem zu bewirken. Die Türkengefahr wurde in erster Linie von den Reichsständen an der Ostgrenze als unmittelbare Gefahr empfunden, während sich die entfernteren Stände nicht direkt bedroht fühlten. Vgl. *Brandenburg*, Politische Korrespondenz I Nr. 268 Art. 5. Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen, der die Türkengefahr durchaus ernst nahm, war deshalb aber zu keinerlei Veränderungen im bestehenden Steuersystem zugunsten des Reiches bereit. Das Ansuchen Ferdinands und Karls V. von 1538, wegen der drohenden Türkengefahr eine Hilfe ohne vorherige Bewilligung durch den Reichstag zu gewähren, lehnte er mit aller Entschiedenheit ab. Eine solche Neuerung war für ihn die größte Gefahr, „dan die deutsche nacion, ob gleich Osterich und des koniges erblande ... von den Thurken bereit erobert und eingenommen weren, nit so einen grossen und merklichen schaden und nachteil erliedte, als wan man sich in eine sulche erbliche dinparkeit solt furen lassen“. Nach Johann Friedrich sollte es in erster Linie darum gehen, „einen christlichen, besthendigen und saten friden, auch des reichs freihait, herligkait und gerechtigkeit zu erhalten und zu erlangen“. Ehe man sich auf eine Partikularhilfe einlasse, sei es besser „zu dulden und zu leiden, wo je der christenheit ... von den Turken die drauende beschwerden mochten begegenen, welchen doch im vhalh der nodt nach vermugen widerstanden kondte werden, weder das dem reiche, auch E.L., uns und andern fursten und stenden des reichs diese nachteilige einfurung zu machen verstadt solt werden, dadurch E.L., wir und die andern stende zu solcher dinstbarkeit verpflichtet werden und darinnen sitzen musten“. *Mentz*, Johann Friedrich Bd. 3 Nr. 13 S. 383–387. Brief an Landgraf Philipp von Hessen.

Das bestehende Steuersystem war für die Neuordnung der Reichsfinanzen und für die Entwicklung einer eigenständigen Finanzwirtschaft denkbar ungeeignet. Es ließ dem Reich keinerlei Finanzhoheit und stellte ihm vorwiegend auf Notsituationen beschränkt Mittel zur Verfügung, die in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts kaum zur Erledigung der Aufgaben ausreichten. An finanzielle Vorausplanungen und an eine Etatbildung, Voraussetzungen und Kern einer jeden geordneten Finanzwirtschaft, war nicht zu denken. Die Steuern reichten allenfalls zu einer Notbewirtschaftung aus. Zu einem Finanzstaat konnte es so nicht kommen. Auch der Weg, über die Intensivierung noch bestehender Einnahmemöglichkeiten und die Erschließung neuer Finanzquellen an dieses Ziel zu gelangen, war wegen der bestehenden Machtverhältnisse nicht zu beschreiten. Zur Beschaffung größerer Summen war der Kaiser weitgehend auf Kredite angewiesen. Um diese zu erhalten, mußten Sicherheiten gestellt werden, die meist in der Vergabe der noch spärlich vorhanden gebliebenen ertragbringenden Reichsrechte und -besitzungen bestanden. Das Ergebnis davon war eine noch größere Zerrüttung der Finanzen¹³².

Die unerfreuliche Finanzsituation des Reiches resultierte also aus dem Steuersystem, das seinerseits wiederum Ausdruck der Verfassung des Reiches war und das Reich zum Vorteil der Territorialgewalten weitgehend von der tatsächlich vorhandenen und hoch einzuschätzenden Finanzkraft der Untertanen fernhielt. Christof Fürer aus Nürnberg dürfte in seinem Finanzgutachten für Ferdinand von 1529 den Kern des Problems präzise angesprochen haben, als er schrieb: „gelts und volks“ sei genug da, „allein fehlet es uns an der gehorsam und ordnung“¹³³. Eine Reichsfinanzreform hätte aber eine Verfassungsreform vorausgesetzt, zu deren Durchsetzung es wiederum einer politischen Macht des Kaisers bedurft hätte, die mit bedingt durch das Finanzsystem weder Maximilian I. noch Karl V. besaßen.

¹³² Zur Bedeutung der Kredite und der damit verbundenen Abhängigkeit von den Geldgebern vgl. *Ehrenberg*, *Fugger I* S. 27 f., 100 ff., 130, 152 ff., 377 ff.; *G. Freiherr von Pölnitz*, *Anton Fugger und die römische Königswahl Ferdinands I.*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 16 (1951) 317–349; *Ders.*, *Anton Fugger*, Bd. 1 (1958) 180, 184, 529; *Klein*, *Öffentliche Finanzen* 9. *Reinhard*, *Kirchenpolitische Vorstellungen* 93 zeigt, daß wegen der mangelnden Zuverlässigkeit des Kaisers 1530/31 die Zinsen für Kredite von durchschnittlich 15% auf 37%–40% empor-schnellten. Zu den Schulden Ferdinands I. vgl. *Huber*, *Finanzielle Verhältnisse* 188, 213; *Turetschek*, *Türkenpolitik* 19 ff. Die Abhängigkeit des Kaisers von den Banken und Handelshäusern machte sich besonders augenfällig in der Auseinandersetzung um den Reichszoll und die Monopolen bemerkbar.

¹³³ RTA JR VII Beilage Nr. 122 a S. 1227. Auch Ferdinand vertrat 1523 gegenüber Karl V. die Ansicht, der Gemeine Pfennig könne durchaus große Summen einbringen, Voraussetzung sei allerdings, daß im Reich „justice, obeissance et ordre“ herrschten. Ist dies nicht der Fall, dann sei zu befürchten, daß die Einsammlung mehr koste, als die Steuer abwerfe. Vgl. *Bauer*, *Korrespondenz Ferdinands I.*, Bd. 1 Nr. 50 Art. 10.

Diskussion zum Referat Schmid

Steglich: Ich wollte zunächst darauf hinweisen, daß wir hier wie auch bei den anderen Reichsreformvorhaben sehen, wie alle entscheidenden Projekte eigentlich schon um die Jahrhundertwende da sind und dann nur in einer langen Diskussion weiter ausgebildet werden. Man kann das auch beim Landfrieden zeigen. Der Landfrieden von 1495 ist 1521 und 1548 weiterentwickelt und 1555 schließlich durch die Hereinnahme des Religionsfriedens auf die neue Situation des Religionszwiespaltes ausgerichtet worden. Nun aber zu dem Referat selbst. Ich habe daran auszusetzen, daß der Gemeine Pfennig nicht klar definiert worden ist. Sie haben an einer Stelle gesagt, der Gemeine Pfennig sei eine allgemeine Reichssteuer gewesen, später haben Sie gesagt, es sei vor allem darauf angekommen, eine gleichmäßige Besteuerung zu erreichen. Was ist denn nun das eigentliche Merkmal des Gemeinen Pfennigs gewesen? Kann man überhaupt bei allen diesen Projekten einer allgemeinen Besteuerung, also etwa bei den Entwürfen der zwanziger Jahre und des Eßlinger Fürstentages 1526, von einer gleichmäßigen Besteuerung sprechen? Ich fand es auch nicht ganz überzeugend, wie Sie das Projekt von 1495 erörtert haben. Sie sagten da, es handle sich um eine Mischung von Vermögens- und Kopfsteuer. Und Sie nennen eine Obergrenze bei den Vermögen, von der an keine Steuern mehr gezahlt werden mußten. So sieht aber doch die Quelle gar nicht aus. Es wird dort verlangt, bei einem Vermögen von 500 fl. soll $\frac{1}{2}$ fl. gezahlt werden, das ist 0,1%; bei 1000 fl. 1 fl., das ist ebenfalls 0,1%, wenn das Vermögen darüber hinausgeht, ist es jedem freigestellt, wieviel er zahlen will. Die These von der Kopfsteuer bezieht sich wohl auf das Vermögen unter 500 fl. Hier soll jeder den 24. Teil eines Guldens geben. Wieso ist das plötzlich eine Kopfsteuer? Ob man nun einen halben Gulden gibt, wenn man 500 fl. Vermögen hat oder den 24. Teil eines Guldens, wenn man weniger Vermögen hat, das ändert doch nichts daran, daß es sich um eine Vermögenssteuer handelt! Ich würde also meinen, der Gemeine Pfennig ist eine Vermögenssteuer, und ich glaube auch, eigentlich ist der Gemeine Pfennig so angelegt, daß er eine gleichmäßige, eine möglichst gleichmäßige Besteuerung bewirken soll. Das würde bedeuten, daß die Projekte der zwanziger Jahre mit der stärkeren Belastung der Kaufmannschaft aus diesem Schema herausfallen. Dann wollte ich noch sagen, daß ich nicht sehen kann, wieso beim Steuerwesen eine Entwicklung zum Negativen stattgefunden haben soll, nur weil die Reichsstände alle Steuern bewilligen mußten. Das finden wir ja auch im modernen Staat, daß das Parlament das Geld zu bewilligen und über den Verbrauch des Geldes zu befinden hat. Warum sollte es damals nun etwas Negatives gewesen sein, daß die Stände dieses Recht in Anspruch nahmen. Ich fand es auch nicht ganz überzeugend, daß Sie sagten, die Bewilligung sei immer nur kurzfristig erfolgt. Als Beispiel möchte ich nennen die Bewilligung der beharrlichen Hilfe auf dem Augsburger Reichstag 1530. Sie ist verbraucht worden erst 1542, also 12 Jahre später! Auf dem Reichstag 1542 ging es dann nur noch um den Vollzug dieser Hilfe, die seit 12 Jahren gewissermaßen schon zur Disposition bestand.

Schmid: Ich stimme Ihnen gerne zu, wenn Sie sagen, die Reformprojekte seien im wesentlichen bereits um die Jahrhundertwende angelegt gewesen. Davon bin auch ich

bei meinem Referat ausgegangen. Nicht folgen kann ich Ihnen hingegen in der Ansicht, daß sich das Streben nach einer allgemeinen und gleichmäßigen Steuer gegenseitig ausschließt. In diesem Spannungsfeld bewegte sich doch gerade die Diskussion bei den Gemeinen Pfennig-Projekten. Der Konflikt entzündete sich doch stets aufs neue an der Frage, wie es möglich ist, alle möglichst ohne Rücksicht auf ihre Standeszugehörigkeit in einer Weise zu besteuern, die vom jeweils Betroffenen als akzeptabel empfunden und hingenommen wird. Daß die Steuerprojekte der zwanziger Jahre gerade deswegen, weil dieser Ausgleich offenkundig nicht gewollt war und Kaufleute und niederer Klerus in eklatanter Weise benachteiligt werden sollten, scheiterten, darauf habe ich doch mit Nachdruck hingewiesen. Zu Ihrer Frage, wieso ich der Ansicht bin, der Gemeine Pfennig von 1495 sei eine Kombination aus Vermögens- und Kopfsteuer gewesen, möchte ich folgendes sagen. Wenn Sie die Entstehung der Steuerordnung verfolgen, dann werden Sie feststellen, daß sich von Anfang an Kopfsteuer- und Vermögenssteuerprinzip gegenüberstanden. Im ersten Entwurf der Kurfürsten dominierte eindeutig das Prinzip der Kopfsteuer, das sich nur insofern und recht vage am Vermögen orientierte, als die Reichen 1 fl. geben sollten. Im Gegenentwurf des Königs herrschte ebenso eindeutig das Prinzip der Vermögenssteuer vor, das von 500 fl. an aufwärts in fortschreitenden Stufen gelten sollte. Im Laufe der Beratungen näherten sich die beiden Positionen einander an, wobei ganz eindeutig beide Steuerprinzipien miteinander kombiniert wurden. Es wurde festgelegt, daß jede einzelne Person über 15 Jahre $\frac{1}{24}$ fl. zu zahlen hatte. Eine Vermögensbesteuerung im eigentlichen Sinn war nur für Vermögen zwischen 500 fl. und 1000 fl. vorgesehen. Bei einem Vermögen über 1000 fl. sollte nach freiem Ermessen mehr als 1 fl. gegeben werden, was in der Praxis äußerst selten geschah. Man kann vielleicht darüber diskutieren, ob es sich unter steuertechnischen Gesichtspunkten auch bei den Leuten mit einem Vermögen von weniger als 500 fl. ebenfalls um eine Vermögenssteuer handelte. Dagegen möchte ich aber nachdrücklich betonen, daß in dieser Steuerklasse ausdrücklich auf die einzelne Person Bezug genommen wird. Jede Person über 15 Jahre hatte zu zahlen, auch wenn sie kein eigenes Vermögen besaß. Ganz deutlich wird die Kombination von Kopf- und Vermögenssteuer bei der Art und Weise der Besteuerung von Eheleuten mit einem Vermögen von mehr als 500 fl. In diesem Falle hatte der Mann die Vermögenssteuer zu zahlen, während die Frau $\frac{1}{24}$ fl. zu entrichten hatte, also unverkennbar kopfsteuerpflichtig war. Auch der Steuervollzug bestätigt meine Ansicht und zeigt zudem, daß das Kopfsteuerprinzip vorrangig zur Geltung kam. Ca. 90% der Bevölkerung hatten nämlich weniger als 500 fl. Vermögen, wie Untersuchungen über die Vermögensverhältnisse in den Städten aufzeigen und wie auch die überlieferten Steuerregister des Gemeinen Pfennigs bestätigen, und wurden von der Kopfsteuer betroffen. Ich meine auch, daß die Betonung des Elements der Kopfsteuer Leitgedanke bei der Entstehung der Steuerordnung war und nicht als Zufallsergebnis zu werten ist. Darauf weist die Grobstratigkeit der beiden einzigen Vermögenssteuerstufen hin, die viel feinrastriger ausgearbeitet hätten werden müssen, wenn man eine Vermögenssteuer beabsichtigt hätte. Die Beispiele der Vermögenssteuerordnungen in den Städten und auch die späteren Gemeinen Pfennig-Ordnungen mit ihren vielfältigen Steuerstufen verdeutlichen das. Zur Bewilligung durch die Stände. Ich meine, es kommt eben darauf an, wie stark

dieses Bewilligungsrecht ausgebildet ist und wie man diesen Sachverhalt bewertet. Es ist sicherlich nichts Ungewöhnliches, daß Steuern von den Ständen bewilligt werden. Von entscheidender Bedeutung ist dabei aber doch wohl, wie die Kräfte verteilt sind. Es ist eben die Frage, ob auf beiden Seiten ein Grundkonsens darüber besteht, daß die Steuerforderung berechtigt und zu erfüllen ist, daß nur die Verteilung der Summen und die sonstigen Modalitäten geregelt werden müssen, oder ob es tatsächlich ins Ermessen der Stände gestellt ist, ob sie die Steuerforderung akzeptieren und die Steuer bewilligen oder nicht und ob der König auf diese Entscheidung nur sehr bedingt Einfluß nehmen kann. Im Steuerbewilligungsverfahren kommt so letztlich die Machtverteilung im Staat zum Ausdruck. In Frankreich beispielsweise war, um den Gegensatz zu verdeutlichen, die Taille einmal bewilligt worden und konnte hinfort vom König ohne Zutun der Stände eingezogen werden. In Deutschland dagegen hatten die Stände, wenigstens in dem von mir behandelten Zeitraum, ein Steuerbewilligungsmonopol in ausgeprägter Weise. Ohne ihre Zustimmung war keine Steuer möglich. Der König konnte sie nicht dazu zwingen. Ich möchte bloß an den Ausspruch Philipps von Hessen erinnern, wo er sagt, ohne Zustimmung der Stände könne der Kaiser keinen einzigen Gulden aus dem Reich nehmen. Versuche er es trotzdem, dann werde ihm nichts gegeben. Stimmten aber die Stände zu, dann seien sie verpflichtet zu zahlen. Ich meine, daß damit die Situation in Deutschland treffend beschrieben ist.

Steglich: Darf ich gleich entgegnen: Es lagen ja auch viele Gründe vor, die Bewilligung der Türkenhilfe restriktiv zu handhaben. Denken Sie an die Gefahr etwa des Krieges um Ungarn, wo die Bewilligungen dazu führen konnten, daß man die Thronkandidatur Ferdinands in Ungarn damit unterstützte, statt die Türken zu bekämpfen.

Selbst wenn es zuträfe, daß der Gemeine Pfennig 1495 eine Kopfsteuer gewesen sei, so muß man doch auch die weitere Entwicklung berücksichtigen, die Tendenz ging zur Vermögenssteuer. Es wird ja alles auf Vermögen umgerechnet. 1542 haben wir das vollausgebildete Projekt, nur eben mit 0,5% Vermögenssteuer, statt 0,1% Vermögenssteuer wie im Jahre 1495. Diese Entwicklung muß als Richtschnur bei der Definition des Gemeinen Pfennigs mit herangezogen werden.

Schmid: Herr Steglich, natürlich liegt hier eine Entwicklung vor, begründet auf der Erfahrung von 1495, die eben schon 1512 zur Einsicht führte, daß man mit dieser Art von Steuerfuß zu keinem Geld komme. Man differenzierte die Steuerklassen, bezog auch die Einkommen mit ein, die ja 1495 nicht genannt sind, und präziserte den Vermögensbegriff, der 1495 äußerst vage war. Es hieß 1495 einfach das Vermögen, ohne daß festgelegt war, welche Vermögensbestandteile erfaßt werden sollten. Lediglich die Renten sind eigens genannt, die mit 5% kapitalisiert werden sollten, so daß 25 fl. Rente einem Vermögen von 500 fl. und 50 fl. Rente einem Vermögen von 1000 fl. entsprachen.

Zur Bewilligungsfrist. Ich meine, man muß Truppen- und Steuerbewilligung sauber auseinanderhalten. Auf dem Reichstag von 1530 – wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie davon gesprochen – ging es ausdrücklich darum und es steht eigens

im Reichsabschied, daß eine Truppenhilfe und eine Geldhilfe bewilligt wurde. Ich möchte doch darauf bestehen, daß hier klar getrennt wird zwischen Bewilligungsfrist für Geld- und Truppenhilfe. Nehmen wir das Beispiel Maximilian, der immer mit langfristigen Zeitspannen – 10 Jahre, 12 Jahre oder 20 Jahre – rechnete. Das sind für ihn die Wunschvorstellungen. Durchzusetzen waren etwa 1495 vier und 1500 sechs Jahre, wobei die Möglichkeit offengehalten wurde, diese Fristen zu verlängern. Zu einem bestimmten Zeitpunkt vor Ablauf der Frist sollte man nochmals in Verhandlungen darüber eintreten. Wenn Sie dagegen die Römermonate etwa der zwanziger Jahre oder auch den Gemeinen Pfennig von 1542/44 sehen, dann steht doch fest, daß sie für wesentlich kürzere Zeiträume bewilligt wurden. Ich gestehe Ihnen natürlich zu, daß dabei politische Überlegungen eine große Rolle gespielt haben. Man wollte natürlich nicht den Habsburgern Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ihre Interessen in Ungarn verwirklichen konnten. In den zwanziger Jahren – Sie haben es ja in Ihrem Aufsatz über die Reichstürkenhilfe gezeigt – weigerten sich die Stände grundsätzlich, Geld für eine Offensive zu genehmigen, um nicht in unüberschaubare Konflikte auf dem Balkan verwickelt zu werden. Wenn man die Bewilligungsfristen unter Maximilian I. und Karl V. verfolgt, kann man feststellen, daß sie kürzer wurden. Unter Karl V. geht es nur um Monate, den nächsten Sommer oder gelegentlich vielleicht um ein oder zwei Jahre. Diese Feststellung gilt bezogen auf Steuern, nicht unbedingt für Truppenhilfe. Das bitte ich zu unterscheiden.

Steglich: Aber ich würde doch entgegenhalten, daß der Reichsabschied von 1530 diese beharrliche Hilfe nur sehr kurz behandelt, obwohl sie doch ein sehr kompliziertes Aufstellungsverfahren notwendig machte, und ich glaube, man hat das offengelassen, weil der Vollzug noch nicht in Aussicht stand. Ob die Bewilligung in Truppen oder in Geld wirklich ein so großer Unterschied war, das möchte ich bezweifeln. Das Umwandeln der Truppenhilfe in eine Geldhilfe war zur Gewohnheit geworden. Sie sagen, das sei eine Sache gewesen, die nur unter großen Schwierigkeiten zu erreichen war, aber wir haben doch schon bei der ersten Römerhilfe von 1521 die Gesamtumwandlung in eine Geldhilfe in den Jahren 1522–29 gehabt, und es ist dann auch später wieder so verfahren worden.

Schmid: Darauf darf ich Ihnen erwidern, daß z. B. 1521 die Stände darauf beharrten, daß daraus „kein Finanz“ werde, und daß sie dem Kaiser das Versprechen abnahmen, im nachhinein nicht doch noch zu versuchen, daraus eine Geldhilfe zu machen. Auch 1530 wurde eigens betont, daß es sich um eine Truppen- und um keine Geldhilfe handle. Ich meine, daß die Stände dabei aus politischen Überlegungen heraus handelten. Ihnen ging es darum, größere Kontrollmöglichkeiten über die Verwendung der Hilfe zu erhalten. Diese Möglichkeiten sahen sie bei Truppenhilfe eher gewährleistet als bei Geldzahlungen. Die Stände achteten schon sehr darauf, ob die Hilfe in Geld oder mit Truppen geschehen solle. Das läßt sich bis in die vierziger Jahre hinein – so weit ich es intensiv verfolgt habe – feststellen. Moritz von Sachsen etwa betonte wiederholt, Truppenhilfe leiste man lieber als Steuerzahlungen, weil man die Truppen gegebenenfalls wieder zurückziehen könne. Sei dagegen das Geld einmal aus der Hand

gegeben, wisse man nicht genau, was damit passiere. Diese Überlegungen standen auch eindeutig im Vordergrund der Auseinandersetzungen um den Gemeinen Pfennig von 1542, bei denen wenigstens von Sachsen aus versucht wurde – da kann ich es belegen –, den Gemeinen Pfennig zu umgehen. Herzog Moritz wollte den Gemeinen Pfennig nicht zahlen, sondern unterbreitete dem Kaiser verschiedene Angebote, um diese Steuer nicht zahlen zu müssen. Dabei ging es ihm meines Erachtens nicht um die Höhe der Summe, denn er bot an, er wolle als Äquivalent dafür eine dem Ertrag des Gemeinen Pfennigs aus einem Kurfürstentum vergleichbare Summe zahlen. Er nannte auch die Summe von 20 000 fl., für die er bereit wäre, Truppen zu stellen. Das heißt also, er war bereit – soweit ich das abschätzen kann –, ein Mehrfaches des Gemeinen Pfennigs zu zahlen, der aus dem Herzogtum Sachsen zu erwarten gewesen wäre. Ich glaube, man sollte doch stärker berücksichtigen, daß in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein deutlicher Widerstand gegen eine Steuer zu erkennen ist, sonst wären ja die Auseinandersetzungen um Truppen oder Geld 1521 oder nach 1530 sinnlos gewesen. Später mag es so sein, daß das Problem Truppen oder Geld nicht mehr so im Vordergrund stand. Zur Frage der beharrlichen Hilfe ist zu sagen, daß die Entwicklung, die zum Gemeinen Pfennig von 1542 führte, bereits lange vor 1530 eingesetzt hatte. Die Diskussion um den Gemeinen Pfennig begann schon zu Beginn der zwanziger Jahre im Rahmen der Diskussion über eine Offensive gegen die Türken. Auch dabei ging es um die Frage Geld oder Truppen. Mir scheint es unter steuerlichen Aspekten wichtig zu sein, gerade auf diesen Unterschied Wert zu legen.

Ziegler: Ich möchte an den Sachaussagen nichts aussetzen, ich meine aber, man müßte eine gewisse Vorsicht anwenden bei der Gesamttendenz, und da möchte ich Herrn Steglich unterstützen. Sie sahen das natürlich sehr negativ, und ich möchte ganz wenige Punkte anführen, wo ich meine, daß man die Entwicklung bei den Reichsfinanzen vielleicht doch nicht so negativ sehen müßte. Das eine ist das Problem Steuer- und Finanzstaat. Ich glaube, man müßte etwas vorsichtiger sein und daran erinnern, daß das ja doch eine These ist, denn der Steuer- und Finanzstaat als solcher ist ja theoretisch bis zur Französischen Revolution hin gar nicht durchgeführt worden und praktisch bis zum Absolutismus nicht. Und wenn man immer sagt, das ist der Steuerstaat und das haben sie alles nicht geschafft, dann schaut das natürlich negativ aus.

Der zweite Punkt, die von Ihnen vielfach angeführten und als so folgenreich aufgezeigten Schwierigkeiten – daß die Summe so schlecht einkam, daß man ewig verhandeln mußte, daß die Steuergerechtigkeit in Gefahr war –, das ist ein reiner Abklatsch der gesamten Finanzgeschichte der Territorien. Das ist in jedem Territorium so, da macht das Reich nicht die geringste Ausnahme. Ich darf mich auf das Buch von Krüger, das Sie ja ausgewertet haben, über Hessen beziehen, wo man seitenweise liest, was alles an Geld nicht hereinkommt. Das hat alles mit dem Reich nichts zu tun, das ist ein Ergebnis der armseligen Finanztechnik, die man damals hatte.

Ich würde also meinen, aus den konkreten Problemen kann man nicht schließen, daß das ein Negativum ist im Reich. Nun ein letzter Punkt. Wenn ich einmal Reich und Territorium gegenüberstelle, dann habe ich beim Territorium das Kammergut,

mit dem der Fürst alle, Hof und Verwaltung, zu finanzieren hat; beim Reich hätte ich nur diese, wenn ich mich recht entsinne, 10 000 fl. jährlich aus den Reichsstädten, die natürlich nicht reichen. Dann hat der Fürst neben dem Kammergut nach schwierigen Verhandlungen die landschaftlichen Notsteuern, die ja Notsteuern bleiben, auch wenn sie allmählich laufend bezahlt werden; von diesen landschaftlichen Steuern finanziert er das, was er mit dem normalen Kammergut nicht finanzieren kann, darunter die politischen Aufgaben. Was das Reich betrifft, so finanziert es mit Geldern dieser Art ständige Behörden, nämlich das Reichskammergericht, das ist viel mehr als was man sonst von den Territorien kennt. Für politische Aufgaben reicht es natürlich nicht; aber Sie haben ja selbst gesagt, die Reichsverfassung gab dafür keine Möglichkeit. Ich würde also sagen, es ist eigentlich ein erstaunliches und äußerst positives Ergebnis, daß man beim Reich so weit gekommen ist, die Stände (parallel den Landständen) dazu zu bringen, überhaupt so viel zu zahlen, d.h. zu einer ständigen Einrichtung, dem Kammerzieler, zu gelangen. Und dann meine ich, müßte man als letztes noch dazu sagen, daß es ja nicht nur diese dauernden Streitigkeiten, Gemeiner Pfennig und Reichskammergericht usw. gibt. Es gibt ja auch die großen finanziellen Verhandlungen auf späteren Reichstagen, wo man durch Verträge und Beschlüsse doch riesige Summen und Truppen aufgebracht hat. Das ist natürlich keine Staats- und keine Reichsfinanz, aber das ist ja Politik. So frage ich mich insgesamt, ob tatsächlich das Ergebnis der Reichsfinanzen so negativ war, oder ob man vielleicht nicht auch positive Züge sehen kann.

Schwarz: Sie hatten Ihren Vortrag aufgebaut auf dem Spannungsgefüge von Reich und Ständen und Sie haben dabei immer sehr summarisch von den Ständen gesprochen. Gab es nicht gerade hier beim Steuerwesen eine Differenz zwischen den geistlichen und weltlichen Ständen? Hat sich das uralte Steuerprivileg der geistlichen Stände hier nicht auch bemerkbar gemacht?

Hartmann: Herr Schmid, Sie haben von der Effizienz des Reichssteuerwesens im 16. Jahrhundert gesprochen, haben Zahlen genannt, und, wenn ich richtig mitgeschrieben habe, wurden von 1525 bis 1540 ca. 2,5 Millionen gezahlt. Das finde ich sehr interessant, weil im 18. Jahrhundert, wo das Reichsgefüge viel lockerer war, hier größere Summen eingenommen worden sind. Man denke an die Römermonate im spanischen Erbfolgekrieg. Ich habe mich etwas mit dem Problem im 18. Jahrhundert beschäftigt und auch Unterlagen gesehen über das, was eingegangen ist und was zu zahlen war. Eine Problematik, auf die auch Sie eingegangen sind, besteht darin, daß so viele Reichsstände nicht gezahlt haben, und man kann für das 18. Jahrhundert eine Ordnung der Zahlungswilligkeit aufstellen: Am zahlungswilligsten waren die geistlichen Reichsstände, dann kamen die Reichsstädte und dann die weltlichen, und bei den weltlichen haben die am ehesten gezahlt, deren Territorien in der Nähe der habsburgischen Gebiete lagen, am wenigsten die norddeutschen-protestantischen Territorien. Gibt es für Ihre Zeit, für das 16. Jahrhundert, eine ähnliche Ordnung der Zahlungswilligkeit?

Und dann noch eine ganz kleine Bemerkung. Sie haben von den Almosen gesprochen, die unter Kaiser Karl V. gezahlt worden seien. Ich finde das ein bißchen ungün-

stig ausgedrückt, denn im 16. Jahrhundert war auch der französische König auf die Bewilligung der Generalstände angewiesen oder denken Sie an die Steuerbewilligungen des Parlaments in England.

Diestelkamp: Ich habe zwei Punkte. Zunächst scheint mir das Matrikelwesen von zentraler Bedeutung zu sein. Die Frage ist, wie das Matrikelwesen entstanden ist. Wir haben in den Matrikeln Stände, die ganz zweifellos nicht Reichsstände waren. Ich weiß das von der Stadt Göttingen, eine welfische Landstadt. Trotzdem wird sie zur Reichssteuer herangezogen. Noch eine Ergänzung dazu: weder der französische noch der englische Hof waren so schlecht unterrichtet über das, was ihnen zustand, rechtlich zugeordnet war, wie hier der deutsche Hof.

Damit komme ich zum zweiten Punkt. Der Versuch, diesen Mangel auszugleichen, vollzieht sich auf rechtlichem Wege. Sie haben die Dinge angesprochen mit dem Ausziehen und den ausgezogenen Ständen. Der Reichsfiskal wird beauftragt, Exemtionsprozesse zu führen. Und das ist nun auch wieder symptomatisch. Es wird ein rechtlicher Mechanismus in Gang gesetzt, der letztlich aber doch nicht greift. Die wenigsten Exemtionsprozesse führen zu einem für den Hof positiven Ergebnis. Es gibt ganz groteske Dinge dabei. Wenn der Graf von Waldeck zur Reichssteuer herangezogen wird, behauptet er gegenüber dem Reichskammergericht, er sei selbstverständlich dem Hesen untertan. Wenn der Landgraf dagegen von ihm Steuern haben will, dann beruft er sich auf den Exemtionsprozeß und seine Eigenschaft als Reichsstand. Diese Exemtionsprozesse sind wieder ein Beispiel dafür, wie man eigentlich politische Fragen rechtlich zu lösen versucht. Das geht jedoch ohne die dahinterstehende politische Macht nicht. Der französische König benützt auch das Parlament zu Paris, um sich Rechtstitel zu verschaffen. Aber die setzt er dann mit Waffengewalt durch. Die Reichskammergerichtsverfahren enden dagegen in der Regel entweder im Nichts, weil sie gar nicht entschieden werden oder aber der Prozeß geht nicht zugunsten des Kaisers aus.

Schmid: Herr Ziegler, die Begriffe Steuer- und Finanzstaat sollten nur Hilfsbegriffe sein. Ich stütze mich dabei auf zwei Begriffe, die von Gerhard Oestreich und Schumpeter, bezogen auf die Entwicklung in den Territorien, in die historische Debatte gebracht wurden. Ich bin mir der Problematik der beiden Begriffe voll bewußt, vor allem in bezug auf das Reich. Ich habe sie aber dennoch gebraucht, weil sie mir dazu dienen erscheinen, die unterschiedliche Entwicklung zwischen Reich und Territorien in etwa aufzuzeigen, wobei ich davon ausgehe, daß in den Territorien die Entwicklung in Richtung auf einen Steuer- und Finanzstaat früher einsetzte und auch weiter vorankam als im Reich. Sie haben dann den Kammerzieler als große Leistung angesprochen, insofern das Reich überhaupt in der Lage gewesen sei, so etwas zu finanzieren. Ich meine ja und nein. Wenn man die Geschichte gerade der Finanzierung von Reichsregiment und Reichskammergericht von 1521 an verfolgt, so bietet sich doch eher ein trauriges Bild. Je nach politischer Überlegung oder Nützlichkeitsabwägung wurde gezahlt oder die Zahlung verweigert. Lange Zeit mußte der Kaiser die Gesamtlast oder einen großen Teil davon tragen. Daß die Stände die Kosten schließlich über-

nahmen, geht wohl auf den vom Kaiser ausgeübten Druck und die insgesamt positive Bewertung des Reichskammergerichts zurück. Zu beachten bleibt, daß die Summe relativ gering war und zudem auch nach 1548 meist spärlich und zögernd eingegangen ist.

Meine Sicht der Finanzsituation des Reiches ergibt sich aus den vorhandenen Quellen. Wenn man aber sieht, um beim Reichskammergericht zu bleiben, wie die Beisitzer ständig unter Geldnot litten, daß das Gericht zunächst nicht besetzt wurde, weil das nötige Geld nicht vorhanden war, daß dann die Stellen nur zum Teil besetzt wurden, daß sie mit Juristen besetzt wurden, die nicht die entsprechende Qualifikation besaßen, weil man wegen der schlechten finanziellen Ausstattung hochqualifizierte Leute nicht bekam, dann kann ich zu keinem positiven Ergebnis kommen. Soweit ich es verfolgen konnte, stellte sich das Finanzproblem immer wieder. Bei der Debatte über das Projekt des Reichszolls, der zur Finanzierung von Reichskammergericht und Reichsregiment lange Zeit im Gespräch war, ging es darum, wie kann man eine Finanzierungsmöglichkeit finden, damit die Reichsstände nichts aus der eigenen Schatulle zahlen müssen und ihre Untertanen nicht belastet werden. Es war also von vornherein nicht die Bereitschaft vorhanden, mit Steuern diesen Reichsinstitutionen behilflich zu sein. Da man sich zunächst auf keine dauernde Finanzierungsform verständigen konnte, schob man das Problem vor sich her, fand sich zeitweise dazu bereit, Reichsregiment und Kammergericht kurzfristig – auf ein oder zwei Jahre – ganz oder zum Teil zu finanzieren, dann verweigerte man lange Zeit alle Mittel, so daß der Kaiser den Unterhalt übernehmen mußte, bis man eben 1548 unter dem Eindruck der kaiserlichen Macht den Kammerzieler bewilligte.

Zum angesprochenen Steuerprivileg der geistlichen Stände. Das spielte meiner Ansicht nach keine Rolle. Da könnte ich kein Beispiel nennen, wo sich ein Bischof dem Reich gegenüber auf ein Steuerprivileg berufen hätte. Meiner Meinung nach wirkte sich hier die Tradition des mittelalterlichen Reichskirchensystems zugunsten des Reiches aus.

Herr Hartmann, zur Frage der Effizienz. Ich bitte, die ca. 2,5 Millionen Gulden, die ich genannt habe, als vorläufige Summe zu nehmen. Ich habe sie aus den bewilligten Matrikeln und dem Gemeinen Pfennig errechnet, wobei natürlich der Ertrag des Gemeinen Pfennigs ein äußerst unsicherer Faktor ist. Hier taste ich vorläufig noch ziemlich im Dunkeln. Ich bin gerade dabei, die Summe für 1495 zu ermitteln, was nicht einfach ist. Zum Gemeinen Pfennig von 1542 und 1544 ist zu sagen, daß er 1542 nach Aussage der Reichsabschiede tatsächlich abgeliefert wurde, ohne daß sich Angaben über die tatsächliche Höhe finden. 1544 wurde er etwa in Kurtrier und Hessen zwar eingesammelt, aber nicht oder nur zum Teil ans Reich abgeführt. Was dem Reich vom Gemeinen Pfennig tatsächlich zugeflossen ist, muß vorerst noch offenbleiben. Mit einer Steuerleistung von insgesamt 2,5 Millionen, vielleicht 3 Millionen oder knapp darüber dürfte man für den besprochenen Zeitraum in etwa richtig liegen.

Zur Zahlungswilligkeit. Hier eine Prioritätenliste aufzustellen, ist schwierig. Soweit mir von den Reichstagsakten her die Unterlagen bekannt sind, scheint es so zu sein, daß im behandelten Zeitraum die Kurfürsten meistens gezahlt haben. Herr Schulze wies dann für die zweite Hälfte des 16. Jahrhunderts darauf hin, daß gerade auch bei

den Kurfürsten die Zahlungsbereitschaft nicht besonders ausgeprägt war. Aber soweit ich es verfolgen konnte – es sind nur ein paar Unterlagen ediert – haben die Kurfürsten schon ihre Anteile bezahlt. Problematisch sind die Städte. Sie hatten alle gegen die Höhe der Matrikel protestiert, so daß sich das Problem der Matrikelmoderation stellte. Bereits Anfang der zwanziger Jahre wurde den Städten und auch allen anderen Unzufriedenen versprochen, sie bräuchten nicht mehr die Matrikel zu zahlen, wenn nicht zuvor ihren Bedenken Rechnung getragen wäre. Trotzdem wurden sie immer wieder aufgefordert zu zahlen. Ich würde sagen, daß sich die Städte bei der Zahlung ihrer Beiträge sehr zurückgehalten haben und daß sich die Grafen, die ebenfalls protestiert hatten, weitgehend verweigert haben.

Zum Begriff Almosen. Ich glaube, hier haben Sie mich etwas mißverstanden, Herr Hartmann. Ich meine nicht, daß die Steuern Züge des Almosens an sich hatten. Ich schließe es aus folgenden Bestimmungen: 1495 heißt es, wer über 1000 fl. hat, soll nach seiner Andacht geben und die Pfarrer sollen von der Kanzel aus die Leute auffordern, mehr zu geben. 1542 und 1544 steht dann eigens im Reichsabschied, es sollen in jeder Pfarrkirche Opferstöcke aufgestellt werden und jeder Pfarrer soll am Sonntag in der Predigt die Leute anhalten, noch zusätzlich etwas zu geben. Das habe ich mit Almosen gemeint.

Herr Diestelkamp, soweit ich die Entstehung der Matrikel verfolgen konnte, griff man 1521 auf die Matrikeln von 1507 und anderes verfügbares Material zurück und ließ es von einer Kommission überprüfen. Dabei scheint man bei der Matrikel für den Romzug und für die Finanzierung von Reichsregiment und Reichskammergericht unterschiedliche Vorlagen benutzt zu haben, denn beide Matrikeln weichen in ihrer Zusammensetzung voneinander ab.

Zur Frage der Exemtionen und der „ausgezogenen“ Stände. Diese Problematik ist in meinem Referat etwas untergegangen, da mußte ich kürzen. Für Exemtionen waren rechtliche wie politische Gründe maßgebend. Es gibt eine Liste aus dem Ende der zwanziger Jahre, wo der Fiskal dem Reichsregiment ein Verzeichnis der Stände vorlegte, die die Zahlung verweigert hatten oder damit rückständig waren. Diese Liste enthält eine Rubrik mit den Ständen, gegen die aus politischen Gründen nicht vorgegangen werden dürfe. Der Fiskal sprach seine weitgehende Machtlosigkeit einmal am Beispiel von St. Gallen aus: was soll ich tun, wenn ich „poltere“, dann entfernt sich St. Gallen eben völlig vom Reich. Das Problem der „ausgezogenen“ Stände betraf vor allem das Herzogtum Sachsen, das schon seit 1510 immer wieder Listen derjenigen Stände einreichte, die es als landsässig betrachtete. Dieses Problem beschäftigte in den vierziger Jahren wieder Herzog Moritz, der befürchtete, wenn der Gemeine Pfennig eingeführt werde, dann könnten ihn die Bischöfe zum Anlaß nehmen, um durch seine direkte Bezahlung ans Reich zu dokumentieren, daß sie reichsunmittelbar und nicht landsässig seien. Das Problem der Exemtion stellte sich auch bei den Hansestädten, bei denen die Möglichkeit einer steuerlichen Erfassung überprüft werden sollte. Dabei stellte sich wieder in Sachsen das Problem, was ist Hansestadt, was ist Landstadt. Darüber gab es zum Teil heftige Auseinandersetzungen. Das Problem der Exemtion war sehr schwierig zu lösen. Eine Lösung wäre im Endeffekt darauf hinausgelaufen, daß sich die „ausziehenden“ Stände verpflichtet hätten, die Summen für die „ausgezoge-

nen“ Stände zu übernehmen, wozu sie nicht bereit waren. Deswegen gab es auf den Reichstagen wiederholt Auseinandersetzungen. Dieses Problem floß auch in das der Matrikelmoderation mit ein.

Schulze: Ich möchte zunächst noch einmal an die Bemerkungen von Herrn Ziegler anknüpfen, die m. E. in die richtige Richtung gingen. Ich glaube, daß im Laufe des 16. Jahrhunderts im Finanzwesen des Reiches eine Entwicklung eingesetzt hat, die im Hinblick auf die bereits getroffenen Vorentscheidungen auf eine Territorialisierung des Reiches hin eine sehr beachtliche Leistung darstellen. Ich glaube auch, daß man vor dem Hintergrund der Entwicklung des späten 16. Jahrhunderts auch zu einer positiveren Wertung der diesbezüglichen Entwicklung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts kommen kann. Zu den Römermonaten ist festzustellen, daß im späten 16. Jahrhundert eigentlich nur noch das Haus Österreich und eine Reihe geistlicher Stände am Gemeinen Pfennig interessiert sind, wobei sie durchaus unterschiedliche Gründe haben. Ein neues Argument taucht insofern auf, als selbst die Gegner eines Gemeinen Pfennigs sagen, daß diese Steuerart nur für den Fall vorgesehen sei, daß der Türke wirklich in das Reich ein falle, daß man aber für die normale Bedrohung, die sich jenseits der Grenzen des Reichs abspielt, an der Reichsmatrikel festhalten will. Dabei ist auch zu bedenken, daß mit den Römermonaten für die Territorialherren beträchtliche Gewinne zu erzielen waren, wie ich das in meinem Buch gezeigt habe. Ein weiteres Argument für die Wichtigkeit der Entwicklung im Finanzwesen stellt auch die Tatsache dar, daß es im Laufe des 16. Jahrhunderts zu einem festen und allgemein anerkannten Verfahren über die Beschlußfassung des Reichstages kommt. In der Sicht des späten 16. Jahrhunderts ist es der Reichsabschied von 1512, der als authentischer Beschluß über die Geltung von Mehrheitsbeschlüssen anerkannt wird, zugleich mit Verbindlichkeit auch für jene Stände, die nicht selbst am Reichstag vertreten waren. Unabhängig davon, ob man diesem Beschluß von 1512 eine solche Wirkung beimessen kann, muß seine Bedeutung für die weitere Debatte des 16. Jahrhunderts über die Probleme der Mehrheitsbeschlüsse gesehen werden. Hinzu kommt auch die Einklagbarkeit dieser Reichstagsabschiede, die bislang relativ wenig beachtete Rolle des Reichsfiskals in fiskalischen Prozessen gegen jene Stände, die nicht ihre Reichsanlagen bezahlen konnten oder wollten. Auch die bemerkenswerte Entwicklung des Reichspfennigmeisteramtes im späten 16. Jahrhundert ist wohl nur zu verstehen, wenn wir die Grundlagen der früheren Jahrzehnte einbeziehen. Der beträchtliche Gesamtsteuerbetrag von ca. 30 Millionen Gulden in der Zeit zwischen 1576 und 1606 wäre im Reich und in den Territorien kaum durchzusetzen gewesen, wenn nicht wesentliche Vorentscheidungen in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts getroffen worden wären. Auch der Vergleich mit dem englischen Königtum, das ja bekanntlich nur über die Einkünfte aus Zöllen, Monopolen und gewissen feudalen Abgaben verfügt und dem es nicht gelingt, eine ständige Besteuerung durchzusetzen, wie dies etwa in Frankreich mit der Taille geschehen war, macht deutlich, daß wir die Reichsfinanzgeschichte im 16. Jahrhundert nicht von vornherein unter negativen Aspekten sehen dürfen. Schließlich noch einige Bemerkungen zu den tatsächlichen Leistungen. Wir müssen natürlich sehen, daß der Fiskal im Laufe des 16. Jahrhunderts nicht mehr mit

der theoretischen Matrikel in Höhe von 128 000 fl. rechnet, wie sie in der Wormser Matrikel festgeschrieben sind, sondern mit einer realistischen Matrikel, wie sie von den Reichsbeamten benutzt wird und von ihnen auf einen Betrag von etwa 64 000 fl. angesetzt wird. Diese Zahl muß allen Berechnungen über die tatsächlichen Leistungen der Reichsstände zugrunde gelegt werden, denn es würde die historische Leistung des Systems verzerren, wenn wir verschwundene Reichsstände mit in die Rechnung einbeziehen würden. Wenn man nun die eben erwähnten tatsächlichen Steuerzahlungen zwischen 1576 und 1606 dieser realistischen Reichsmatrikel gegenüberstellt, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß ungefähr 88% der vom Reichstag bewilligten Steuern tatsächlich gezahlt worden sind. Ich finde, daß dies ein beachtliches Ergebnis ist, vor allen Dingen, wenn man die konfessionspolitischen Kontroversen dieser Epoche mit bedenkt.

Wuttke: In Anbetracht Ihres Referates und der bisherigen Diskussion würde ich es für richtig halten, einen kleinen kulturhistorischen Exkurs einzuschalten von der Art, daß ich darauf hinweisen möchte, daß es auch angesichts so harter Tatsachen, um die es hier geht, gut wäre, die ideellen Triebkräfte der Politik mit einzubeziehen in die Betrachtung. Diese kommen zum Ausdruck unter anderem in den vielen Äußerungen, die es von den Maximilian freundlichen Schriftstellern gibt, die sich ja mit einer ungeheuren Vehemenz für die Stärkung des Reiches eingesetzt haben und in Maximilian den Repräsentanten des Reiches gesehen haben und von ihm die Herausbringung eines neuen goldenen Zeitalters erwarteten. Unter ihnen gibt es einen, der sich über Jahrzehnte hinweg als außerordentlich gut informiert über die Intentionen der Politik Maximilians erweist, das ist Sebastian Brant, der in Basel als juristischer Professor wirkte und später, wie wir wissen, nach Straßburg als Stadtschreiber ging und dort die Geschäfte der Stadt von 1501 bis zu seinem Tode 1521 führte. Es gibt kaum irgendeinen politischen Vorgang der Reichsstadt, der nicht durch seine Hände gegangen wäre. Von diesem Mann gibt es 1495 auch eine Äußerung zum Gemeinen Pfennig. Da ruft er die Stände auf, nun zahlt euern Pfennig, wie ich ihn bereits gezahlt habe. Er stellt sich also als Vorbild hin. In seiner Äußerung bekommt der Gemeine Pfennig eine große symbolische Bedeutung nämlich von der Art: wenn ihr jetzt daran geht, ihn zu zahlen, dann ist die Stärkung des Reiches perfekt, dann sind wir schon so weit, wie wir sein möchten, dann können uns auch in Kürze der Teufel und die anderen Feinde nichts mehr anhaben. Ich habe unter einem Titel, unter dem man es nicht erwartet, nämlich unter dem Titel „Wunderdeutung und Politik“ in der Festschrift Herding mit dem Titel „Landesgeschichte und Geistesgeschichte“ 1977 mich dazu geäußert und zusammengestellt, was Sebastian Brant dazu sagt.

Kobler: Herr Schmid, der Kürze wegen möchte ich mich auf einige Punkte konzentrieren: Es ist doch kein Zufall, daß bei der Erhebung der Reichssteuern das indirekte Steuersystem keine Rolle spielte. Beim Reichszoll sind Sie ja darauf eingegangen. Zum Fragenbereich der Verbrauchssteuern in den Territorien: Sie konkurrieren mit dem Reichssteuersystem. Die territorialen Obrigkeiten, die sich in beträchtlichem Maße auf diese Verbrauchssteuern stützten, würden sich in eine nachteilige Position

gebracht haben, hätten sie in Reichssteuerfragen dafür plädiert. Weitere Fragen scheinen mir einer Analyse wert: Warum ist in der Ära Maximilians I. eine Reform des Steuersystems nie gelungen? Wie kam die Matrikel von 1521 zustande? Kam es zu einer vorschnellen Einigung auf ein Provisorium? Meines Wissens gibt Band 2 der Reichstagsakten jüngere Reihe keine schlüssige Antwort.

Reinhard: Darf ich in den Freudenbecher der Reichsbegeisterung vielleicht einen bitteren Tropfen schütten, ich meine nämlich einen Widerspruch zwischen Herrn Angermeier und Herrn Schmid konstatieren zu können. Herr Angermeier hat noch einmal bekräftigt, daß es ihm darum geht, daß das Königtum nicht eine Politik in Richtung auf das moderne Staatswesen, sondern eine Politik der Konsolidierung mit verhältnismäßig traditionellen Mitteln, etwa dem Lehnswesen, betreibt. Nun ist es aber so, daß speziell der Gemeine Pfennig, wie ihn Herr Schmid dargestellt hat, an sich eine äußerst moderne Angelegenheit ist, die eigentlich strukturell in den Bereich des modernen Staates gehört. Ich will versuchen, das kurz zu exemplifizieren. Der Gemeine Pfennig, wie er ursprünglich konzipiert war, ist einmal eine direkte Steuer. Herr Kohler hat diese Tatsache auf die Not zurückgeführt. Aber es ist immerhin bemerkenswert, daß die Regelsteuer damals immer noch eine indirekte Steuer ist. Das zweite, sehr viel wichtigere noch, der Gemeine Pfennig ist ein Versuch, durch das, was man in Italien den Schleier der Kommune nennt – ich würde das für das Reich umfunktionieren und sagen: durch den Schleier der Zwischengewalten – durchzustoßen zum Steuerpflichtigen unmittelbar. Und das ist eine ganz gewaltige moderne Errungenschaft. Ihnen ist sicher die Formel bekannt, der moderne Staat beruht auf drei Pflichten, der allgemeinen Steuerpflicht, der allgemeinen Wehrpflicht, der allgemeinen Schulpflicht. Das ist also ein Ansatzpunkt des modernen Staates, so etwas wie allgemeine Steuerpflicht. Drittens ist der Gemeine Pfennig dem Ursprung nach eine Quotitätssteuer und keine Repartitionssteuer. Auch das ist ein durchaus moderner Gesichtspunkt, ergo, der Gemeine Pfennig ist finanzgeschichtlich gesehen ein Anlauf zum modernen Staat. Daraus erhebt sich für mich die Frage, ob es dann nicht doch so ist, daß die Linie, die Herr Angermeier gezeigt hat, vielleicht doch nicht so konsequent durchgezogen ist, daß sie nicht programmatisch, sondern als Notlösung zu erklären ist, nur aus finanzgeschichtlicher Perspektive, daß das alte Bild vielleicht doch richtig ist.

Dann erhebt sich zweitens für mich die Frage, woher hat Maximilian das. Ist das ein Lehrstück aus Italien, vermittelt über die Sforzaheirat? Dazu wäre eine kleine Randbemerkung zu Herrn Wuttke zu machen. Ich wage trotz mangelnder Kenntnis zu bezweifeln, daß das, was die Quellen, die Sie zitiert haben, aussagen, wirklich Beweis für ideale Triebkräfte der Politik und nicht schlicht Propaganda ist. Ich vermag nicht zu sagen, wie Maximilian diese Leute in Marsch gesetzt hat, aber daß er Propaganda ganz modern einzusetzen wußte, das weiß ich. Maximilian war meines Erachtens der erste in der Weltgeschichte, der die Untertanen einer ausländischen Macht durch Propagandaschriften gegen ihre Obrigkeit aufzuhetzen versuchte, im Fall Venedig. Also mit anderen Worten, ist es nicht so, daß wir bei Maximilian einen Anlauf zum modernen Staat haben, der nachher durch die vielen Vorgänge, die wir kennengelernt haben,

dann doch wieder rückläufig wird. Das ist also die Stelle, wo das Angermeier-Modell mir einen gewissen Bruch zu haben scheint.

Ich bestreite dabei gar nicht, daß das Matrikelwesen sehr effizient gewesen ist. Vielleicht darf ich abschließend noch darauf hinweisen, daß ja auch das sogenannte „zweite Reich“ zunächst einmal vom Matrikelwesen gelebt hat, und daß das deutsche Reich eigentlich erst 1918 in diesem Verständnis ein moderner Staat gewesen ist mit Verfügung über direkte Steuern.

Angermeier: Ich darf zu Herrn Ziegler, zu Herrn Schulze und Herrn Reinhard folgendes ganz kurz antworten. Sie sagen, ja das ist doch wunderbar gewesen, im 16. Jahrhundert ist es doch zu allgemeinen Reichssteuern gekommen, die dem Reich tatsächlich viele Millionen einbrachten. Das sei ein großer Fortschritt.

Das ist es nicht, worum es hier geht. Hier geht es um die Frage, waren die Steuern, die an das Reich abgeführt wurden, Not- und Zwecksteuern oder waren es periodische und obligatorische Steuern im Sinn von modernen Staatssteuern. Der französische Staat, der englische Staat, haben im 14. Jahrhundert bereits permanente Einnahmen gehabt, indem die Lehnspflichten in ständige Finanzabgaben umgewandelt wurden. Hier sind dem Staat Gelder zugeflossen, über die er laufend verfügen konnte, ohne Rechenschaft ablegen zu müssen. In Deutschland konnte im ganzen 16. Jahrhundert kein Geld eingehoben werden, wenn nicht eine spezielle Bewilligung vorlag, wenn nicht vor dem Reichstag Rechenschaft abgelegt wurde und wenn nicht in einigen Fällen sogar die Rückgabe des Geldes zugesagt wurde bei Nichtverwendung. Das ist grundsätzlich etwas anderes als regelmäßige Steuern, es sind immer Notabgaben geblieben. Insbesondere der Gemeine Pfennig von 1495 stellt gerade keinen Ansatz für Reichsteuer und allgemeine Steuerpflicht in einem modernen staatlichen Sinn dar. Er ist von vornherein auf vier Jahre befristet, tatsächlich aber nur für ein Jahr eingehoben worden, und Maximilian wurde darüber hinaus verpflichtet, es bei dieser einmaligen Abgabe zu belassen. Schon die nächste Reichshilfe von 1500 wurde wieder in Form von Truppenhilfe beschlossen. Es handelt sich also um Reichshilfe nach dem Adhoc-Prinzip und eben nicht um Steuern. Ich leugne aber nicht, daß auch hier mögliche Ansätze für einen Finanzstaat hätten liegen können, ja daß der Gemeine Pfennig möglicherweise sogar als solcher Anfang gedacht war. Aber die finanzpolitische Praxis hatte doch sehr rasch dahin geführt, solche Anfänge zu ersticken und tatsächlich zu negieren. Das heißt aber, daß die diesem Zahlungsmodus zugrunde liegende Reichsvorstellung eben lehnrechtlich war, also jetzt im 16. Jahrhundert ersatzweise matrikular gehandhabt wurde, jedoch eben nicht finanzstaatlich. Ich kann das Matrikelwesen in Deutschland im 16. Jahrhundert nicht anders verstehen als eine die Lehnstruktur des Reiches bestätigende bzw. die Lehnspflichten der Reichsstände ersetzende bzw. verdeckende Abgabenart.

Schulze: Es kann gar kein Zweifel daran bestehen, daß die lehnrechtlichen Grundlagen der Reichsverfassung natürlich der finanzpolitischen Modernisierung ganz erhebliche Grenzen gesetzt haben. Aber innerhalb eben dieser lehnrechtlichen Grenzen vollzieht sich ein sehr bemerkenswerter Prozeß der Anpassung, der Entschei-

dungsfindung im Reich und der tatsächlichen Leistungen für den Schutz gegen äußere Feinde. Hierin könnte man gewissermaßen den Gewinn des 16. Jahrhunderts für die Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Reiches sehen. Wenn man diese Leistung noch in Beziehung setzt zu den Lösungen, die etwa im Bereich des Rechtssystems und in den strittigen konfessionellen Fragen erreicht werden, dann ergibt sich ein sehr viel positiveres Bild über die Möglichkeiten des Reiches, mit inneren und äußeren Anforderungen fertigzuwerden.

Angermeier: Herr Schulze, aber Entschuldigung, das ganze Matrikelwesen ist doch nichts anderes als ein Ersatz und eine Fortführung des Lehnssystems und eben keine wirkliche Entscheidung und kein wirklicher Fortschritt im Staatsdenken. Das ist nur eine andere Form, die man jetzt nötig hatte und insofern eine Fortführung des Lehnstaates, aber keine Veränderung.

Reinhard: Ich wollte nur bemerken, daß ich aufgrund der Ausführungen von Herrn Schmid den Eindruck habe, daß der Versuch gegeben ist, aus den Grenzen, die Herr Schulze wieder sehr treffend skizziert hat, auszubrechen. Natürlich ist eine moderne Steuer nicht im ersten Anlauf fertig und man muß natürlich, wenn man so etwas durchsetzen will – das wissen Sie besser als wir alle – die politischen Widerstände mit in die Rechnung setzen. Aber man muß immerhin überlegen, daß das der erste Schritt gewesen sein könnte zu einer derartigen Entwicklung in eine ganz andere Richtung.

Schmid: Herr Reinhard, Sie haben den Gemeinen Pfennig in seinem Idealzustand beschrieben. Ich glaube, ich habe darauf hingewiesen, daß nur ein einziges Mal versucht worden ist, diesen idealen Zustand zuwege zu bringen. Sonst machten – automatisch bedingt durch die fehlenden Finanzorganisationen des Reiches – technische Dinge, z. B. wie soll man den Gemeinen Pfennig einsammeln usw., es immer wieder nötig, daß die Stände eingeschaltet wurden. Ich meine, daß der Zustand, den Sie zeichnen, dem Gemeinen Pfennig nur der Idee nach eigen war. In diesem Zustand wäre er eigentlich die ideale Steuer für die weitere Entwicklung gewesen. Aber das ihm innewohnende verfassungspolitische Moment wurde von den Ständen, wie Sie am Beispiel der sechs Stufen der Pfennigordnung von 1495 nachvollziehen können, beseitigt. Zunächst sollten die Pfarrer einsammeln und das Geld an die Bischöfe weitergeben, die es an die zuständige Reichsstelle abführen sollten. Am Ende wurde in den Pfarreien unter bloßem Beisein des Pfarrers von Leuten des Landesherren eingesammelt, der auf diese Weise zum entscheidenden Faktor bei der Einsammlung wurde. In seiner Entscheidung lag es nun, ob der Gemeine Pfennig eingesammelt wurde oder nicht und ob das Geld ans Reich weitergegeben wurde oder nicht. Zur Frage, woher Maximilian die Idee des Gemeinen Pfennigs hatte, ist zu sagen, daß man sich nicht auf Maximilian beschränken kann, denn wie die Reichstagsaktenedition von 1495 zeigt, kam die Idee des Gemeinen Pfennigs damals nicht von Maximilian, sondern von der leider nicht zu definierenden Reichsreformpartei um Erzbischof Berthold von Mainz. Diese Gruppe legte den Entwurf vor. Maximilian forderte nur eine beharrliche Hilfe, ohne zu erklären, was er sich darunter vorstelle. Die meisten Stände

vermuteten, es sei eine Matrikel beabsichtigt. Dann kam eigentlich etwas überraschend der erste Entwurf des Gemeinen Pfennigs von Seiten der Reichsreformpartei. Ich meine, wir stimmen darin voll überein, daß der Gemeine Pfennig unter den genannten Aspekten eine ideale Steuerform gewesen wäre. Ideal und Wirklichkeit stimmten aber nicht überein. Darauf wollte ich hinaus.

Reppen: Ich habe drei Punkte. Erstens, ich bedanke mich bei Herrn Ziegler und Herrn Schulze, was sie vorweggenommen haben. Die positive Beurteilung, Herr Schulze, die Sie vor vier oder fünf Jahren veröffentlicht haben, die hat sehr viel für sich. Ich erinnere nur daran, daß der gesamte Dreißigjährige Krieg gut bezahlt worden ist, denn er ist nur mit Söldnertruppen geführt worden. Er ist zwar nicht ganz vom Reich getragen worden, aber er ist gezahlt worden. Bei dem Reichstag von 1641 hat der Kaiser 140 Römermonate bekommen. Ob die alle eingekommen sind, weiß man allerdings nicht.

Ich wollte damit auf ein zweites und drittes kommen, Herr Schmid, das mit der Geldnot halte ich für einen literarischen Topos, der keinen direkten Rückschluß auf die Realität zuläßt. Meine Begründung dafür. Ein Schüler von mir, Franz Bosbach, hat sehr genau berechnet, daß der Westfälische Friedenskongreß, der von ungefähr 150 Gesandtschaften beschickt wurde, genau 3,2 Millionen Gulden effektiv gekostet hat. Man kann rechnerisch nachweisen, daß alle Gesandten alles Geld bekommen haben. Zugeschossen hat nur ein einziger, das war der Graf von Nassau, der wurde dafür zum Reichsfürst erhoben. Das heißt also, der Kaiser konnte durch Ordensverleihungen oder Rangerhöhung effektive Ausgaben ersparen, was ja auch der Staat im 19. Jahrhundert noch getan hat im Unterschied zum gegenwärtigen Staat. Jetzt kommt aber der entscheidende Punkt. Wenn wir über hoch und niedrig oder viel und wenig in der Leistungskraft, in der Steuerleistungskraft, in der Finanzkraft, das heißt also genauer gesagt, im sozialen Produkt des 16. Jahrhunderts sprechen, dann begnügen wir uns augenblicklich entweder mit der Quelle, die wir zufällig gefunden haben, und die, weil sie von einem Wortgewaltigen gut ausgedrückt worden ist, rhetorische Effekte erzielt. Wir müßten aber, meine ich, zur Hypothesenbildung über das Sozialprodukt in der frühen Neuzeit kommen, zur Hypothesenbildung, die wir nicht als Fakten, sondern als Hypothesen weiter behandeln, damit wir überhaupt vergleichen können.

Zorn: Ich fühle mich durch Herrn Reppen jetzt herausgefordert, zu dem Problem einer Schätzung des deutschen Sozialprodukts im 17. Jahrhundert etwas zu sagen. Ich weiß nicht, ob Sie darauf aufmerksam gemacht worden sind, daß Ingomar Bog in Marburg auch in seinem Buch über den Reichsmerkantilismus (1959) angekündigt hatte, er wolle an dieses Problem herangehen. Aber alle, die mit Wirtschaftsgeschichte sich intensiver befassen, haben eingesehen, daß das speziell in Deutschland fast unmöglich ist, eben wegen der territorialen Zersplitterung. Wir sind da ja quellenmäßig in ganz anderen Verhältnissen als die westeuropäischen Staaten, die trotzdem nationale Volkseinkommens-Berechnungen erst ab Jahrhundertwende wagen. Also da wäre ich sehr skeptisch. Ich habe selber schon Ansätze für das 15. Jahrhundert einmal gemacht in der Spörl-Festschrift in dieser Richtung, ich weiß, wie schwierig diese Dinge in

Deutschland sind und wie vielleicht jeder, der da drangeht, dann am Schluß doch in die Pfanne gehauen wird als statistischer Dilettant. Und, Herr Repgen, der Dreißigjährige Krieg, Entschuldigung, Sie wissen darüber sehr viel mehr, aber der ist natürlich nicht voll bezahlt worden, denn die Darlehensgeber sind nicht voll bezahlt worden, also zunächst Zinsenreduzierung 1654 durch den Reichstag.

Repgen: Nur um ein Drittel.

Zorn: Ja, aber doch für die volle Zeit und sogar einzelstaatliche einseitige Schuldkapitalreduzierung. Die Fugger haben so Millionen Rückstände unbezahlt zurückbehalten. Also die Gläubiger sind nicht voll bezahlt worden, das nur als kleiner Anhang.

Aber meine eigentliche Frage an Herrn Schmid war eine andere. Mich hat dieser Plan König Ferdinands einer Rente ordinaire interessiert. Gehört das überhaupt in den Zusammenhang der Steuerpolitik, oder handelt es sich hier nicht um den Plan einer Reichsanleihe, wobei die Reichsstände natürlich zunächst nur für die Zinsen hätten aufkommen müssen? Hängt das irgendwie mit den spanischen „Juros“ und den berühmten niederländischen Rentmeisterbriefen zusammen? Das waren ja Staatsschuldverschreibungen, die von Bankhäusern übernommen worden sind und die eben verzinst und mit Bürgschaft irgendwelcher Ständeversammlungen – das wären die Reichsstände als Garanten einer Kreditwürdigkeit des Reiches am Kapitalmarkt natürlich gewesen – später zurückzahlbar gewesen wären, Anleihen, die natürlich dann zum Teil der Zinsreduktion und der Abwertung ausgesetzt wurden. Dieser ganze Komplex Überlegung einer Geldbeschaffung auf dem Anleiheweg durch gestückelte Bargeldkassierung ist überhaupt nicht berührt worden, und da liegt eigentlich das Interessante: Handelte es sich um Überlegungen in dieser Richtung, oder wie ist der Begriff Rente hier sonst zu deuten?

Schmid: Zur Kritik, ich hätte so düster in düster gemalt, möchte ich sagen, daß es mir eigentlich darum gegangen ist, zu zeigen, welche Schwierigkeiten den Steuern und Finanzen im Wege standen und mit welchen Widerständen die Anfänge des Finanzwesens überhaupt zu kämpfen hatten. Herr Schulze, es stimmt natürlich, daß es später besser aussah als gerade in der von mir behandelten Zeit. Aber mir ging es ja gerade darum, die Anfangsschwierigkeiten aufzuzeigen.

Kurz zur Frage der Verbindlichkeit von Mehrheitsbeschlüssen: Dies stand zwar 1512 im Reichsabschied, aber man konnte sich noch in den vierziger Jahren ausdrücklich auf den Satz berufen, wer nicht bewilligt hat, braucht auch nicht zu zahlen. Dieser Standpunkt galt als durchaus ernstzunehmendes Argument für eine Steuerverweigerung.

Zu den Außenständen: Sie sagen, Herr Schulze, sie waren gering. Die Zahlen, die aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts vorliegen – nicht nur für die Kriegsfinanzierung, sondern auch für den Unterhalt von Reichsregiment und Kammergericht –, zeigen, daß doch oft die Hälfte und in der Regel, soweit sich das anhand der Reichstagsakten verfolgen läßt, $\frac{1}{4}$ der Summe nicht eingingen, wobei mit großen Schwankungen zu rechnen ist.

Herr Wuttke, bei der von Ihnen angeführten Hochschätzung Maximilians handelt es sich, was Herr Reinhard schon gesagt hat, zum Teil um Propaganda. Es ist kurz darauf hinzuweisen, daß der Gemeine Pfennig von 1495 Maximilian nicht zur freien Verfügung überlassen worden ist. Es gab strenge Kontrollmechanismen, über die sich Maximilian immer wieder hinwegsetzen wollte. Daraus resultierten die von mir angesprochenen Auseinandersetzungen zwischen der Reformpartei um Berthold von Mainz und Maximilian.

Herr Kohler, zur Höhe der Verbrauchssteuer: Nach den Vorstellungen des Entwurfs sollten damit Reichskammergericht und Reichsregiment plus große Türkenhilfe finanziert werden. Es wurde geglaubt, hier sei der Schlüssel gefunden, mit dem man dies alles finanzieren könne, und es bleibe darüber hinaus noch etwas übrig.

Eine Vermögensschätzung und eine Erstellung eines Sozialprodukts sind wegen der Schwierigkeit, die Wirtschaftsräume zu vergleichen, kaum möglich. Ich betrachte mich in diesem Punkt auch nicht als kompetent genug, um mich da vorzuwagen.

Zur Zwangseintreibung der ausstehenden Beträge: Ein rechtliches Mittel gab es dazu sehr wohl; der Fiskal konnte klagen. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß er hierbei politische Rücksichten nehmen mußte. Die Frage hängt mit der Exekution der Urteile des Reichskammergerichts insgesamt zusammen.

Zur Frage, ob die Matrikel von 1521 als permanente gedacht war oder nicht: Ich meine, daß sie nicht permanent angelegt war, denn es heißt eigens, daß sie für den Romzug und für die Rückeroberung der dem Reich in Italien entfremdeten Gebiete gelten soll. Daß sie permanent wurde, das hängt mit 1522 zusammen, wo sie vom Kaiser auf dem Verhandlungswege für die Türkenabwehr zur Verfügung gestellt wurde. Dabei wurde sie bereits als Verteilungsschlüssel benutzt. Man setzte damals erheblich höhere Beträge an – für 3000 Mann etwa so viel wie für 9000 Mann –, um überhaupt die Mittel für die bewilligten 3000 Mann zu bekommen, so daß ihre Schlüssel- bzw. Verteilerfunktion schon frühzeitig angelegt war. Die Verwendung der Matrikel bis 1529 trug dann wesentlich zur permanenten Wirkung bei.

Kohler: Aber mir scheint es in einigen Punkten unrealistisch, wenn die sogenannten welschen Fürsten hoch veranschlagt werden, wo man ohnehin weiß, daß nur wenig oder gar nichts einlangen wird.

Schmid: Sicher war das unrealistisch. Ich wollte damit gerade zeigen, daß man erheblich höher ansetzte, als es eigentlich erforderlich gewesen wäre, um das benötigte Geld zu bekommen. Dasselbe taten später auch die Reichsstände bei der Umlage der Reichsanschläge – darauf hat Herr Schulze hingewiesen –, indem sie höhere Beträge auf die Landstände umlegten, als die Reichsanschläge ausmachten. Ich vermute, daß sie klug mit einkalkulierten, daß sowieso nur ein Teil einkomme, daß man also mehr verlangen müsse, um das benötigte Geld zu bekommen.

Herr Repgen, zur Geldnot. Es mag sein, daß sie auch ein Topos ist, aber es ist, glaube ich, auch nicht zu bestreiten, daß das Reich oft in Geldnot war. Es mag vielleicht zutreffen, daß gerne gejammert wurde, um mehr Geld zu bekommen wie z.B. 1529, als für Reichsregiment und Kammergericht 50 000 fl. zur Verfügung standen

und sie 220 000 fl. im Jahr forderten, um eine reguläre Amtsführung gewährleisten zu können, aber ich glaube schon, daß Geldnot bestand. 1496/97 etwa mußte Maximilian Druck dahintersetzen, damit überhaupt Beisitzer ans Kammergericht gingen, weil tatsächlich kein Geld da war.

Herr Zorn, zur Rente. Sie war sicherlich keine Anleihe. Das Projekt von Zwangsanleihen gab es gelegentlich, aber es blieb von vornherein immer in Ansätzen stecken, weil die Fürsten und Städte darin die größte Gefahr für ihre Freiheit sahen.

Zorn: Ich meine hier nicht eine Zwangsanleihe bei den Reichsständen, sondern die Ausgabe von Reichsschuldscheinen, also Anleihen in dieser Form, die auf dem Kapitalmarkt untergebracht werden konnten.

Schmid: Nein, das war also bestimmt nicht vorgesehen. Ich verweise hier auf die Quellen, soweit sie Horst Rabe in seinem Buch über Reichsbund und Interim ediert hat. Ferdinand ließ die Frage der Finanzierung offen. Es gibt in der Forschung den Streit, ob dies durch Konfiszierung von Reichskirchengut geschehen sollte oder nicht. Es war aber ganz offensichtlich an eine Steuer gedacht, an eine Anleihe in Form von Ausgabe von Schuldscheinen sicherlich nicht.